



# Plenarprotokoll

## 38. Sitzung

Freitag, 7. September 2018

**Erste Lesung des Entwurfs eines  
Gesetzes zur Änderung des Lehr-  
kräftebildungsgesetzes Schleswig-  
Holstein und Anpassung besol-  
dungsrechtlicher Vorschriften .....**

2762

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 19/848

Karin Prien, Ministerin für Bil-  
dung, Wissenschaft und Kultur 2762, 2773  
Tobias Loose [CDU]..... 2764, 2776  
Martin Habersaat [SPD]..... 2765, 2775  
Lasse Petersdotter [BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN]..... 2766, 2774  
Christopher Vogt [FDP]..... 2768  
Dr. Frank Brodehl [AfD]..... 2770, 2775  
Jette Waldinger-Thiering [SSW]... 2771  
Dr. Heiner Dunckel [SPD]..... 2773  
Dr. Ralf Stegner [SPD]..... 2776

Beschluss: Überweisung des Gesetz-  
entwurfes Drucksache 19/848 an  
den Bildungsausschuss.....

2777

### Gemeinsame Beratung

**a) Besitzer von Dieselfahrzeugen  
vor Kosten für Nachrüstungen  
schützen .....**

2777

Antrag der Fraktion der AfD  
Drucksache 19/889

**b) Keine Kosten für die Umrü-  
stung von Dieselfahrzeugen auf  
die VerbraucherInnen abwälzen**

2777

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 19/892 (neu)

<b>Nachrüstung nicht-manipulierter Dieselfahrzeuge erleichtern und wirksame Reduktion der Stickoxid-Belastung ermöglichen</b> .....	2777	Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung.....	2810
		Birgit Herdejürgen [SPD].....	2811
Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/922		Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/890 2. Annahme des Alternativantrags Drucksache 19/917.....	2812
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	2777, 2793	<b>Den Fährhafen in Puttgarden gleichberechtigt anbinden</b> .....	2812
Volker Schnurrbusch [AfD].....	2778, 2792		
Lukas Kilian [CDU].....	2779	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/893	
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2781	<b>Planfeststellung der festen Fehmarnbelt-Querung zügig weiterführen</b> .....	2812
Kay Richert [FDP].....	2784		
Flemming Meyer [SSW].....	2785	Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/927	
Kai Vogel [SPD].....	2786	Kai Vogel [SPD].....	2812
Jörg Nobis [AfD].....	2789	Peer Knöfler [CDU].....	2813
Christopher Vogt [FDP].....	2789	Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2814
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2790	Kay Richert [FDP].....	2815
Dr. Kai Dolgner [SPD].....	2797	Volker Schnurrbusch [AfD].....	2817
Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus.....	2798	Flemming Meyer [SSW].....	2818
Beschluss: 1. Ablehnung der Anträge Drucksachen 19/889 und 19/892 (neu) 2. Annahme des Alternativantrags Drucksache 19/922.....	2800	Thomas Hölck [SPD].....	2819
<b>Mensch und Tier vor Problemwölfen schützen</b> .....	2800	Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus.....	2819
Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 19/890		Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/893 2. Annahme des Alternativantrags 19/927.....	2822
<b>Wolfsmanagement fortlaufend weiterentwickeln</b> .....	2801	<b>Ostseeaktivitäten der Landesregierung 2017/2018 (Ostseebericht 2018)</b> .....	2822
Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/917		Bericht der Landesregierung Drucksache 19/786	
Volker Schnurrbusch [AfD].....	2801, 2809	Beschluss: Überweisung des Berichts Drucksache 19/786 an den Europaausschuss zur abschließenden Beratung.....	2823
Hauke Göttisch [CDU].....	2802		
Sandra Redmann [SPD].....	2803, 2809		
Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2805		
Oliver Kumbartzky [FDP].....	2806		
Flemming Meyer [SSW].....	2808		

**Situation der Schaf- und Ziegenhalter in Schleswig-Holstein** ..... 2823

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 19/819

Beschluss: Überweisung des Berichts  
Drucksache 19/819 an den Umwelt- und Agrarausschuss zur abschließenden Beratung..... 2823

**Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags** ..... 2823

Drucksache 19/905

Beschluss: Annahme..... 2823

**Reden zu Protokoll**

**Situation der Schaf- und Ziegenhalter in Schleswig-Holstein** ..... 2824

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 19/819

Heiner Rickers [CDU]..... 2824

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]..... 2824

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 2825

Oliver Kumbartzky [FDP]..... 2826

Volker Schnurrbusch [AfD]..... 2827

Flemming Meyer [SSW]..... 2828

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung..... 2829

\* \* \* \*

**Regierungsbank:**

Daniel Günther, Ministerpräsident

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zweiter Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

\* \* \* \*

**Beginn: 10:04 Uhr**

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Ich eröffne die Sitzung wünsche Ihnen allen einen schönen guten Morgen.

Bevor wir nun zum ersten Tagesordnungspunkt kommen, möchte ich Ihnen zunächst mitteilen, dass nach wie vor erkrankt sind der Kollege Rother aus der SPD-Fraktion und die Abgeordnete Bohn aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Beiden wünschen wir von dieser Stelle alles Gute und gute Genesung.

(Beifall)

Beurlaubt sind aus der CDU-Fraktion die Kollegin Ostmeier und der Kollege Nielsen und wegen auswärtiger Verpflichtungen seitens der Landesregierung Ministerin Monika Heinold.

Wir haben neue Gäste auf der Besucherinnen- und Besuchertribüne. Das sind junge Menschen aus der Krankenpflegeschule in Bad Segeberg sowie Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule Probstei. - Ihnen allen ein herzliches Willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe nun auf Tagesordnungspunkt 4:

**Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Lehrkräftebildungsgesetzes Schleswig-Holstein und Anpassung besoldungsrechtlicher Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 19/848

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile zunächst der Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Karin Prien, das Wort.

**Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:**

Herr Landtagspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lehrerinnen und Lehrer leisten Entscheidendes für die Zukunft unserer Kinder, für die Zukunft unseres Landes. Dafür gilt Ihnen unser Dank und unser Respekt.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, Martin Habersaat [SPD] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Sie bereiten Schülerinnen und Schüler bestmöglich auf Ausbildung, Studium, Beruf und ein gelingendes Leben vor. Sie sorgen dafür, dass Kinder und Jugendliche sich entwickeln, sich entfalten können, mit Kopf, mit Herz, mit Hand, als Individuen und im Miteinander und Füreinander.

Eine qualitativ hochwertige Ausbildung unserer Lehrkräfte ist dabei der Schlüssel. Sie ist Voraussetzung für einen fachlich und pädagogisch anspruchsvollen Unterricht. Sie soll Lehrkräfte von morgen fit machen für die Schule von übermorgen, und sie muss heute mehr denn je attraktiv sein für zukünftige Studierende.

Zahlreiche Bestandteile des Lehrkräftebildungsgesetzes von 2014 bleiben erhalten.

(Beifall Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich möchte betonen, dass insbesondere die Einführung des Grundschullehramtes richtig und notwendig war, und dass die Landesregierung viele Maßnahmen ergreift, um gerade dieses Lehramt konsequent voranzubringen und zu stärken.

(Beifall CDU und FDP)

Wir setzen auch im Angesicht des Lehrkräftemangels auf eine grundständige Ausbildung an unseren Universitäten und im Vorbereitungsdienst, auch wenn wir, wie alle anderen Länder, auf den aktuellen und zukünftigen Lehrermangel reagieren und zusätzlich alternative Wege im Lehrerberuf ermöglichen müssen. Wir bilden unsere Lehrkräfte zukünftig passgenauer für deren zukünftige Aufgaben und ihren Einsatzort aus, indem wir Lehrämter schaffen, die zu unseren Schulen in Schleswig-Holstein passen.

(Beifall CDU, FDP und Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich darf das an dieser Stelle betonen: Wir stärken damit auch die Attraktivität der Lehrerausbildung in Schleswig-Holstein und tragen zu einer Vergleichbarkeit der Lehrerausbildung in Deutschland bei.

Der Gesetzentwurf, meine Damen und Herren, sieht vor, das Lehramt an Gymnasien zu ersetzen und für das Lehramt an Gymnasien an Gemeinschaftsschulen das sogenannte Sekundarlehramt einzuführen. Das Lehramt an den Gemeinschaftsschulen wird aufgenommen und im Gegenzug entfällt das Lehramt an Sekundarschulen mit dem Schwerpunkt Sekundarstufe I. Das bedeutet für die Hochschulen, dass wir deren Stärken jeweils nutzen und gemein-

**(Ministerin Karin Prien)**

sam mit ihnen ausbauen. Ideologische Auseinandersetzungen von gestern spielen dabei zum Glück keine Rolle.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Lachen SPD)

Ich möchte das an dieser Stelle ergänzen: Auch der Versuch, den Einheitslehrer mit Blick auf die Lehrkräftesituation durch die Hintertür einzuführen, hält einem Faktencheck an dieser Stelle schon auf den ersten Blick nicht stand.

(Beifall CDU, FDP, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD)

Das Studium an der CAU Kiel und an der Musikhochschule Lübeck bereitet zukünftig auf das Lehramt am Gymnasium vor. Traditionell hat die CAU eine besondere Stärke in der fachwissenschaftlichen Ausprägung ihrer Studiengänge und durch die Kooperation mit dem IPN hervorragende Bedingungen für die fachdidaktische Ausbildung in Mathematik und den Naturwissenschaften. Besonders erfreulich in diesem Zusammenhang ist, dass es in den letzten Jahren gelungen ist, auch die Fachdidaktik in den anderen Lehramtsfächern durch neue Professoren zu stärken.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gleichzeitig trägt die Pädagogik der CAU zum Erfolg der Studiengänge wesentlich bei, aktuell insbesondere durch die Entwicklung und Implementierung des Praxissemesters. Die Studiengänge der CAU sind damit auf das klassische Lehramt am Gymnasium und in der Sekundarstufe II der Gemeinschaftsschulen zugeschnitten. Die neue Bezeichnung unterstreicht das Profil und die jeweils besondere Kompetenz der CAU und der EUF.

An der EUF ist zu differenzieren. Unverändert wird auf die große Stärke der EUF bei der Grundschullehrerausbildung und auch auf den Bereich Sonderpädagogik und Inklusion gesetzt. Darüber hinaus wird es dort für Studierende, die zwei Sek-I-Fächer oder die Kombination von einem Sek-I-Fach und einem Sek-II-Fach gewählt haben, den Masterstudiengang Lehramt an Gemeinschaftsschulen geben. Außerdem wird es dort weiter den Masterstudiengang Lehramt an Gymnasien in einigen Sek-II-Fächern geben.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das besondere Profil der EUF liegt im Sekundarbereich bei der Ausbildung für die Gemeinschaftsschulen. Diese Ausbildung ist gleichwertig mit der

Gymnasialausbildung - das möchte ich ausdrücklich betonen - und dem Ministerium selbstverständlich ebenso wichtig, aber sie muss in Teilen anders gestaltet sein als die Ausbildung zum Lehramt an den Gymnasien.

Meine Damen und Herren, es ist doch offensichtlich, dass die Herausforderungen an den Gemeinschaftsschulen noch einmal andere sind als an den Gymnasien. Ich nenne die Stichworte Integration, Inklusion, höhere Anforderungen an Elternarbeit, Ausbildung auf mehreren Ausbildungsniveaus. Und auch hier, meine Damen und Herren, stärken wir die Hochschulen in ihren jeweiligen Spezialisierungen. Die EUF hat sich in der stark pädagogisch und didaktisch ausgerichteten Lehrerausbildung sehr profiliert und ist deshalb prädestiniert für diese Ausbildung.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Meine Damen und Herren, wir reagieren aber auch flexibel auf die Mangelsituation bei der Lehrkräftegewinnung, indem wir über den Berufsbildungsweg hinaus die Möglichkeit schaffen, einen Direkteinstieg für alle Lehrämter zu öffnen. Ich halte das für eine notwendige Maßnahme, von der wir allerdings nur dann Gebrauch machen werden, wenn andere Möglichkeiten nicht mehr bestehen.

Wichtig ist mir noch hervorzuheben, dass wir es mit der Ausbildung im Grundschullehramt erreicht haben, dass alle Lehrkräfte eine solide Ausbildung bei der Basisqualifikation in Deutsch und Mathematik erhalten. Wir sind der Meinung, dass der Fachlichkeit in diesem Bereich eine große Bedeutung zukommt, sodass wir gemeinsam mit der EUF ein zusätzliches freiwilliges Zertifikat in Mathematik entwickelt haben, das zukünftig dort angeboten werden wird. Die Fachlichkeit im Bereich Mathematik hat eine so große Bedeutung, dass wir an dieser Stelle mehr tun müssen, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wichtig ist mir auch, darauf hinzuweisen, dass wir das Lehramt für die Berufsschullehrkräfte weiterentwickelt haben. Mit dem Satellitenmodell, das wir bereits in der vergangenen Woche vorgestellt haben, ermöglichen wir es den Bachelor-Absolventen nahezu aller unserer Fachhochschulen, den Masterstudiengang an der EUF im Bereich des beruflichen Lehramts zu absolvieren.

**(Ministerin Karin Prien)**

Schließlich will ich darauf hinweisen, dass wir den Bereich der Sonderpädagogik und der Inklusion an der Europa-Universität in Flensburg weiterhin stärken. Eine weitere Professur mit entsprechenden Mitteln stellen wir ab diesem Jahr dort zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, wir haben uns im Koalitionsvertrag darauf verständigt, das Lehrkräftebildungsgesetz weiterzuentwickeln. Das haben wir mit diesem Gesetzentwurf getan. Wir haben uns auch darauf verständigt, das Gesetz in wesentlichen Teilen zu erhalten. Auch dies haben wir umgesetzt. Mit dieser Gesetzesnovelle tragen wir dazu bei, die Attraktivität, aber auch die Qualität unserer Lehrkräfteausbildung zu steigern, und wir setzen bewusst auf die Stärken unserer Hochschulen. Wir schaffen damit Rahmenbedingungen für eine qualitativ hochwertige Lehrerausbildung und somit für guten Unterricht, aber auch für die Attraktivität des Universitätsstandorts Schleswig-Holstein. - Ich danke Ihnen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt AfD)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die Ministerin hat die vereinbarte Redezeit um 2 Minuten und 49 Sekunden erweitert. Diese Redezeit steht nun allen Fraktionsrednern und -rednerinnen zur Verfügung. - Zunächst hat für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Tobias Loose das Wort.

**Tobias Loose [CDU]:**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns eint das gemeinsame Ziel, dass wir die bestmögliche Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern in Schleswig-Holstein erreichen wollen.

(Beifall CDU, FDP und Martin Habersaat [SPD] - Martin Habersaat [SPD]: Das stimmt!)

- Ich habe darauf gehofft, dass wir in dieser Einigkeit zumindest in das Thema einsteigen. Gerade in der letzten Legislaturperiode wurde allerdings über dieses Thema sehr kontrovers diskutiert. Ich finde, dass das Lehrkräftebildungsgesetz, das wir heute in Erster Lesung behandeln, eine gute Grundlage ist, um eine Weiterentwicklung der Lehrkräfteausbildung in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Es ist das Ergebnis von intensiven Verhandlungen im Rahmen der Koalitionsverhandlungen der Jamaika-

Koalition. Ich finde, es ist gelungen, Positionen, die weit auseinandergelegen haben, in diesem Gesetz zusammenzuführen, das zum einen - das ist wichtig - die Schullandschaft berücksichtigt und zum anderen - das ist gerade aus landespolitischer Sicht auch wichtig - den beiden großen Universitäten in der Lehrerausbildung mit den jeweiligen Profilen gerecht wird. Daher möchten wir der Landesregierung aus unserer Sicht jetzt schon einmal für die Erarbeitung dieses Entwurfs danken.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt AfD)

Wir stehen zu den beiden Säulen im zweigliedrigen Schulsystem. Dies noch einmal festzuhalten ist auch wichtig. Wir stehen zu den Gemeinschaftsschulen, wir stehen zu den Gymnasien. Daran wollen wir auch nicht rütteln. Deshalb ist es folgerichtig, dass dieser Gesetzentwurf vorsieht, dass es in Zukunft ein Lehramt an Gymnasien und ein Lehramt an Gemeinschaftsschulen geben wird. Diese Schularten haben unterschiedliche pädagogische Konzepte. Es ist richtig, dass sich das am Ende auch in der Lehrerausbildung widerspiegelt. Dass dieses Vorgehen sinnvoll ist, wird aber auch dadurch unterstrichen, dass sowohl die Christian-Albrechts-Universität in Kiel als auch die Europa-Universität in Flensburg diesen Gesetzentwurf unterstützen. Beide Universitäten können ihre Stärke mit dem neuen Gesetz unterstreichen. Die CAU ist mit der stark fachwissenschaftlichen Ausrichtung der Universität für das klassische Lehramt am Gymnasium prädestiniert, die Europa-Universität ist in der Lehrerausbildung stärker didaktisch und pädagogisch ausgerichtet und damit die beste Universität für die Ausbildung im Lehramt an Gemeinschaftsschulen.

Diese Schwerpunkte weiterzuentwickeln, unterstreichen wir mit diesem Gesetz. Daneben sei auch darauf hingewiesen, dass wir mit diesem Gesetz auch die Vergleichbarkeit mit anderen Bundesländern wiederherstellen und unsere Sonderrolle in dieser Frage aufgeben. Das ist insbesondere wichtig, um Studenten, aber auch Hochschulwechsler für ein Studium in Schleswig-Holstein zu gewinnen. Das hat insbesondere die Europa-Universität festgestellt. Dies muss unser erstes Ziel sein. Wir müssen viele, aber auch gute und motivierte junge Menschen für den Lehrerberuf begeistern.

Wie Sie wissen, gibt es auch noch viele andere Maßnahmen, die wir ergreifen. Sie sind heute nicht Thema. Ich möchte aber an dieser Stelle das Engagement der schleswig-holsteinischen Hochschulen in diesem Themenfeld hervorheben. Mein Eindruck

(Tobias Loose)

ist, dass bei den Veränderungen, die wir jetzt anstreben, eine gemeinsame Entwicklung der Lehrämter in Schleswig-Holstein für alle Hochschulen, die dies gemeinsam tragen, eine wichtige Grundlage ist, um am Ende auch - das ist ja die große Herausforderung - den Lehrermangel zu bewältigen, auf den wir in jedem Fall vorbereitet sein müssen.

Es ist gut - das ist eben auch schon angesprochen worden -, dass wir diesen Gesetzentwurf auch dazu nutzen, andere Themen anzugehen. Es ist vorausschauend, dass der Gesetzentwurf auch vorsieht, dass zukünftig der Direkteinstieg für alle Lehrämter geöffnet wird. Selbstverständlich ist das ein Thema, bei dem wir sagen, dass das nicht der Regeleinstieg in den Lehrerberuf ist; allerdings müssen wir uns neue Modelle überlegen, wie wir Lehrkräfte für Schleswig-Holstein gewinnen können. Uns geht es dabei - das ist vorhin ebenfalls angesprochen worden - darum, flexibel auf Mangelsituationen reagieren zu können, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Das ist der Geist, der an dieser Stelle den Gesetzentwurf trägt.

Noch einmal: Wir finden, dass wir mit diesem Gesetzentwurf politisch einen Kompromiss gefunden haben, der sowohl der Schullandschaft als auch der Hochschullandschaft in diesem kontroversen Thema der letzten Legislaturperiode gerecht wird. Er ist damit - das ist in der Bildungspolitik immer ganz wichtig - eine Grundlage für Kontinuität und festigt diese eben auch.

Ich würde mir wünschen, dass wir in diesem Geist den Beratungsprozess dieses Gesetzentwurfs begleitet und alle gemeinsam daran arbeiteten, dass wir eine gute Lehrerausbildung für Schleswig-Holstein haben. - Danke, dass Sie mir so aufmerksam zugehört haben. Das ist ja nicht immer der Fall.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die SPD-Fraktion hat nun der Abgeordnete Martin Habersaat das Wort.

**Martin Habersaat [SPD]:**

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Jahr 2014 hat dieser Landtag ein Lehrkräftebildungsgesetz beschlossen, das erstmals alle drei Phasen der Lehrerausbildung aus einem Guss geregelt hat, das Studium, das Referendariat und

die Fort- und Weiterbildung. In § 3 dieses Gesetzes sind die Lehrämter aufgeführt, die in Schleswig-Holstein erlernt werden können: das Lehramt an Grundschulen, das Lehramt an Gymnasien und Gemeinschaftsschulen, das Lehramt für Sonderpädagogik, das Lehramt an berufsbildenden Schulen und das Lehramt für Fachpraxis an berufsbildenden Schulen. Wer mitgezählt hat, wird feststellen, es sind fünf Lehrämter für die in Schleswig-Holstein ausgebildet wird.

Nun gibt es aber in Schleswig-Holstein eine Diskussion über den Einheitslehrer. Woher kommt diese Mär? Das liegt daran, dass wir die Gymnasiallehrkräfte und die Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen gemeinsam ausbilden.

Wie kann man auf die Idee kommen, Gymnasial- und Gemeinschaftsschullehrkräfte gemeinsam auszubilden? - Man kann auf die Idee kommen, weil Gymnasien - nach Ihrer ersten glorreichen bildungspolitischen Reform nun auch alle oder nahezu alle Gymnasien - und Gemeinschaftsschulen die Schülerinnen und Schüler wieder von Klasse 5 bis Klasse 13 betreuen.

(Beifall Christopher Vogt [FDP])

Gymnasien und Gemeinschaftsschulen übernehmen Schülerinnen und Schüler nach Klasse 4 von den Grundschulen, und Gymnasien und Gemeinschaftsschulen haben die Aufgabe, in den folgenden Jahren alle Schülerinnen und Schüler, die ihnen anvertraut sind, so gut wie möglich zu fördern und zu fordern. Und: Gymnasien und Gemeinschaftsschulen sind dazu in der Lage, alle Schülerinnen und Schüler, die ihnen anvertraut sind, zum bestmöglichen für sie geeigneten Schulabschluss zu bringen. Damit ist nicht gesagt, dass alle Schülerinnen und Schüler das Abitur machen sollen. Damit ist aber sehr wohl gesagt, dass das Abitur selbstverständlich auch an Gemeinschaftsschulen angestrebt und erreicht werden kann.

Es gibt allerdings auch Unterschiede zwischen Gymnasien und Gemeinschaftsschulen.

(Beifall AfD und vereinzelt CDU)

Obwohl viele Abiturienten heutzutage eine berufliche Ausbildung beginnen, und obwohl viele Gemeinschaftsschülerinnen und Gemeinschaftsschüler heutzutage das Abitur ablegen und danach ein Studium beginnen, ist es in einigen Köpfen immer noch so, dass die Berufsorientierung - noch ältere Köpfe sprechen von praktischen Begabungen und solch furchtbaren Begriffen - bei den Gemein-

**(Martin Habersaat)**

schaftsschulen gesehen und dass die Studienvorbereitung als Aufgabe der Gymnasien betrachtet wird.

Ein zweiter Unterschied zwischen Gymnasien und Gemeinschaftsschulen ist, dass die Gymnasien das Recht haben, nach Klasse 6 schräg zu versetzen. Schrägversetzung bedeutet, die Schülerinnen und Schüler werden in Klasse 7 versetzt, aber eben nicht in der eigenen Schule, sondern an eine Gemeinschaftsschule.

Und das scheint nun der Kern Ihrer Idee zu sein: Gemeinschaftsschulen haben pädagogisch größere Herausforderungen, denn sie müssen ja in Klasse 7 irgendwie organisieren, dass die „armen gescheiterten Existenzen“ vom Gymnasium aufgebaut und ins Klassengefüge integriert werden.

Sie haben recht: Gemeinschaftsschulen sind in Schleswig-Holstein überproportional stark zum Beispiel mit den Aufgaben Deutsch als Fremdsprache oder Inklusion befasst. Aber ist es wirklich des Rätsels Lösung, zu sagen: Dann trennen wir das, dann gehen wir diesen Sortiergedanken wieder stärker an, dann unterstützen wir den Gedanken des Standesdünkels? - Ich glaube, nein.

(Beifall SPD und SSW)

Sie trennen nun die Ausbildung von Gemeinschaftsschullehrkräften und Gymnasiallehrkräften, und Sie verbinden damit sehr wohl eine Wertigkeit, indem Sie nämlich in Ihr Gesetz schreiben, dass Gymnasiallehrer selbstverständlich an Gemeinschaftsschulen eingesetzt werden dürfen, Gemeinschaftsschullehrer allerdings nur unter bestimmten Bedingungen und dann, wenn das Personal knapp ist, vielleicht auch in Gymnasien. Dass Gemeinschaftsschullehrer zur Belohnung länger arbeiten dürfen und schlechter bezahlt werden und dass das ein Punkt ist, an den man dringend ran müsste - geschenkt, das wird nicht in diesem Lehrkräftebildungsgesetz geregelt.

(Beifall SPD und SSW)

Diese Wertigkeit, die Sie den Schularten beimessen, haben wir hier im Landtag schon oft diskutiert, und Sie liefern regelmäßig neue Beispiele dafür. Es ist eben nicht so, dass Sie Gymnasien und Gemeinschaftsschulen als zwei gleichwertige Säulen in diesem Land akzeptieren. Es ist aus nahezu jeder Ihrer bisherigen bildungspolitischen Offensiven deutlich geworden, dass Sie das Gymnasium gewissermaßen als Spitze oder Mittelpunkt des Schulsystems sehen und alle anderen Schularten subsidiär irgendwelche Aufgaben erfüllen und Auffangbecken sein müssen.

Aber das ist noch nicht alles. Es gibt noch einen zweiten Schritt in die Vergangenheit. In § 5 des Lehrkräftegesetzes von 2014 ist geregelt, dass alle Einrichtungen zur Lehrkräftebildung in Schleswig-Holstein zusammenarbeiten. Aus meiner Sicht war einer der großen Verdienste dieses Gesetzes, dass da zumindest der Gedanke enthalten war, dass die Lehrerausbildenden Hochschulen in Kiel und in Flensburg natürlich zusammenarbeiten müssen, um Lehrkräfte in Schleswig-Holstein auszubilden.

(Beifall SPD und SSW)

Sie entflechten das jetzt. Sie sprechen von Profilbildung, aber in Wirklichkeit schaffen Sie exklusive Aufgabenfelder und kappen jede Verbindung zwischen der Lehrerausbildung in diesem Land. Ein Beispiel dafür ist die Abschaffung der Möglichkeit für Sek-I-Lehrkräfte, die in Kiel studiert haben, in Flensburg die Sek-II-Fakultas draufzusatteln. Das wird abgeschafft, statt diesen sinnvollen Gedanken zu stärken und voranzutreiben.

Meine Damen und Herren, zwischen Kiel und Flensburg liegen 91 km. Sie vergrößern diese Entfernung heute.

(Beifall SPD, SSW - Zuruf Tobias Loose [CDU])

Und während die CDU in Hamburg sich als glorreichen Slogan für ihre politische Arbeit wenigstens „Zurück in die Zukunft“ ausgesucht hat, führen Sie uns zurück in die Vergangenheit, Frau Prien. Das ist bedauerlich, und am bedauerlichsten ist es, dass Grüne dazu klatschen. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und SSW)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Das Wort hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Lasse Pettersdotter.

**Lasse Pettersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich habe mir vorher überlegt: Wie wird sich diese Diskussion wohl entwickeln? Bis zu den letzten Silben des Beitrags von der SPD war das alles sehr sachlich. Jetzt wieder so eine Verratsrhetorik aufzumachen? - Ich bitte Sie.

Ich erinnere mich sehr gut an die Debatten, die 2014 geführt wurden. Dort wurden Diskussionen um Standorte in Gänze geführt. Es wurden insbesondere in den Präsidien der Hochschulen und in



(Lasse Petersdotter)

ihrer Diplomatie Diskussionen geführt, die kriegsähnliche Zustände zwischen den Hochschulen beschrieben haben. Da gab es nicht wahnsinnig viel Einigkeit. Ich war damals AStA-Vorsitzender und habe in dem Krisenteam der CAU gesessen, in dem die Bildungsministerin in den Krisensituationen nicht so ganz vermitteln konnte. Das war alles hoch angespannt. Ich glaube, heute können wir diese Diskussionen sehr viel ruhiger und sehr viel sachorientierter führen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Anlass für die Reform 2014 war das Schulgesetz aus dem Jahr 2012. Man hat im Wesentlichen zwei Schulformen herausgebildet, die Gemeinschaftsschule und das Gymnasium. Wie das System funktioniert, hat der Kollege Habersaat beschrieben. Deswegen brauchte man auch ein Lehramt, das zu diesen Schulformen passt. Das ist auch jetzt der Fall, heute passt das. Das Lehramt, das jetzt reformiert und weiterentwickelt wird, schafft zwei Lehrämter, die zu den Schulformen passen. Für zwei starke Schulformen haben wir zwei starke Universitäten, die selbstverständlich zusammenarbeiten werden. Sie werden es sich garantiert nicht von der Landesregierung befehlen lassen, wie sie zusammenarbeiten. Da sind die Hochschulen groß und erwachsen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Nichtsdestotrotz will ich nicht verhehlen, dass das ein großer Konflikt in den Koalitionsverhandlungen war. Das lag ein Stück weit auch an der Zusammensetzung der Verhandlungsteams. Ich habe hier gemeinsam mit Rasmus Andresen, meinem Vorgänger für die Hochschulpolitik, und mit Steffen Regis, der damals AStA-Referent war, als ich Vorsitzender war, verhandelt. Er ist heute Landesvorsitzender der Grünen. Dementsprechend war das nicht ganz einfach.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

- Drei Männer, das war das große Problem. Das ist völlig richtig. Ansonsten war uns völlig bewusst, dass dieser Konflikt uns bis in die Nacht wachhalten wird, und das hat er sicherlich auch getan.

Am Ende kam raus, dass wir das Gesetz im Wesentlichen erhalten, weil es ein gutes Gesetz ist und weil wir dazu auch immer gestanden haben und auch weiterhin stehen. Auf der anderen Seite macht es selbstverständlich auch Alleinstellungsmerkmale möglich. Das bedeutet aber nicht, dass es ein Al-

leinstehen ist. Es ist kein Alleinstehen der Hochschulen. Wir haben von vornherein in enger Kooperation und Absprache mit der Universität Kiel und der Universität Flensburg verhandelt und das mit ihren Vertretern zusammen durchgesprochen.

Es ist zwar nicht die hundertste Reform. Man muss aber ehrlich sagen, in den letzten Jahrzehnten gab es gefühlt hunderte Reformen. Ich habe Studierende an der EUF getroffen, die im Laufe ihres Studiums sechs Prüfungsordnungen durchgemacht haben. Ich habe neulich mit einer Studierenden gesprochen, die hier in Kiel im Masterstudium studiert. Sie hat erst auf das Lehramt an Gymnasien studiert, dann auf das Sekundarschullehramt, dann wieder auf das Lehramt an Gymnasien. Wir müssen da ein bisschen zur Ruhe kommen, würde ich vorschlagen. Ich glaube, dass wir das jetzt auch tun können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und FDP - Zuruf Martin Habersaat [SPD])

- Es ist ein Reförmchen. Wir haben jetzt nicht den ganz großen Wurf gemacht, sondern wir haben eine kleinere Anpassung gehabt.

Das Lehrkräftebildungsgesetz von 2014 bestand aus viel mehr als aus diesen zwei Schulformen. Auf der einen Seite kritisieren Sie, dass man es allein auf die Schulform reduzieren würde. Bei diesem Lehrkräftebildungsgesetz von 2014 geht es auch sehr stark um Inklusion und Heterogenität. Danach haben sich insbesondere die Hochschulen auf den Weg gemacht.

Herr Loose, Sie sprachen dieses Klischee von der pädagogischen EUF und der leistungsorientierten CAU an. Da muss ich Ihnen widersprechen. Das hat sich ein Stück weit überholt; denn die CAU ist pädagogischer geworden, und die EUF hat sich in der Fachorientierung sehr stark angepasst. Es gibt dort eine Entwicklung, es gibt nicht mehr diese krasse Kluft zwischen diesen beiden Hochschulen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dennys Bornhöft [FDP])

Die Universitäten haben geliefert. Wir haben jetzt zwei Lehramtsstudiengänge. An der Europa-Universität Flensburg kann man Gemeinschaftsschullehramt studieren und einen Abschluss im Gymnasiallehramt erreichen. Wenn man an einer Gemeinschaftsschule mit Oberstufe ist, braucht man natürlich eine entsprechende Ausbildung.

An der CAU gibt es das Gymnasiallehramt. Darüber hinaus, das muss man ehrlich sagen, gibt es auch die Möglichkeit, zwei Sek-I-Fächer zu studie-

(Lasse Petersdotter)

ren. Denn diese Schulen, auch wenn sie nicht immer im Fokus stehen, gibt es auch noch in diesem Land, und sie haben ein massives Problem, Lehrer im Vorbereitungsdienst zu finden. Dort sind viele Stellen offen, und hierauf sollte ein viel stärkerer Fokus gerichtet werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Peter Lehnert [CDU])

Herr Kollege Habersaat, Sie haben gerade von Trennen gesprochen. Da möchte ich noch ein wichtiges Argument anführen. Der Sek-II-Vorbereitungsdienst erfolgt an der EUF gemeinsam mit der CAU. Auch der Sek-I-Bereich bietet einen gemeinsamen Vorbereitungsdienst an.

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Herr Kollege Petersdotter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dolgner?

**Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ja.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:** Herr Kollege, ich verstehe Ihre Ausführungen, dass Sie die derzeitigen Reformen für notwendig und richtig halten. Würden Sie diese auch so angehen, wenn die Grünen bei der Landtagswahl 50 % bekommen hätten?

(Zurufe CDU und FDP: Oh!)

- Das ist eine spannende Frage. Ich möchte sie unter anderem mit einem Beispiel beantworten. Im Jahr 2012 haben die Grünen aus der Opposition heraus ein Lehrkräftebildungsgesetz geschrieben. In diesem Lehrkräftebildungsgesetz ist der Stufenlehrer beschrieben, der ziemlich exakt das ist, was wir heute diskutieren.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Der Stufenlehrer kommt!)

Wir schaffen es also in einer Regierungskoalition mit CDU und FDP, mehr oder weniger einen Oppositionsantrag umzusetzen.

Es kamen noch ein paar Einzelaspekte hinzu. Aber nichtsdestotrotz ist dies ein Argument in die Richtung. Ihre Frage, ob wir eine Änderung im Lehrkräftebildungsgesetz angestoßen hätten, wenn wir 50 % hätten, muss ich verneinen, weil wir den Schulen wie den Hochschulen die Ruhe gönnen. Das ist ähnlich wie die Debatte bei G 8 und G 9, aber nichtsdestotrotz kann man diesen Kompromiss

- der wirklich schwer war, wenn man sich die Rhetorik von 2014 ansieht - gut mittragen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Eigentlich ist damit auch das Wichtigste gesagt. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die FDP-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Christopher Vogt das Wort.

**Christopher Vogt [FDP]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unser Land wird seinen Wohlstand nur erhalten können, wenn wir konsequent an dem Ziel, für eine weltbeste Bildung zu sorgen, arbeiten. Ich räume ein, das ist ein hehres Ziel aus dem Leitbild, man könnte auch sagen dem Marketingbalken meiner Partei, das immer etwas hoch gegriffen klingt.

(Beifall FDP)

- Sie sehen, der Applaus auf Stichworte hin funktioniert.

(Beifall FDP)

Das Ziel ist aber absolut richtig und sollte deshalb die Richtschnur unseres Handelns sein. Lehrer haben einen der wichtigsten Berufe in unserer Gesellschaft. Ihre Ausbildung hat daher auch eine ganz besondere Bedeutung. Es ist unsere Verpflichtung, dass wir die jungen Menschen, die sich für diesen Beruf entschieden haben, bestmöglich ausbilden. Ich habe mich gestern an die Debatten zum Lehrkräftebildungsgesetz aus dem Jahr 2014 erinnert. Sie waren damals schon sehr deftig. Wir hatten viele Kritikpunkte an der damaligen Reform und an dem Gesetzgebungsverfahren. Der damalige hochschulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion wird sich sicherlich daran erinnern. Er hat jetzt Karriere gemacht.

Es gab auch massiven Streit - was von der SPD heute noch einmal zu erwähnen vergessen wurde - zwischen den Universitäten Kiel und Flensburg. Wir hatten ein großes Interesse daran - ich denke, das sollten alle haben -, das nicht wieder aufflammen zu lassen. Wir hatten damals nicht nur unsere Kritik daran geübt, sondern einen eigenen Gesetz-

(Christopher Vogt)

entwurf vorgelegt. Dem einen oder anderen wird es vielleicht aufgefallen sein: Der heutige Entwurf unterscheidet sich in einigen Punkten von dem damaligen Entwurf der FDP-Fraktion, dennoch können wir uns gut hinter diesem Kompromiss versammeln.

Unser Hauptkritikpunkt war damals, dass die überfällige Reform der Lehrerausbildung mit der Einführung eines Sekundarstufenlehrers, wie es damals beschrieben war, über das Ziel hinausgeschossen ist, die Lehrerausbildung an die vorhandene Schulstruktur anzupassen. Das war notwendig, aber die Frage war, wie dies angegangen wird. Es ist deshalb richtig, dass wir jetzt ein Lehramt für Gymnasien und ein Lehramt für Gemeinschaftsschulen in dieser Form schaffen. Das passt tatsächlich zur vorhandenen Schulstruktur. Die beiden Universitäten können ihre jeweiligen Stärken ideal ausspielen, und die angehenden Lehrerinnen und Lehrer werden passgenauer ausgebildet.

Ich freue mich, dass anders, als es die SPD-Fraktion tut, beide Universitäten den vorliegenden Gesetzentwurf nun ausdrücklich begrüßen. Sie haben begriffen, dass dieser nicht nur Kosmetik ist, wie einige meinen, und sie haben auch erkannt, dass die Ausbildung in dieser Form sinnvoll ist, anders, als es die Auffassung der SPD ist. Wir hatten kein Interesse an einer erneuten Auseinandersetzung zwischen den Universitäten. Sie sollen beide ihre verschiedenen Stärken noch besser nutzen und weiter ausbauen - zum Wohle unserer Schulen, der Schülerinnen und Schüler, der angehenden Lehrerinnen und Lehrer und natürlich auch der beiden Universitäten selbst.

Es müssen auch, das wurde bereits angesprochen, mehr junge Menschen dazu motiviert werden, sich für den Lehrerberuf zu entscheiden - dies auch mit Blick auf die Pensionierungswelle, die in einigen Jahren so richtig beginnen wird. Dies erreicht man natürlich nicht mit einem einzelnen Gesetz, aber es ist ein wichtiger Baustein.

Wir wollen natürlich möglichst viele der künftigen Absolventen in Schleswig-Holstein halten. Es wird ihnen künftig aber auch leichter fallen, sich in anderen Bundesländern zu bewerben, weil sie mit ihrem Profil auch dort besser zur vorhandenen Schulstruktur passen werden. Auch das müssen wir im Blick haben. Es wird uns letztlich ebenso gelingen, Absolventen aus anderen Bundesländern anzulocken.

Wir hatten 2014 sehr lebhaft über die Auswirkung auf die Besoldungsstruktur debattiert, vor allem natürlich im Grundschulbereich. Da haben wir mitt-

lerweile eine Lösung gefunden und die schrittweise Anpassung auf A 13 vereinbart. Das war damals das Problem. Sie haben das Grundschullehramt geschaffen, was wir generell richtig fanden, aber es gab Probleme mit Blick auf die Studienzeit und die Besoldung. Das ist inzwischen geklärt, und wir haben einen guten und sinnvollen Weg gefunden.

Wir hatten über die Schaffung von neuen Strukturen in Flensburg debattiert, die wir in der Form damals nicht vorgenommen hätten. Dazu stehe ich auch nach wie vor. Jetzt sind sie aber da, und es macht keinen Sinn, das nach vier Jahren umzustößeln und Unruhe hereinzubringen. Ich denke, man sollte weiter daran arbeiten, dass dort gute Arbeit geleistet wird.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Bei mancher Fächerkombination und bei Mangelfächern können künftige Gemeinschaftsschullehrer auch am Gymnasium unterrichten. Diese Flexibilität brauchen wir. Doch in aller Regel wird für die einzelne Schulform ausgebildet.

Dass wir mit diesem Gesetz auch die Möglichkeit des Direkteinstiegs ausweiten, ist wegen der Lage auf dem Arbeitsmarkt leider notwendig. Ich sage das ganz offen. Mir ist es grundsätzlich lieber, wenn der Unterricht von Lehrern erteilt wird, die die gesamte Lehramtsausbildung durchlaufen haben. Doch wir dürfen uns nichts anderes vormachen: Wir brauchen selbstverständlich den einen oder anderen Direkteinsteiger, der auch eine Bereicherung für die Schulen sein kann. Das „Satellitenmodell“, Frau Ministerin, ist ein weiterer wichtiger Baustein, um gute Lehrer zu bekommen.

Ich wundere mich darüber, dass Sie, Herr Habersaat, immer noch vom Standesdünkel in solchen Debatten reden. Ich finde es schade, dass die SPD zu wenig selbstbewusst auf die Gemeinschaftsschulen schaut und immer herummault.

(Beifall FDP und CDU)

Die beiden Universitäten sind da deutlich selbstbewusster.

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Herr Kollege Vogt, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Abgeordneten Habersaat?

**Christopher Vogt [FDP]:**

Ja, unbedingt.

(Christopher Vogt)

**Martin Habersaat** [SPD]: Vielen Dank, Herr Kollege. Sie haben wenige Sätze vorher selbst ausgeführt, dass Gymnasiallehrer in allen Fällen an Gemeinschaftsschulen arbeiten dürfen, Gemeinschaftsschullehrer aber nur unter bestimmten Bedingungen an Gymnasien. Was ist das für Sie anderes als die Beschreibung einer unterschiedlichen Wertigkeit, die Sie diesen beiden Lehrämtern beimessen?

(Beifall SPD)

- Noch einmal: Ich verstehe, ehrlich gesagt, Ihr Problem nicht. Wir haben Gemeinschaftsschulen mit Oberstufen. Da ist es sinnvoll, dass Gymnasiallehrer eingesetzt werden können, die eine passgenaue Ausbildung dafür haben. Das finde ich absolut sinnvoll. Sie sind ja auch Gymnasiallehrer geworden. Ich weiß nur nicht, was das mit Standesdünkel zu tun hat. Ich denke, es macht Sinn, für unterschiedliche Schulformen die Lehrer ideal auszubilden. Das Problem der SPD verstehe ich, ehrlich gesagt, nicht. Es gibt an vielen Gemeinschaftsschulen Oberstufen, und dass da Gymnasiallehrer eingesetzt werden sollen, ist meines Erachtens völlig logisch. Ich verstehe Ihr Problem nicht.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Meine Damen und Herren, der Gesetzentwurf ist ein kluger Kompromiss, der die Lehrerbildung besser macht. Ich freue mich auf die Ausschussberatung und die Weiterentwicklung der schleswig-holsteinischen Lehrerbildung. Ich denke, das ist ein gutes Gesetz für unsere Bildungslandschaft. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Für die AfD-Fraktion hat das Wort der Abgeordnete Frank Brodehl.

**Dr. Frank Brodehl** [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste, liebe Schüler! Dass es heute um mehr geht als um eine nebensächliche Anpassung im Lehrkräftebildungsgesetz, das dürfte inzwischen jedem klar geworden sein. Um des Pudels Kern aber besser zu erfassen, lassen Sie mich einmal kurz chronologisch vorgehen. Zum besseren Verständnis, was genau passiert ist, habe ich einmal ein paar Zwischenüberschriften gewählt: ein

„schlechter Tag“, ein „guter Tag“ und ein „sehr guter Tag“ für unsere Schullandschaft.

Ein schlechter Tag: 1. August 2014. Die Küstenkoalition hatte Hauptschule und Realschule vor Kurzem abgeschafft und zusammengelegt. Viele Sonderschulen waren zu diesem Zeitpunkt auch schon geschlossen worden. Nur die letzte Bastion der bürgerlichen Mitte, das ungeliebte Gymnasium, war noch nicht in der Einheitsschule aufgegangen.

Um mittelfristig ein paar Fakten schaffen zu können, erfanden SPD und SSW kurzerhand das Sekundarschullehramt. Man konnte fortan nicht mehr Lehrer für Hauptschule, Realschule oder Gymnasium werden, sondern war als Sekundarlehrer universal einsetzbar von Klasse 5 bis 13. Ohne Gymnasiallehramt kein Gymnasium mehr. Das war der Plan. Was für eine Raffinesse!

Die CDU sprach damals wahlweise von einem - ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis - „vermurksten“ oder „bescheuerten“ Gesetz. Das, was die CDU damals wohl eigentlich aussagen wollte, was sie meinte, versuche ich einmal zu übersetzen: bescheuert, vermurkst - gleich: Das Gesetz hält pädagogischen Erkenntnissen nicht stand; denn Lehrer müssen entsprechend der Bedürfnisse ihrer Schüler ausgebildet werden. Und weil nicht alle Schüler gleichermaßen klug, fleißig, begabt, motiviert und interessiert sind, kann dem das Einheitslehrermodell auch nicht gerecht werden.

Ein guter Tag: 7. September 2018. Das stufenbezogene Einheits- und Sekundarschullehramt wird ersetzt. Künftig wird in der Lehrerbildung zwischen Gemeinschaftsschullehrern und Gymnasiallehrern unterschieden. Das neue Lehrkräftebildungsgesetz sieht wieder eine spezifische schulartbezogene Ausbildung für Lehramtsstudenten vor. Und das, meine Damen und Herren, bedeutet nicht weniger als eine Trendwende. Dass damit der Traum von der Einheitsschule zumindest nach sozialistischer Vorstellung geplatzt ist, ist nur ein äußerst beruhigendes Nebenprodukt; darum geht es nicht.

(Beifall AfD)

Frau Ministerin, lassen Sie mich aber auch in Klammern sagen, dass wir bei den getrennten Ausbildungswegen auch die örtliche Trennung gewünscht hätten: Kiel mit Konzentration auf die fachwissenschaftliche Ausbildung der Gymnasiallehrer, Flensburg mit seinen pädagogischen Schwerpunkten. In der Folge wäre die Profilschärfung der beiden Standorte viel klarer zutage getreten. Damit wäre in der Regel auch eine höhere Qua-

**(Dr. Frank Brodehl)**

lität der Ausbildung einhergegangen. Das ist nicht nur wahrscheinlich, sondern das hat etwas mit Profil und Profilbildung zu tun.

Nebenbei: Von Standesdünkel, der hier angeklungen ist, zwischen Kieler Studenten und Flensburger Studenten ist inzwischen - jeder, der die Studenten kennt und mit ihnen gesprochen hat - längst nicht mehr die Rede. Das ist ein herbeigeredetes Problem.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Haben Sie mit den Studenten denn geredet?)

- Genau, ich habe mit ihnen geredet. Das ist längst passé.

Wir sehen aber auch, dass Sie, Frau Prien, mit den Hochschulen in Kiel und in Flensburg rasch zu Lösungen kommen und dass Sie zunächst einen Konsens finden wollten. Es ist gut, dass das in so kurzer Zeit gelungen ist. Jetzt aber des Lobes genug; denn wir haben natürlich noch ein bisschen mehr Kritik.

Der Rhetorik geschuldet noch einmal zu meinen Zwischenüberschriften, dieses Mal ein wenig hypothetisch, eine Zukunftsperspektive:

1. August 2022: ein sehr guter Tag. - Wir reden von 2022! Inzwischen war man konsequenterweise wieder ganz zur schularbezogenen Lehrerbildung zurückgekehrt. Es wurden außer reinen Gymnasiallehrkräften nun auch wieder Realschullehrkräfte und Hauptschullehrkräfte ausgebildet. Die hohe Qualität konnte so abermals gesteigert werden. Viele Gemeinschaftsschulen waren schon zuvor dazu übergegangen, einzelne Fächer wieder räumlich getrennt in Leistungskursen anzubieten. Mit der ewigen Differenzierung, die nur oberflächlich war und nach vier oder fünf Lernniveaus erfolgen sollte, war niemand mehr glücklich. Man hatte erkannt, dass es den Bedürfnissen der Schüler nicht gerecht wird, wenn man oberflächlich bleibt.

Meine Damen und Herren, so gut und so richtig die nun eingeleitete Trendwende ist, so bleibt sie aus unserer Sicht doch halbherzig; denn es gibt sehr gute Gründe, die leistungsstärksten Kinder von speziell ausgebildeten Gymnasiallehrern unterrichten zu lassen. Es gibt ebenso gute Gründe, Schüler mit einer schwerwiegenden Behinderung von speziell ausgebildeten Sonderschullehrern unterrichten zu lassen. Aber auch das Gros der Schüler, die breite Masse, ist nicht als Einheitsbrei zu behandeln. Wenn wir diesen dann am Ende ihrer Schulzeit unterschiedliche Abschlusszeugnisse übergeben - Realschulzeugnis, Hauptschulzeugnis und so weiter -, dann spiegelt das die unterschiedlichen Bedürfnisse

und Begabungen der Schüler wider. Und daraus müssen wir die Konsequenz ziehen.

Wer also ernst machen will mit einer Ausbildung nicht nach Stufen, sondern nach den Bedürfnissen und Unterschiedlichkeiten der Schüler, der muss künftig auch wieder zwischen Hauptschul- und Realschullehramt differenzieren. Differenzierung, meine Damen und Herren auf der linken Seite des Hauses, hat nichts mit Blick in die Zukunft zu tun, Differenzierung hat nichts mit Trennung zu tun, sondern Differenzierung schafft vor allem Qualität. Dementsprechend brauchen wir - das ist eben schon angeklungen - die Beibehaltung des Grundschullehramtes aus dem Jahre 2014, wir brauchen Sonderschullehrer, wir brauchen konsequenterweise aber auch Realschullehrer und Hauptschullehrer und kein Gemeinschaftsschullehramt.

Wir hätten uns ganz klar nicht nur eine Weiterentwicklung des Lehrkräftebildungsgesetzes, sondern eine Reform gewünscht. Der Großteil der Eltern favorisiert nach wie vor das differenzierte Schulsystem - Hauptschule, Realschule und Gymnasium -, und dem sollte auch perspektivisch Rechnung getragen werden. In der Vergangenheit wurden viel zu viel Kraft und Zeit vor allem darauf verwendet, die Eltern zu belehren, ihnen zu sagen, dass die Politiker es sowieso besser wüssten. Damit muss Schluss sein; denn nichts, meine Damen und Herren, ist ungerechter als Ungleiches gleich zu behandeln. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Das Wort hat für die Abgeordneten des SSW die Kollegin Jette Waldinger-Thiering.

**Jette Waldinger-Thiering [SSW]:**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich fange mit einem Faktencheck an: Die Hauptschule ist nicht durch die Küstenkoalition abgeschafft worden, sondern sie ist von der Großen Koalition im Jahr 2007 abgeschafft worden. Der Kompromiss in der Großen Koalition war, eine Regionalschule zu schaffen.

(Zuruf SPD: Genau!)

Viele Kommunen und Schulträger machten sich damals, im Jahr 2007, auf den Weg, Regionalschulen sowie Gemeinschaftsschulen zu etablieren, und sie hatten ihre Gymnasien. Das war 2007. Die Regionalschulen liefen dann zum Teil aus, weil sie bei den Eltern ein nicht mehr so großes Interesse fan-

**(Jette Waldinger-Thiering)**

den und die Eltern gesagt haben - Eltern stimmen ja dann auch für ihre Kinder mit den Füßen ab -: „Wir möchten lieber, dass unsere Kinder auf eine Gemeinschaftsschule kommen als auf eine Regionalschule.“

Insofern schauen wir auch noch einmal zurück in das Jahr 2014 mit unserem Lehrkräftebildungsgesetz. Ja, wir haben hart miteinander gerungen. Wir hatten in der damaligen Küstenkoalition über dieses Gesetz auch gut diskutiert. Ich fand auch, dass wir das gut auf den Weg gebracht haben. Der Gedanke bei der Schaffung dieses Gesetzes war, dass wir endlich für Gemeinsamkeiten in der Besoldung und in den Lehrerzimmern gesorgt hatten. Zum damaligen Zeitpunkt gab es nämlich auch noch die Probleme, dass wir unterschiedliche Bezahlungen für die gleiche Arbeit hatten. Damit hatten wir damals aufgeräumt. Das hatten wir bereinigt und glattgezogen. Die Grundschullehrer waren zu dem Zeitpunkt ja nicht in einem Sek-I-Bereich oder in einem Sek-II-Bereich; deshalb saßen sie nicht im Lehrerzimmer. Das also haben wir hingekriegt.

Ganz wichtig war uns aber dieses: Im Jahre 2014 hatten wir leider nicht das große Glück, so viel Geld zu haben wie Jamaika heute. Wir mussten dafür Sorge tragen, dass unsere Standorte Flensburg und Kiel an einer Lehrerausbildung zusammenarbeiten wollten, die für alle jungen Menschen in Schleswig-Holstein auch eine große und hohe Qualität haben sollte. Wir wollten mit dem Semesterticket - das leider immer noch nicht eingeführt worden ist - erreichen, dass Studierende von Flensburg nach Kiel, von Kiel nach Flensburg oder auch nach Lübeck hätten kommen können, um dort jeweils eine gute Ausbildung erhalten zu können.

(Beifall SSW und SPD)

Wir wollten ein Gesetz schaffen, das auch die Ressourcen nachhaltig betrachtet. Es ist in aller Munde, Tobias Koch und Hans-Jörn Arp, dass uns Lehrer fehlen.

(Tobias Koch [CDU]: Stimmt!)

- Perfekt! Dann seid ihr ja auch im Thema.

(Heiterkeit CDU und FDP)

Heute, am 7. September 2018, fehlen uns die Lehrer. Es gibt verschiedene Gründe, weshalb uns die Lehrer fehlen.

(Zuruf CDU: Vergangenheit! - Unruhe)

- Nicht nur Vergangenheit. - Es gab Prognosen, dass wir nicht mehr so viele junge Menschen im Schulsystem haben werden. Es gab Prognosen, die

nicht davon ausgingen, dass wir plötzlich so vielen Menschen helfen mussten, die sich auf die Flucht begeben haben, weil sie von Krieg, Vergewaltigung und Tod umgeben waren. Es gibt jetzt mehr junge Menschen in unserem Schulsystem als 2013 oder 2014.

Deshalb finde ich, dass die Lehrerausbildung so sein muss, dass man sich, wenn irgendwann in zehn oder fünfzehn Jahren vielleicht nicht mehr so viele Schülerinnen und Schüler im System sind, flexibel an einen anderen Arbeitsplatz, an eine andere Schule begeben kann. Und wir sollten nicht das Ziel aus den Augen verlieren, dass die Lehrerinnen und Lehrer im Sek-I-Bereich die jungen Menschen auf einen höheren Bildungsabschluss vorbereiten sollen, der nicht unbedingt zum Abitur führen muss.

Das vermisse ich bei der Aufteilung im Lehrerbildungsgesetz. Ich höre, dass die Bildungsministerin sagt, dass die Gemeinschaftsschulen ihre Aufgaben haben. Sie sind für Integration, Inklusion und Migration verantwortlich. Das sind Aufgaben, die die Gymnasien nicht erledigen müssen. Da wird mir angst und bange.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Das ist ein Rückschritt und zeigt, dass die Gymnasien keine Durchlässigkeit haben, dass sie sich wieder nicht dieser Aufgabe anzunehmen brauchen.

(Beifall SSW und SPD)

Das passt nicht zur Bildungspolitik 2018, und das passt auch nicht zu all den guten Werten, die die jungen Menschen in Schleswig-Holstein dank engagierter Lehrerinnen und Lehrer erreicht haben.

Der Gesetzentwurf ist kein besonders großer Wurf. Das Einzige, das uns in dem Gesetz ganz gut passt und was wir befürworten, ist die Möglichkeit für Berufsschullehrer, anders in den Job zu kommen, der Quereinstieg. Das ist der einzige Punkt. Die langsame Anhebung der Besoldung der Grundschullehrkräfte - darüber haben wir heute noch gar nicht gesprochen - ist auch ein Schritt in die richtige Richtung.

Wir hätten das Gesetz so nicht gemacht. Wir haben 2014 ein anderes Gesetz auf den Weg gebracht. Ich hoffe, dass die Europa-Universität Flensburg unter diesem Lehrkräftebildungsgesetz nicht leiden wird. Die Ministerin hat gesagt, die einzelnen Standorte sollten ihre Vorteile nutzen. Ich hoffe, dass das tatsächlich so bleibt. Nichts wäre schlimmer, als wenn unsere EUF, die sich so gut etabliert hat, irgendwelche Einbußen erleiden sollte, bloß weil Jamaika ein

**(Jette Waldinger-Thiering)**

neues Lehrkräftebildungsgesetz auf den Weg gebracht hat.

(Beifall SSW und SPD)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat nun der Abgeordnete Dr. Dunckel aus der SPD-Fraktion.

**Dr. Heiner Dunckel [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Vogt, Sie haben gesagt, Sie hätten das Gesetz unter anderem aus zwei Gründen gemacht, um die Situation zwischen den Hochschulen zu befrieden, und Sie hätten festgestellt, dass es eine Zustimmung beider Hochschulen dazu gebe. Das glaube ich nicht.

Warum glaube ich das nicht? - Nicht nur ich, sondern auch die anderen bildungspolitischen Sprecher haben vor der Sommerpause ein Schreiben des AstA der EUF mit vielen Punkten bekommen; daraus möchte ich zwei wichtige Punkte herausgreifen. Sie setzen sich kritisch mit der Frage auseinander, warum die Studierenden der EUF an der Änderung des Lehrkräftebildungsgesetzes nur mangelhaft beteiligt wurden, und fragen, warum der Weiterbildungsmaster an der CAU wegfallen soll, obwohl sich doch viele Studierende der EUF für diesen Studiengang eingeschrieben haben, weil sie hier eine Perspektive sehen.

Ich bin gespannt auf die Diskussion im Bildungsausschuss, ob diese Einhelligkeit der EUF tatsächlich da ist. Ich sehe sie bei den Studierenden nicht, und das ist die größte Gruppe, die von der Gesetzesänderung betroffen ist.

(Beifall SPD und SSW)

Lassen Sie mich auch eine Anmerkung zur allgemeinen bildungspolitischen Diskussion machen. Sie wissen vermutlich, dass ich diese Diskussion viele Jahrzehnte in anderer Rolle begleitet habe und mich da leidlich auskenne. Frau Ministerin, ich habe nicht nur bei Ihnen, sondern auch bei dem einen oder anderen Kollegen festgestellt, dass dieses neue Gesetz den besonderen Profilen der Hochschule entsprechen soll, der fachwissenschaftlichen Orientierung der CAU und der pädagogischen Orientierung der EUF. Frau Ministerin, mit Verlaub, ich glaube, dass Sie die fachwissenschaftliche Qualität der EUF nicht wirklich beurteilen können, und ich finde es ärgerlich, dass Sie die bildungspolitische

Diskussion der letzten Jahrzehnte schlicht ignorieren.

(Beifall SPD und SSW)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Vielen Dank, Herr Kollege. - Jetzt hat sich die Bildungsministerin Karin Prien für einen weiteren Wortbeitrag gemeldet.

**Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mir ist wichtig, zwei Dinge noch einmal deutlich zu machen. In der Koalition war uns besonders wichtig, die Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen und den anderen Institutionen, die wir in diesem Land haben, die die Lehrerausbildung mitgestalten - das ist nicht zuletzt unser bundesweit renommiertes IQSH -, weiter zu stärken. Ich kann Ihnen versichern: Die Zusammenarbeit zwischen unseren Lehrkräfte ausbildenden Hochschulen, dem IQSH und dem IPN ist hervorragend, ich würde sogar wagen zu behaupten: Sie ist so gut, wie sie lange nicht mehr war. Darüber bin ich außerordentlich froh.

Wir haben in Schleswig-Holstein tatsächlich die Chance, zu einem exzellenten Standort in der ersten, zweiten und dritten Phase der Lehrerausbildung zu werden. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie diesen Prozess positiv begleiten und nicht versuchen, dies schlechtzureden. Wir haben die Situation zwischen den Hochschulen befrieden können. Das ist ein Umstand, der allen im Lande, insbesondere unseren Schülerinnen und Schülern, am Ende zugutekommen wird. Wir können da eine hervorragende Entwicklung beobachten.

Herr Dunckel, Sie sagen, der AstA habe sich geäußert. Das mag so sein. Wir haben die Briefe auch alle erhalten. Tatsache ist, dass sich die Präsidien uns gegenüber geäußert haben und die Präsidien für die gesamten Universitäten sprechen, und die haben sich hier eindeutig positioniert.

(Zurufe SPD)

Ich will darauf hinweisen, das Lehrkräftebildungsgesetz 2014 hat in § 5 zu Recht die enge Zusammenarbeit der Institutionen der Lehrkräfteausbildung normiert. Herr Habersaat, wenn Sie den Gesetzentwurf gelesen haben - und davon kann man ausgehen -, wissen Sie, dass wir an dieser institutionalisierten Zusammenarbeit nichts geändert haben; der entsprechende Paragraph ist unverändert geblieben. Insofern ist der Hinweis darauf, wir würden

**(Ministerin Karin Prien)**

die Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen nicht weiter befördern wollen, nicht berechtigt.

Herr Habersaat, ich weiß nicht, ob das Ihre Art von Humor ist. Dass Sie in Ihrer Rede wörtlich gesagt haben, Schüler, die vom Gymnasium auf die Gemeinschaftsschule querversetzt würden, seien „gescheiterte Existenzen“, finde ich problematisch. Das sollte man nicht tun; das haben unsere Schülerinnen und Schüler nicht verdient.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Nach unserer Geschäftsordnung ist es so, dass, nachdem sich die Ministerin erneut zu Wort gemeldet hat, die Fraktionen die Möglichkeit haben, sich noch einmal zu Wort zu melden. - Zwei Fraktionen haben schon signalisiert, dass sie davon Gebrauch machen möchten, zunächst für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Petersdotter und danach für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Habersaat. Falls es weitere Meldungen gibt, nehmen wir diese sehr gern entgegen.

**Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Vielen Dank. - Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich möchte noch einmal ganz kurz etwas zu dem Brief des AStA und der Kritik sagen, die sich insbesondere auf die Debatte um den sogenannten Weiterbildungsmaster bezieht. Der Brief des AStA ist uns selbstverständlich unverändert wichtig. Ich bin der Letzte, der behaupten würde, dass nur die Präsidien für eine Hochschule sprechen. Die ASten haben da immer eine sehr wichtige und starke Rolle.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist ja ein interessanter Unterschied zur Ministerin! - Zuruf SPD: Ein Lichtblick! - Beifall SPD)

- Mit der Ministerin werde ich nachher auch noch über diese und andere Themen diskutieren. Ich möchte sagen, dass wir da nah dran sind. Gleichzeitig gibt es die Kritik, unbenommen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Wer ist „wir“?)

- Ich spreche erst einmal nur von mir und von der grünen Fraktion. Dafür wurde ich hier „bereitgestellt“.

(Heiterkeit - Beifall Tobias Loose [CDU])

Zum Weiterbildungsmaster: Das Problem beim Weiterbildungsmaster ist, dass er damals in einem sehr schnellen Kompromissverfahren entstanden ist. Das müssen alle Beteiligten ehrlicherweise auch zugeben, würde ich sagen. Der Weiterbildungsmaster war nicht von vornherein so geplant wie er war, sondern er war ein schnelles Verfahren, das mit großen juristischen Herausforderungen verbunden war. Es entstand früh die Frage, wie er eigentlich finanziert wird, weil man letzten Endes aus dem regulären Studium der EUF austreten und dann Teil der CAU werden muss. Das ist dann kein Erststudium mehr, was bedeutet, dass es nicht mehr vom BAföG und anderen Dingen abgedeckt ist. Diese Fragen standen damals im Raum, und sie stehen auch heute noch im Raum.

Alle Menschen, die damals angefangen haben, den Weiterbildungsmaster zu studieren, fallen unter einen Bestandsschutz und können ihn auch zu Ende führen.

In der Frage des weiteren Abschlusses aber, also wie es eigentlich mit der noch kommenden Generation wäre, hat sich ein Stück weit gezeigt, dass es Probleme dahin gehend gibt, wie viele das überhaupt machen. Sie haben geraden von „vielen“ gesprochen. In allen Studiengängen sind das so zwischen drei und acht. Das war ein großer Verwaltungsaufwand. Sowohl die Universität Kiel als auch die Universität Flensburg haben diesen Verwaltungsaufwand erlebt. Sicherlich wäre es gut und sinnvoll gewesen, wenn man das hätte erhalten können, aber in der Abwägung kann ich die Entscheidung, ihn abzuschaffen, durchaus nachvollziehen. Ob man das richtig findet oder nicht, kann man unterschiedlich beurteilen - unbenommen. Aber nichtsdestotrotz ist das nicht der große Schaden im Lehrkräftebereich.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Nur ein kleiner Schaden? - Wolfgang Baasch [SPD]: Schaden ist Schaden! - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Schade eigentlich!)

- Na ja, es ist jetzt auch kein kleiner Schaden. Die Leute, die unter der Prämisse zu studieren angefangen haben, können es weiter studieren. Ich glaube, das ist durchaus ein Kompromiss. Wie wir das allerdings im Laufe des Anhörungsverfahrens zum Gesetz im Bildungsausschuss diskutieren werden, wird sich alles noch zeigen. Da ist der Raum, wo der AStA mit Sicherheit angehört werden wird, wo wir all diese Meinungen auf den Tisch bekommen und über die Einzelheiten weiter diskutieren werden. - Vielen Dank.



(Lasse Petersdotter)

(Beifall Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Das Wort zu einem weiteren Beitrag hat der Abgeordnete der SPD Martin Habersaat.

**Martin Habersaat [SPD]:**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine Damen und Herren! Ich habe in der Vorbereitung auf den heutigen Tag natürlich auch die Debatten von 2014 nachgelesen. Ja, das waren wahnsinnig aufgeregte Debatten. Eine wesentliche Rolle bei dieser Aufregung - das darf man noch einmal sagen, glaube ich - war der Umgang der damaligen Oppositionsfraktionen mit der seinerzeitigen Bildungsministerin. Unter anderem der hochschulpolitische Sprecher der CDU warf ihr damals kriminelle Machenschaften vor.

(Zuruf SPD: Wer war das?)

Ich habe das hier schon einmal betont: Das Einzige, was von diesen Vorwürfen damals hängen blieb, war der Hintern des hochschulpolitischen Sprechers dann auf dem Posten des Oppositionsführers. Nunmehr hat es sogar zum Ministerpräsidenten erreicht.

(Zuruf Klaus Schlie [CDU])

Natürlich sind Präsidien in erster Linie an Ressourcen für ihre Hochschulen interessiert. Wenn die Debatte hochgekocht ist, dann immer bei der Frage, welche Hochschule welche Ressourcen bekommt. Selbstverständlich kann ich mir sehr gut vorstellen, dass dann wenn Sie zu beiden Präsidien gehen und sagen: „Liebe Freunde, eure Ressourcen bleiben unberührt“, zunächst einmal die Ruhe groß ist.

Der Weiterbildungsmaster ist ein Gewinn gewesen. Wenn es ihn künftig nicht mehr gibt, ist das ein Schaden. Wir können gern in der Anhörung herausarbeiten, wie groß dieser Schaden ist. Ich glaube, es ist für Schleswig-Holstein ein großer Schaden, wenn man die Universitäten auseinanderdriften lässt. Die wollen natürlich gern ihr eigenes Exklusiv-Spielfeld haben und sich nicht abstimmen müssen und dergleichen. Aber ich glaube, aus politischer Sicht kann man etwas anderes gut begründet richtig finden.

Ich will gar nicht mehr zu viel Zeit auf diese Sortier-Rhetorik der AfD verwenden. Aber wenn man Ihren Gedanken zu Ende führt, dass Selektivität das

Beste ist und dass Schülerinnen und Schüler nur genau in die richtige Gruppe sortiert werden müssen, um optimal gefördert zu werden, dann ist doch die optimale Schule bei Ihnen am Ende die, wo alle Schüler einzeln betreut werden. Das wäre toll. Das kann ich aber in einem System nicht darstellen, wenn ich für jeden Schüler eine einzelne Schule errichten müsste. Ich kann aber ein System schaffen, wo in einer Schule auf jeden Schüler und auf jede Schülerin optimal eingegangen wird. Genau das ist die Gemeinschaftsschule, und genau das ist unser Weg.

(Beifall SPD, Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jette Waldinger-Thiering [SSW] - Dr. Frank Brodehl [AfD]: Habe ich gesehen!)

Frau Ministerin, „gescheiterte Existenzen“ in Klasse 7: Natürlich sind das junge Menschen, die noch alle Chancen und alle Möglichkeiten haben. Aber Sie müssen auch einmal mit den Gemeinschaftsschulen sprechen, die diese Schülerinnen und Schüler aufnehmen. Natürlich ist das eine besondere pädagogische Herausforderung. In Bargteheide gab es eine Gemeinschaftsschule - seinerzeit noch ohne Oberstufe, wenn es nach der CDU gegangen wäre, hätte die nie eine Oberstufe bekommen -, die in jedem Jahrgang eine komplette siebte Klasse aus solchen sogenannten Rückläufern einrichten musste. Natürlich ist das für die Pädagogik und für die Arbeit einer Lehrkraft in dieser Klasse eine besondere Herausforderung, weil es eben diese Erfahrung des Scheiterns gibt.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Daran halte ich fest: Das halte ich für falsch. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Zu einem weiteren Beitrag hat für die AfD-Fraktion Herr Abgeordneter Dr. Brodehl das Wort.

**Dr. Frank Brodehl [AfD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Eben wurde hier etwas falsch dargestellt. Es wurde gesagt, dass die größte Gruppe, die anzuhören wäre, die Studenten wären, da es sie betrifft. Das ist mitnichten so. Die größte Gruppe, um die es hier geht, sind die Schüler oder deren Vertre-

**(Dr. Frank Brodehl)**

ter, die Eltern. Ja, die Eltern haben abgestimmt. Sie hatten die Wahl, wohin sie ihre Kinder schicken könnten. Viele haben mit den Füßen abgestimmt. Es bleibt aber, dass viele Eltern nach wie vor verunsichert sind, weil sie eigentlich spüren, dass ihr Kind im Mittelfeld liegt. Aber man hat eben nicht mehr die Wahl, also schicken sie im Zweifel ihre Kinder möglicherweise auf das Gymnasium und nehmen den Druck in Kauf, weil sie eben nicht mehr die Wahl eines differenzierten Schulsystems haben.

Noch einmal deshalb mein Appell auch an Herrn Habersaat: Hören wir auf, Eltern zu bevormunden und ihnen zu sagen, dass wir es alles besser wüsten. Eltern sind die Vertreter ihrer Kinder. Dem muss wieder mehr Raum eingeräumt werden. - Danke.

(Beifall AfD)

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Das Wort zu einem weiteren Beitrag hat der Abgeordnete der CDU Tobias Loose.

**Tobias Loose [CDU]:**

Ich habe mich gemeldet, Herr Habersaat, weil Sie, aber auch Herr Dunckel, ein bisschen aus der Vergangenheit berichtet haben und über diese Debatten hier gesprochen. Ich will daran erinnern, dass es seinerzeit eine Demonstration vor dem Landtag gab, bei der der Ministerpräsident Demonstranten beschimpft hat.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Fünf Leute von der JU? Das war doch keine Demonstration! - Weitere Zurufe)

- Na gut, aber die Ministerin hat sich dieser Diskussion am Ende in dem Punkt auch nicht gestellt. Ich finde, das ist heute hier eine andere Art und Weise, wie man mit dem Thema umgeht.

(Martin Habersaat [SPD]: Wir haben auch keine Kriminalität unterstellt, Herr Kollege! - Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Das Wort hat der Abgeordnete Tobias Loose.

**Tobias Loose [CDU]:**

Na gut, ich selbst habe ja auch keine Kriminalität unterstellt. Was ich nur sagen möchte: Ich stelle fest, dass wir bei der Debatte zu diesem Lehrkräftebildungsgesetz keine Demonstration vor der Tür

haben, weil anscheinend die Hochschulen in einer großen Gemeinsamkeit dort einig sind, wir selbstverständlich auch ein Anhörungsverfahren haben, wo sich auch Studenten melden und sich daran beteiligen können. Das ist doch die Art und Weise, wie man am Ende versucht, Kompromisse zu machen und ein anständiges Verfahren zu haben. Das ist doch der richtige Weg.

(Beifall CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Tobias Loose [CDU]:**

Da sage ich Ihnen sehr deutlich, Herr Habersaat, dass Sie immer und immer wieder hier versuchen, Gymnasien und Gemeinschaftsschulen gegeneinander auszuspielen, das vergiftet am Ende bildungspolitische Debatten.

(Lebhafter Beifall CDU und FDP - Zurufe Martin Habersaat [SPD] und Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Habersaat, wir sind mittlerweile auf dem Weg, eine Politik zu finden, die einen Zustand schafft, der sich wirklich Schulfrieden nennen kann. Dieser Gesetzentwurf ist ein Teil davon. Ich würde mir wünschen, dass Sie endlich anfangen, daran mitzuarbeiten. - Danke.

(Lebhafter Beifall CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Das Wort für einen weiteren Dreiminutenbeitrag hat der Abgeordnete der SPD Dr. Ralf Stegner.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist ein interessantes Verfahren. Da stellt sich jemand hin und ruft mit sehr lautem Tonfall: Haltet den Dieb! - Wenn hier jemand etwas dazu tut, dass die Gemeinschaftsschulen gegen die Gymnasien ausgespielt werden, dann sind das doch permanent Ihre Leute. Vor wem muss man die Gemeinschaftsschulen denn schützen?

(Beifall SPD und SSW)

Wer hat denn Angst, dass Oberstufen dichtgemacht werden? Wer hat denn polemisiert gegen die Gemeinschaftsschulen?

(Dr. Ralf Stegner)

(Tobias Loose [CDU]: Wer hat denn die Gemeinschaftsschulen genehmigt?)

Wer hat denn hier, wenn es individuell um den eigenen Wahlkreis ging, so getan, als sei er für die Gemeinschaftsschulen, aber jedes Mal, wenn politisch abgestimmt worden ist, dagegen votiert? - Das waren doch die CDU-Leute in diesem Haus.

(Beifall SPD)

Das mit der Amnesie ist inzwischen sehr verbreitet. Das haben wir gestern beim Kollegen Arp, der Kollegin Fritzen und bei anderen mitbekommen. Aber sich ein bisschen an die Fakten halten! Die Öffentlichkeit, die Gemeinschaftsschullehrerinnen und -lehrer die Schülerinnen und Schüler und die Eltern von den Kindern, die dahin gehen, wissen sehr genau, wer die Gemeinschaftsschulen attackiert. Wir haben doch jahrelang kämpfen müssen um jeden Standort, den Sie von der CDU kaputtmachen wollten. Also reden Sie nicht so einen Unfug. Zum Frieden tragen Sie nicht bei. Wir stellen uns schützend vor die Gemeinschaftsschulen.

(Beifall SPD)

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf in der Drucksache 19/848 dem Bildungsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 21 und 24 auf:

**Gemeinsame Beratung**

**a) Besitzer von Dieselfahrzeugen vor Kosten für Nachrüstungen schützen**

Antrag der Fraktion der AfD  
Drucksache 19/889

**b) Keine Kosten für die Umrüstung von Dieselfahrzeugen auf die VerbraucherInnen abwälzen**

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 19/892 (neu)

**Nachrüstung nicht-manipulierter Dieselfahrzeuge erleichtern und wirksame Reduktion der Stickoxid-Belastung ermöglichen**

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP  
Drucksache 19/922

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner für die Fraktion der SPD.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit Monaten beschäftigt uns der sogenannte Dieselskandal. Leider ist genauso lange ein Fortschritt im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher nicht in Sicht. Im Flächenland Schleswig-Holstein ist das keine technische Diskussion für das interessierte Fachpublikum, sondern das betrifft zahllose Pendlerinnen und Pendler. Intensiv haben wir vor der Sommerpause über die von der Landesregierung leichtsinnig ins Spiel gebrachten Fahrverbote in Kiel diskutiert. Auch das ist eine Diskussion, die auf den Schadstoffausstoß der Dieselfahrzeuge zurückgeht.

Aber auch ohne Fahrverbote sind die Verbraucher längst von den Folgen betroffen. Der letzte Wertverlust der Dieselfahrzeuge lässt sich nur erahnen. Schon jetzt zeigt sich der Wertverlust beispielsweise bei den Leasingrückläufern. Schon hier zeigt sich, was auf die Verbraucherinnen und Verbraucher - ich möchte das noch ergänzen: im Fall der Leasingfahrzeuge auch auf die mittelständischen Kfz-Betriebe - zurückfällt. Natürlich wollen die Autokonzerne in dieser Situation den Eindruck erwecken, mögliche Kosten für Nachrüstung seien für sie absolut untragbar, sie gefährdeten womöglich deutsche Arbeitsplätze.

Das ist aus zwei Gründen unsinnig: Erstens sind langfristig deutsche Jobs nur dann zukunftssicher, wenn die Industrie konkurrenzfähige und das heißt schadstofffreie Autos baut. Daher müssen wir den Druck erhöhen, damit die Industrie Autos baut, die aus unseren Innenstädten keine Sperrzonen machen. Nur damit verhindern wir, dass Autos in absehbarer Zeit nicht in China oder Japan gebaut werden. In aller Deutlichkeit: Wer hier falsche politische Rücksicht nimmt, der sichert nicht Arbeitsplätze, sondern der gefährdet sie.

(Beifall SPD)

Zum Zweiten ist es doch die Automobilindustrie, die nach wie vor hohe Gewinne erzielt und teils exorbitante Gehälter an ihre Manager auszahlt. VW:

**(Dr. Ralf Stegner)**

Nettogewinn 12 Milliarden € im vergangenen Jahr. Der Konzernchef knackt die lang angekündigte Gehaltsobergrenze von 10 Millionen € bereits ein Jahr nach der Einführung. - Wer sich so präsentiert, der hat im Gegensatz zum durchschnittlichen Dieselfahrer auch das Geld für Umrüstungen.

Daher hatte die Präsidentin des Bundesumweltamtes völlig recht, als sie in der Sommerpause Minister Buchholz bei seiner Forderung nach Beteiligung der Autofahrer an den Umrüstungskosten scharf widersprochen hat. Sicherlich würde sie heute auch dem Antrag der Koalitionsfraktionen widersprechen. Denn in den Fragen der Nachrüstung muss das Verursacherprinzip gelten. Zahlen soll doch bitte, wer für den Schaden verantwortlich ist. Das sind die Autohersteller, und deshalb haben diese auch die Umrüstungskosten zu tragen.

(Beifall SPD)

Wir als SPD-Fraktion sagen ausdrücklich: Wir wollen erstens keine finanzielle Beteiligung der Verbraucherinnen und Verbraucher an der Umrüstung von Dieselfahrzeugen. Darin unterscheiden wir uns von Herrn Buchholz, und wie wir seit dem Alternativantrag wissen, unterscheiden wir uns da auch von der gesamten Koalition, inklusive der Grünen.

Niemand der hier Anwesenden ist dafür verantwortlich, dass die Autohersteller betrogen oder unzureichende Autos gebaut haben, aber es ist die Regierungskoalition, die bei diesem Thema auf voller Linie versagt. Das will ich deutlich sagen. Sie mögen sich das ja vielleicht leisten können, Herr Buchholz, oder Leute vertreten, die sich das leisten können. Aber was sollen die anderen Menschen davon halten, wenn Sie sagen, sie müssten sich auch noch an den Kosten beteiligen? Das ist Politik von oben herab, die gegen das Interesse der Verbraucher ist.

(Beifall SPD)

Zweitens brauchen die Kommunen unsere Unterstützung beim Kampf für saubere Luft. Stattdessen haben Sie vor der Sommerpause in der Koalition Ihre lähmende Uneinigkeit zur Schau getragen und tausende Pendlerinnen und Pendler mit Ihrer Androhung von Fahrverboten verunsichert. Jetzt gibt es auch schon Gerichtsurteile in Frankfurt und anderswo. Der Ministerpräsident hat gesagt, er habe das nicht so gemeint. Der Umweltminister war schon halb weg. Es war völlig unklar, was eigentlich die Position der Landesregierung ist; jedenfalls hat sie den Städten nicht geholfen, die Aussagen zu den Kosten brauchen. Der Wirtschaftsminister ist

bundesweiter Vorkämpfer für eine Kostenbeteiligung, den Städten aber wird nicht geholfen.

Deshalb haben wir einen Antrag vorgelegt. Wir haben ihn heute noch einmal mit Blick auf die Bundesratsinitiative konkretisiert. Am Ende geht es um drei Dinge: Verbraucherschutz, Umweltschutz und Millionen Arbeitsplätze in Deutschland. Das muss zusammengebracht werden, und zwar nicht, indem man die Autofahrer belastet, nicht, indem man die Städte hängenlässt, und das geht auch nicht, indem man über die Gefährdung von Arbeitsplätzen schwadroniert, obwohl man sie sichern könnte, wenn man eine aktive und gute Industriepolitik macht, die Klimaschutz und Arbeitsplätze nicht gegeneinander ausspielt.

(Beifall SPD)

Insofern ist unser Antrag ein Angebot, genau diese Punkte miteinander zu vereinen. Da könnten Sie doch einmal zeigen, was Sie in Ihrer Koalition aus Schwarz, Gelb und Grün können, dass Sie den Städten helfen, dass Sie den Verbrauchern helfen, dass Sie etwas für die Arbeitsplätze tun. - Aber genau das tun Sie nicht, sondern Sie schwurbeln herum. Am Ende wird es übrigens die Fahrverbote geben, weil sich die Gerichte durchsetzen werden. Herr Kämpfer, der Oberbürgermeister von Kiel, hat Einblicke in das Ressort gehabt, über das wir reden, was das so taugt, was wir an Gutachtenentwürfen bekommen. Ich kann nur sagen: Die Koalition schwurbelt nur rum und leistet nichts. Ich finde, wir sollten uns an die Seite der Verbraucher, des Umweltschutzes und der Arbeitsplätze stellen. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch das Wort.

**Volker Schnurrbusch [AfD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Inzwischen liegt es ein halbes Jahr zurück, dass das Bundesverwaltungsgericht Fahrverbote für bestimmte Dieselfahrzeuge auf kommunaler Ebene für grundsätzlich zulässig erklärt hat. Konkrete Fahrverbote blieben bislang die Ausnahme, aber es werden wahrscheinlich mehr werden. Allerdings können wir in Hamburg derzeit lesen, zu welcher kuriosen Entwicklungen eine ideologiegetriebene Verkehrspolitik führt. In Altona wurden zwei Straßenabschnitte von etwa 2 km Län-

(Volker Schnurrbusch)

ge für Dieselfahrzeuge gesperrt: Symbolpolitik einerseits, andererseits aber auch eine Politik mit der Brechstange - wie die Hamburger CDU dem grünen Umweltsenator Kerstan zu Recht vorgeworfen hat.

Der Nutzen solcher Fahrverbote ist höchst fraglich. In Hamburg will man sich hierzu noch nicht festlegen und verweist auf den kurzen Beobachtungszeitraum. Aber auch wenn diese Daten vorliegen werden, wird wohl trotzdem nicht klar sein, wie viel diese überhasteten Fahrverbote zur Reduzierung von Stickoxiden wirklich beigetragen haben. Zum einen sind die Strecken viel zu kurz, zum anderen wird sich wohl nicht erkennen lassen, wie viel mehr Schadstoffe durch die erzwungenen Umwege in die Luft geraten sind.

Die Anti-Diesel-Lobby im Land, angeführt von einem dubiosen, 250 Mitglieder umfassenden Abmahnverein, der sogenannten Deutschen Umwelthilfe, führt weitere Prozesse zur Durchsetzung von Fahrverboten in Deutschlands Metropolen. Als nächstes sind wahrscheinlich Stuttgart und Frankfurt an der Reihe.

Um Fahrverbote zu vermeiden, sollen nun auch nach dem Willen einiger Politiker Hardware-Umrüstungen erfolgen. Eine davon ist die Bundesumweltministerin. Bundesverkehrsminister Scheuer jedoch hält weiter dagegen und bezeichnet Hardware-Nachrüstungen als Verschwendung von Steuergeldern sowie als technisch, rechtlich und finanziell bedenklich. Es ist die Frage, wie lange dieses Duell in der Bundesregierung noch anhalten wird. Tatsache ist auf jeden Fall, dass durch diese Diskussion der Verbraucher massiv verunsichert wird.

Jetzt kommen aus diesem Haus hier Vorschläge für eine unmittelbare Kostenbeteiligung der Bürger an dieser Umrüstung. Der Herr Wirtschaftsminister Dr. Buchholz hielt im August ein Drittelbeteiligung der Autobesitzer für vermittelbar, so sagte er, obwohl diese Kosten nach zwei vom Bundesverkehrsministerium in Auftrag gegebenen Gutachten zwischen 3.000 und 5.000 € je Fahrzeug betragen. Das ist wahrlich kein Pappentier, gerade wenn man bedenkt, dass ältere Dieselfahrzeuge oft von Menschen mit geringem Einkommen genutzt werden. Darauf hat der ADAC, der Allgemeine Deutsche Automobilclub, ganz aktuell hingewiesen.

Doch auch der Antrag der Jamaika-Koalition greift diese unsoziale Idee wieder auf. Man ist wohl selbst nicht davon überzeugt, wenn man gleich wieder einschränkt, dass Hersteller und Halter mit einer Drittelung der Kosten einverstanden sein müssten. Ich frage Sie: Wie wahrscheinlich ist es, dass

Hersteller ihr Einverständnis zur aufwendigen und langjährigen Hardwareumrüstung geben, nachdem sie sich monatelang aus guten Gründen dagegen ausgesprochen haben? Und wie wahrscheinlich ist es, dass Dieselbesitzer 3.000 bis 5.000 € aus eigener Tasche hinblättern, nur weil die Politik sie im Regen stehen lässt?

Denn unverändert gilt: Ob Hardware-Nachrüstungen überhaupt sinnvoll sind, ist nach wie vor umstritten. Eine hierzu aktuell betriebene Testreihe des Landes Baden-Württemberg und des ADAC, bei der Diesel-Pkw und Nutzfahrzeuge der Euro-5-Norm mit einem SCR-Reinigungssystem ausgerüstet werden und auf ihre Dauerhaltbarkeit hin überprüft werden, wird mindestens 50.000 km umfassen und läuft noch bis 2019.

Die von der Industrie derzeit durchgeführten Software-Updates werden bei Fahrzeugen mit Euro-5-Norm den Stickoxidausstoß bereits um 25 % bis 30 % senken. Durch die starke Verbreitung von Fahrzeugen der Euro-6-d-Gruppe durch Neufahrzeuge der Euro-6-d-TEMP-Norm ist mit einer noch schnelleren Stickoxidabsenkung zu rechnen. So schnell können ganze Baugruppen und Fahrzeugflotten nicht umgerüstet werden. Das ist einfach Fakt.

Es spricht deshalb sehr viel dafür, dass sich die Fahrverbote auf Dauer wieder von selbst erledigen, denn die Stickstoffdioxidbelastung sinkt hierzulande seit Jahren auch deshalb, weil sich der Autobestand permanent erneuert und in den Städten alte Fahrzeuge des Nahverkehrs kontinuierlich aussortiert werden.

Daher gilt für uns: Die politischen Planspiele über die Beteiligung von Dieselfahrern an den Kosten für Hardware-Nachrüstungen sind sofort zu beenden - auch in diesem Haus. Wir bitten um Abstimmung in der Sache. - Danke.

(Beifall AfD)

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Lukas Kilian das Wort.

**Lukas Kilian [CDU]:**

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn man sich die Reden hier von Ihnen, Herr Dr. Stegner, und von Ihnen, Herr Schnurrbusch, anhört, muss man sagen: Manchmal ist es, glaube ich, ganz nett in der Opposition.

**(Lukas Kilian)**

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Ja!)

Man kann so mit einer gewissen Unschärfe unsauber argumentieren, und man kriegt eine schöne Schlagzeile.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Wir nicht!)

Das klingt alles irgendwie nett: Verbraucher schützen, Dieselmürdung auf keinen Fall vom Verbraucher bezahlen lassen. Dann streut man vielleicht noch ein Zitat vom Umweltamt ein und sagt: „Da hat auch mal jemand etwas gesagt“, eine angeblich Autorität, auf die man sich berufen kann.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Überlegen Sie sich Ihren Hochmut, Herr Kilian! - Zuruf: Was soll dieser Hochmut?)

- Hören Sie zu, dann können Sie vielleicht folgen.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Da muss man ehrlich sagen: In solchen Punkten muss es sehr schön sein, in der Opposition zu sein, weil man eben nicht präzise arbeiten muss. Man kann einfach mal in den Saal hineinrufen und hoffen, dass es im Blätterwald rauscht.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Sehr konkret! - Beate Raudies [SPD]: Ist das ein Rückblick auf die eigene Oppositionsarbeit oder was?)

Wenn man sich dann anguckt, was in diesen Anträgen drinsteht, muss man sagen, Herr Dr. Stegner: Ihnen fehlt schon in Ihrer Facebook-Nachricht die Präzision. Sie machen vor Beginn der Plenarwoche immer so ein schönes Video. Da haben Sie behauptet, der Minister möchte, dass die Verbraucher an der Nachrüstung manipulierter Dieselfahrzeuge beteiligt werden. Das wurde nie gesagt.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Ganz im Gegenteil: Wir haben - auch im Änderungsantrag unter Punkt 1 - klipp und klar dargestellt: Manipulierte Fahrzeuge müssen von den Herstellern in Ordnung gebracht werden; die sind juristisch in der Verantwortung. Wer betrogen hat, muss dafür geradestehen.

(Beifall CDU und FDP)

Wir haben aber auch eine große Anzahl von Dieselfahrzeugen, die nicht manipuliert sind. Die sind zugelassen worden - haben die Umweltstandards damals eingehalten - und sind weiterhin am Markt. Jetzt kann man sich überlegen: Was macht man damit? Juristisch kann man die Hersteller nicht zwingen, sich an den Kosten einer Nachrüstung zu betei-

ligen, weil die Fahrzeuge damals nach geltendem Recht zugelassen wurden, also eine entsprechende Zulassung haben, die ihnen im Nachgang nicht entzogen werden kann.

(Zuruf: Das ist so!)

Wir wollen aber etwas tun, um die Luftreinheit zu verbessern. Also schlagen wir vor: Wir machen ein Förderprogramm. Wir als Landesregierung sagen: Wir wollen, dass der Bund sich beteiligt, weil der Bund den Käufern damals gesagt hat: Kauft den Diesel; das ist wichtig für den Klimaschutz, weil die CO<sub>2</sub>-Werte beim Diesel besser sind. - Also sagen wir: Der Bund soll sich mit einem Drittel beteiligen, und die Automobilindustrie soll sich mit einem Drittel beteiligen, weil sie natürlich moralisch auch in der Verpflichtung ist, unsere Luftreinhaltung mit zu gewährleisten.

(Beifall CDU und FDP)

Tatsächlich sagen wir auch: Bei diesem Förderprogramm muss der Nutzer eines älteren Dieselfahrzeuges ein Drittel übernehmen.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Das ist nicht in Ordnung!)

- Ein Drittel von dem Umrüstkosten sind bei weitem nicht 5.000 €, Herr Schnurrbusch.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Das habe ich nicht gesagt!)

Das muss man im Zweifel durch drei teilen.

Dann guckt man sich an: Was passiert denn gerade mit diesen ganzen alten Dieselfahrzeugen? Die haben einen Wiederverkaufswert von null.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau!)

Wenn man jetzt sagt, man nimmt Geld in die Hand, kriegt zwei Drittel aus einem Förderprogramm und kann mit einem weiteren Drittel sein Fahrzeug im Zweifel wieder zu einem umweltgerechten Fahrzeug machen, stellt das eine Lösung dar.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ganz nebenbei sagen wir auch nicht, dass das verpflichtend ist. Wir sagen, dass das eine Möglichkeit ist, seinen alten Diesel vor Fahrverboten zu schützen.

Sie stellen sich hier hin - das ist wieder so schön an der Opposition - und sagen: Wir wollen in Kiel keine Fahrverbote! - Zeigen Sie mir mal bitte die Initiative von Herrn Kämpfer.

**(Lukas Kilian)**

(Beifall CDU und FDP - Annabell Krämer [FDP]: Ja!)

Herr Kämpfer ist besonders kämpferisch im Kommunalwahlkampf und lässt in der ganzen Stadt gegen Fahrverbote plakatieren. Ich frage mich: Wo ist sein Konzept? - Ganz im Gegenteil setzt sich seine SPD-Fraktion hier hin und sagt: Wir bauen ein richtig schönes Traumschloss; die Automobilhersteller sollen bitte auch die Umrüstung der alten Dieselfahrzeuge bezahlen. - Das werden die aber nicht tun.

Bezüglich der Bundesratsinitiative, auf die Sie verweisen, hat der entsprechende Ausschuss schon empfohlen, das abzulehnen. - Super! Da springen wir auf ein totes Pferd und sollen noch mitreiten oder wie? Das ist doch Quatsch!

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Zuruf SPD)

Gucken Sie sich mal an, was wir hier machen: ein Förderprogramm. Wir wollen genau da ansetzen, damit wir keine Fahrverbote haben. Wir wollen unsere Luftreinhalte hinbekommen. Da muss man ehrlich sagen: Das, was die Landesregierung, die Jamaika-Koalition, hier macht, ist Nachhilfe für Herrn Kämpfer, der - zumindest was das Dieseldilemma angeht - auch eher in der Opposition stehengeblieben ist, einfach nichts tut und sich beklagt. Das ist eigentlich kein guter Stil, wenn man regieren möchte. - Deswegen bitte ich um Zustimmung zu unserem Alternativantrag.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze das Wort.

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Stuttgart, Düsseldorf, Hamburg, Kiel, vorgestern Frankfurt, und München wird wahrscheinlich folgen. Die Liste der Städte, in denen Dieselfahrverbote kommen, wird immer länger. Das ist absehbar. Das Bundesumweltministerium zählte im letzten Jahr 67 Städte in Deutschland auf, in denen der Jahresmittelwert für Stickoxide überschritten worden ist. Weitere Klagen liegen vor den Verwaltungsgerichten.

Wenn man die Luft in unseren Innenstädten schnell sauber machen will, muss man auch politisch für Hardware-Nachrüstungen streiten. Die Bundesregierung muss dazu endlich rechtliche Grundlagen schaffen.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

Verkehrsminister Scheuer will das alles nicht, er hält es für Verschwendung von Steuergeldern und mauert. Dann kommt der Vorschlag unseres Verkehrsministers Buchholz im Sommer, der sagt: Wir brauchen einen Rechtsrahmen zur freiwilligen Hardware-Nachrüstung für ältere Diesel. Was ist daran falsch?

(Lukas Kilian [CDU]: Nichts!)

Die Regierungsfaktionen haben dazu heute einen Antrag vorgelegt, der im ersten Teil - das gilt für unsere Fraktion, aber auch für große Teile dieses Hauses - klipp und klar sagt: Diejenigen, die bei der Software geschummelt haben, die den Leuten etwas Falsches vorgegaukelt haben, müssen dafür zahlen. Das sind die deutschen Automobilfirmen - ohne Wenn und Aber.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP - Minister Dr. Bernd Buchholz: So ist es!)

Herr Kollege Stegner, bei der Hardware-Nachrüstung müssen wir differenzierter hinschauen. Die Masse der Stickoxide entsteht durch völlig legal zugelassene Fahrzeuge. Das ist erwähnt worden. Wir reden von 27 Millionen Pkw in Deutschland. 27 Millionen Pkw! Das Problem trifft in großem Maße kleinere Leute und Leute, die sich keine großen Autos leisten können, die im Übrigen durch die Werbung gelockt worden sind: Kauft euch diesen Diesel, der den CO<sub>2</sub>-Ausstoß reduziert. Es hat mich ein wenig enttäuscht, Herr Kollege Stegner, dass Sie darauf überhaupt nicht eingegangen sind. Es trifft im Übrigen in großem Maße mittelständische und kleinere Unternehmen.

(Lukas Kilian [CDU]: Genau!)

Denen kann man nicht einfach sagen: Kauft euch jetzt einfach einmal ein neues Auto. - Dafür haben sie schlicht und ergreifend nicht das Geld.

Dass gerade die SPD sagt, dass Menschen mit geringerem Einkommen keine pragmatischen Lösungswege haben sollen, ist für mich unverständlich.

Welches ist die Alternative, Herr Stegner? Sie sagen, die deutsche Automobilindustrie soll die Nach-

**(Dr. Andreas Tietze)**

rüstung von 29 Millionen Pkw bezahlen. Eine Nachrüstung kostet typenabhängig geschätzt zwischen 1.000 € und 5.000 €. Nehmen wir einen mittleren Wert von 3.000 € an. Dann sind Sie bei 150 Milliarden € für die gesamte deutsche Automobilindustrie. Wie wollen Sie das durchsetzen? Wie wollen Sie durchsetzen, dass ein Fonds von 150 Milliarden € diese 27 Millionen Autos nachrüstet? Dann macht es Sinn. Nur so wird Ihr Vorschlag in eine mögliche rechtliche Grundlage zu überführen sein.

Mich stört auch, dass die Bundesregierung schläft - im Übrigen Ihre Bundesregierung.

(Zuruf SPD)

Mich stört es auch, dass weiterhin dreckige Dieselfahrzeuge fahren dürfen, die Luft verpesten und dass Fahrverbote nur bedingt helfen, weil die Leute andere Wege nehmen. Aus ökologischen und gesundheitlichen Gründen ist es dringend notwendig, die Abgase schnell zu reduzieren. Es gibt die SCR-Katalysatoren. Sie machen aus Euro-5- und vielen Euro-4-Fahrzeugen Euro 6 light. So hat Winfried Kretschmann das einmal genannt. Dem Abgas wird ein Ammoniak beigemischt, sodass aus den Abgasen ein Gemisch aus rund zwei Dritteln Wasser und einem Drittel Stickstoff entsteht, also der Hauptbestandteil Stickstoff und der Schadstoffausstoß insgesamt reduziert wird.

Das Bundesverkehrsministerium hat dazu Gutachten in Auftrag gegeben. Ich habe nachgelesen: Professor Wachtmeister von der TU München sagt, dass es technisch möglich ist, diese Fahrzeuge für einen Mittelpreis von etwa 3.000 € nachzurüsten. 3.000 € ist natürlich viel Geld, da überlegt man sich, ob man das macht. Ich würde das auch tun, wenn ich eine junge Familie hätte und mit einem Passat Kombi Diesel durch die Gegend führe. Das ist eine Hürde.

Jetzt ist der Vorschlag zu sagen: Wir machen kein Muss daraus, es ist keine Soll-Regelung, die wir hier vorschlagen. Wir bieten an: Wenn du dich dafür entscheidest, bezahlt 1.000 € der Staat, 1.000 € - bitte schön - die Automobilindustrie - das können und dürfen wir auch erwarten, die haben sehr viel Vertrauen verspielt -, und es entsteht ein Betrag von bis zu 1.000 €, den du selbst tragen kannst. Dafür hast du aber auch ein ökologisches Auto, eine Wertsteigerung für dein Fahrzeug, und du kannst dieses Fahrzeug noch weiter fahren.

Ich würde natürlich auch alles gern auf Elektroautos umstellen, aber wir wissen doch: Der Markt gibt das im Moment noch gar nicht her. Wir alle erleben

eine Transformation des Marktes. Das wird dauern. Das sind möglicherweise fünf bis zehn Jahre Transformationszeit. Da muss es unser gemeinsames Interesse sein: runter mit den Schadstoffen, runter und schnell!

(Beifall CDU und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich war auch erst skeptisch, und ich habe gedacht: Was schlägt der da vor? Es ist auch ungewöhnlich für einen FDP-Minister. Ich meine, dass da ein wenig Subvention drinsteckt. Das erwartet man auch nicht so ohne Weiteres.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ja, das schlägt man nicht so ohne Weiteres vor, wenn man aus einer liberalen Tradition kommt.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP] - Heiterkeit FDP)

Aber es vorzuschlagen, weil wir etwas tun müssen, was schnell wirkt, weil wir es auch aus ökologischen Gründen tun müssen, das finde ich richtig. Und deshalb ist dieser Vorschlag ein Vorschlag unter vielen, den man hier unterstützen kann. Deshalb unser Antrag heute.

(Vereinzelter Beifall CDU, FDP und Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Herr Abgeordneter, behalten Sie bitte die Redezeit im Blick.

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ja. Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin. - Wir wollen den Kunden nicht zur Kasse bitten. Wir wollen eine Option schaffen, damit die Stickoxide in unseren Städten schnell runtergehen. Wir werden weiterhin die Einführung von Wasserstoff - und Elektroautos fordern. Da muss eine Umsteuerung passieren. Das dürfen wir nicht den Japanern und den Südkoreanern überlassen. Da muss die deutsche Automobilindustrie endlich liefern. Das ist ein wichtiger Punkt.

(Wortmeldung Dr. Ralf Stegner [SPD])

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Stegner?



**Dr. Andreas Tietze** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, wir haben ja noch ein wenig Zeit. - Herr Kollege Stegner bitte schön.

**Dr. Ralf Stegner** [SPD]: Danke. - Ich habe gesehen, dass Ihnen die Zeit knapp geworden ist, aber ich möchte auf Ihre Bemerkung zur Bundesregierung, „Es ist doch Ihre Bundesregierung, die schläft“, noch etwas sagen.

(Zuruf SPD: Ja!)

Das ist etwas unterkomplex, was Sie vorhin gesagt haben. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass es die Bundesumweltministerin Frau Schulze war, die für diese Nachrüstung eintritt.

(Zuruf Birte Pauls [SPD])

Und es ist der zuständige Bundesverkehrsminister Herr Scheuer von der CSU, der das nicht will.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Das habe ich gesagt!)

Und wenn man das erwähnt: Vorhin hat Kollege Kilian gesagt, es sei eine dubiose Stellungnahme vom Bundesumweltamt, das sich dazu äußere.

Und wenn Sie noch etwas wissen möchten, dann schauen Sie sich bitte die beiden Presseklärungen aus der grünen Fraktion und aus der FDP-Fraktion an von dem Tag, an dem Herr Buchholz den Vorschlag gemacht hat. Da bedarf es gar keiner Kritik der SPD mehr. Da muss man nur nachlesen.

(Beifall SPD)

- Herr Stegner, ich habe auch sehr erstaunt wahrgenommen, wie rüde Ihre Minister in der Bundesregierung miteinander umgehen. Herr Scheuer hat rüde Ihre Kollegin beschimpft mit der Maßgabe, sie solle das bitte schön einmal aus ihren - -

(Beate Raudies [SPD]: Der ist nicht von uns!)

- Ja, Herr Scheuer hat gesagt, Ihre Umweltministerin solle - bitte schön - die Nachrüstung aus ihren Bildungs- und Umweltbeträgen im Haushalt finanzieren. Damit hätte er nichts zu tun. - So gehen wir hier in der Regierungskoalition in Schleswig-Holstein nicht miteinander um. Sie scheinen da andere Umgangsformen zu pflegen.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Jetzt hältst du uns die CSU-Umgangsformen vor?)

- Ich möchte nur sagen: Sie stehen gemeinsam für eine Regierungspolitik. Sie streiten sich auch öffentlich in anderen Dingen, aber bei mir kommt an, dass Sie bei einer der zentralen Fragen, die den Menschen wirklich wichtig ist, nicht zu Potte kommen.

(Zuruf SPD: Und die CDU kommt zu Potte?)

Lieber Herr Kollege Stegner, das ist in Koalitionen manchmal auch schwierig; das wissen wir als Grüne ja auch. Das werfen Sie uns ja auch ständig vor. Aber in der Frage die Leute hängenzulassen und nicht einen gemeinsamen Vorschlag hinzubekommen, damit wir in Deutschland bei dieser Stickoxidfrage eine handelnde Bundesregierung haben, das finde ich erbärmlich, und deshalb finde ich Ihre Zwischenfrage tatsächlich auch wenig hilfreich.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP - Zurufe)

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage, Herr Abgeordneter?

(Zurufe)

**Dr. Andreas Tietze** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Bitteschön.

**Dr. Ralf Stegner** [SPD]: Ich bin wirklich erstaunt, mit welchem Hochmut die Vertreter der Koalition hier auftreten.

- Das ist kein Hochmut.

- Aber wenn Sie das schon so auf den Punkt bringen, möchte ich Ihnen sagen: Ich empfehle Ihnen, den Kommentar des Kollegen Andresen von dem Tag nachzulesen, als Herr Buchholz den Vorschlag gemacht hat. Ich habe das damals kritisiert, und dann hat Herr Andresen geschrieben, das sei auch nicht die Position der Koalition, sondern die Position des Ministers. Falls Sie das noch einmal nachlesen mögen, dann werden Sie das da finden, weil Sie eben so schön sagten, das gäbe es bei Ihnen in der Koalition nicht.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**(Dr. Andreas Tietze)**

- Lieber Kollege Stegner, ich habe mir tatsächlich die Mühe gemacht, das einmal zu lesen, was der Minister vorgeschlagen hat, und nicht nur die Überschriften in der Zeitung.

(Heiterkeit - Beifall CDU und FDP)

Dann kommt man tatsächlich zu einer anderen Auffassung.

(Zuruf Beate Raudies [SPD] - Heiterkeit SPD)

Der Minister hat das dann noch einmal in einem Videoclip erläutert. Da hilft es bisweilen, sich mit der Argumentation etwas vertiefter auseinanderzusetzen. Das habe ich getan, und deshalb habe ich auch eine ganz andere Position erarbeiten können. Die haben wir dann gemeinsam in der Koalition entwickelt. Wie Sie sehen, ist dieser Antrag dabei herausgekommen.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Ach so, es ist ein Missverständnis!)

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Kay Richert das Wort.

**Kay Richert [FDP]:**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Luft in unseren Städten ist belastet, und einer der Gründe sind die Emissionen aus dem Pkw- und Lkw-Verkehr. Den ganzen Sommer wurde sich darüber gestritten, wie man hier Verbesserungen für die Gesundheit der Einwohner erreichen kann. Besonders die Aktivitäten des Vereins Deutsche Umwelthilfe haben dazu geführt, dass mehrere Gerichtsbeschlüsse zu Diesel-Fahrverboten auf innerstädtischen Teilstrecken erlassen wurden.

Seitdem debattieren wir über Sinn und Unsinn dieser Fahrverbote, über die Vermeidung von Umgehungsverkehr, die auch nicht unbedingt die beste Lösung sind, die Verhältnismäßigkeit und über technische Lösungen zur Luftreinigung in den Städten. Worüber wir bisher noch gar nicht so richtig gesprochen haben, sind technische Lösungen zur Abgasreinigung an den Fahrzeugen selbst. Minister Buchholz hatte so etwas vorgeschlagen, und auch die FDP-Bundestagsfraktion fordert das ebenfalls. Die Diskussion über diese Alternative müssen wir jetzt ernsthaft führen. Wohlgeachtet: Wir reden hier

nicht über manipulierte Autos. Die Position der FDP war auch immer, dass manipulierte Autos von denjenigen und auf Kosten derjenigen nachgerüstet werden müssen, die das Ganze verursacht haben, also die, die betrogen haben, die Hersteller.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Das ist auch common sense, und das haben wir im ersten Punkt des Alternativantrags auch ganz klar herausgearbeitet. Ich verstehe gar nicht, dass man das missverstehen kann.

Der zweite Punkt, den wir dort aufgeschrieben haben, geht weiter. Hier geht es ausschließlich um Autos, die nicht manipuliert sind, die die Werte ihrer Typenzulassung einhalten, die einfach älter sind und deren Abgase nicht nach dem neuesten Stand der Technik gereinigt werden. Um diese, und nur um diese Fahrzeuge geht es in diesem Zusammenhang. Ich finde die Vermischung dieser beiden Sachverhalte wirklich polemisch. Entweder Sie haben das nicht verstanden oder Sie machen das absichtlich. Ich finde, das ist ein billiges Punkten, das ist Ängste schüren. Wir sollten lieber Lösungen anbieten.

(Beifall FDP und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Von einer Nachrüstung älterer Fahrzeuge haben alle etwas - die Allgemeinheit genauso wie die Eigentümer der Altfahrzeuge. Die Allgemeinheit, also die Anwohner in den Städten, profitieren von einer Nachrüstung der älteren Fahrzeuge, weil hierdurch die gesamte Belastung der Atemluft verringert wird. Und die Städte selbst profitieren von einer Nachrüstung älterer Fahrzeuge, weil sie auf Fahrverbote verzichten können. Fahrverbote würden das öffentliche Leben erheblich behindern oder gar einschränken. Auch die Eigentümer profitieren von einer Nachrüstung älterer, nicht manipulierter Fahrzeuge. Für nachgerüstete ältere Fahrzeuge bestehen dann keine Befahrungsverbote in Umweltzonen mehr. Ältere Fahrzeuge, deren Wert - das klang hier schon mehrfach an - durch die ständigen Forderungen nach Fahrverboten erheblich verringert wurde, würden durch die Nachrüstung wieder im Wert gesteigert. Und weil alle etwas davon haben, sollen nach unserer Vorstellung auch alle an den Kosten beteiligt werden.

Unser Vorschlag ist, die Kosten für die Nachrüstung älterer Dieselfahrzeuge jeweils zu einem Drittel auf die Hersteller, auf den Bund und die Eigentümer aufzuteilen.

**(Kay Richert)**

Sehr geehrte Damen und Herren, man kann die Thematik Dieselschadstoffe und Fahrverbote von mehreren Seiten betrachten. Man kann über Sanktionen nachdenken und Verbote beschließen. Wir versuchen lieber, das Problem grundlegend anzupacken, und unser Vorschlag tut das auch.

Ich hoffe, ich konnte den Unterschied zwischen den beiden verschiedenen Sachverhalten herausarbeiten, und Sie haben das jetzt auch verstanden, nehmen Abstand von Ihrer billigen Polemik und stimmen unserem Antrag zu. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU und Eka von Kalben  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer das Wort.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Die Einführung von Stickstoffdioxid-Grenzwerten ist nicht vom Himmel gefallen. Auch wenn über Grenzwerte kontrovers diskutiert wird, ist die gesundheitsschädliche Belastung durch Luftschadstoffe aus dem Straßenverkehr unstrittig. Das ist klar. Aussagekräftiger Indikator für die Luftverunreinigung ist Stickstoffdioxid. Der Grenzwert für NO<sub>2</sub> ist das Ergebnis langjähriger und umfangreicher Untersuchungen. Der eingeführte Richtwert wird als geeignet angesehen, um die Gesundheit auch besonders empfindlicher Menschen bei einer dauerhaften Belastung zu schützen. Allein um den Schutz der Menschen geht es hier.

Angesichts der vielen Diesel-Fahrzeuge, die bei uns auf den Straßen fahren, hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig seine Entscheidung zu den Diesel-Fahrverboten nicht leichtfertig getroffen. Dieses vorausgesetzt, hat das Gericht im Sinne derer entschieden, die in einem Umfeld leben, wo dieser Grenzwert der Stickstoffoxide überschritten wird, auch wenn der Effekt bezweifelt werden kann. Zudem hat die EU-Kommission mittlerweile gegen Deutschland Klage wegen Luftverschmutzung beziehungsweise wegen Nichteinhaltung der Grenzwerte eingereicht. Damit ist zusätzlicher Druck in die gesamte Diskussion gekommen.

Angesichts der bereits verstrichenen Zeit scheint dieser Druck mittlerweile auch notwendig zu sein. Denn eines ist klar: Seit Jahren kennen wir die Grenzwerte, und wir wissen sehr wohl, welche

Städte oder Straßenzüge betroffen sind, und vor allem kennen wir die Verursacher.

Damit bin ich bei den Anträgen. Wir müssen endlich dort ansetzen, wo der Dreck herausgeblasen wird. Das betrifft hauptsächlich Dieselfahrzeuge mit bestimmter Euro-Norm. Für uns als SSW ist eines ganz klar: Automobilhersteller, die ihre Fahrzeuge manipuliert haben, die sich damit die Zulassung erschwindelt haben, müssen alleine für die Umrüstung oder Nachrüstung voll herangezogen werden.

(Beifall SSW)

Hier gilt aus unserer Sicht das Verursacherprinzip. Es kann nicht sein, dass der Kunde auf den Kosten sitzenbleibt und der Leidtragende ist. In diesem Punkt sind wir uns wohl alle einig.

Problematisch wird es aus unserer Sicht bei den Fahrzeugen der Klassen Euro 5 oder niedriger. Es gibt Fahrzeughersteller, die haben ihre Autos seinerzeit nach dem neuesten und besten Stand der Technik entwickelt und gebaut. Diese haben zu dem Zeitpunkt dann auch die geltenden Euro-Normen erfüllt.

(Lukas Kilian [CDU]: Genau!)

Meines Erachtens wird in der Bundesratsinitiative, auf die im SPD-Antrag hingewiesen wird, diese Unterscheidung nicht gemacht. In Bezug auf die Nachrüstung wird dort allein auf die Euro-5-Norm verwiesen, ohne zu differenzieren. So lese ich zumindest die Bundesratsinitiative.

(Zuruf: Nur so kann man sie auch lesen!)

Demgegenüber wird im Antrag der Koalition genau dieser Aspekt aufgegriffen. Unter Nummer 2 des Antrags fordert Jamaika ein Förderprogramm zur Nachrüstung von Dieselfahrzeugen der Euro-4- und der Euro-5-Norm, die zum Zeitpunkt der Zulassung eben nicht manipuliert waren. Das Finanzierungsmodell für die Nachrüstung ist gedrittelt: ein Teil Automobilhersteller, ein Teil Bund und ein Teil Fahrzeughalter. Aus unserer Sicht ist dies ein politischer Kompromiss, auf den wir uns einlassen könnten.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und FDP)

Damit wird man nicht jedem gerecht. Es werden Automobilhersteller zur Kasse gebeten, die nicht betrogen haben, deren Fahrzeuge mittlerweile aber nicht mehr den Anforderungen gerecht werden. Gleiches gilt für die Fahrzeughalter, die ein Fahrzeug besitzen, das zum Zeitpunkt des Kaufs alle

**(Flemming Meyer)**

Normen erfüllt hat, auch ohne Manipulation. Das ist sicherlich nicht gerecht, aber es wäre aus Sicht des SSW ein gangbarer Weg, damit auch Modelle der Euro-4- und der Euro-5-Norm in entsprechenden Umweltzonen weiterfahren dürfen, ohne Menschen gesundheitlich zu gefährden.

Das scheint uns derzeit der bessere Weg zu sein, obwohl ich gestehe, dass ich sehr viel Sympathie und Verständnis für den Antrag der SPD habe. Aber ich glaube, wir müssen hier einfach einen Kompromiss finden und einen Weg gehen, der auch gangbar ist. Es ist an der Zeit, dass wir endlich die Ursachen und nicht die Symptome bekämpfen. Das ist allemal besser, als die betroffenen Städte und Gemeinden mit ihren Fahrverboten im Regen stehen zu lassen.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich bin immer noch der Meinung, dass der Effekt von Fahrverboten sehr fragwürdig ist. - Jo tak!

(Beifall SSW, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Zu einem Dreiminutenbeitrag hat der Abgeordnete Kai Vogel von der SPD-Fraktion das Wort.

**Kai Vogel [SPD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste! Herr Kilian, ich muss schon sagen: Welche Arroganz Sie hier an den Tag legen! Ich frage mich, ob nicht manchmal ein bisschen mehr Besonnenheit in der Rede angemessen wäre. Der Opposition pauschal zu unterstellen, sie schwurble nur herum und bereite sich nicht detailliert auf die Anträge vor

(Christopher Vogt [FDP]: Der SPD! - Dr. Frank Brodehl [AfD]: Genau! Der SPD!)

- damit zeigen Sie, dass Sie sich auch angesprochen fühlen -, während Sie angeblich immer diejenigen sind, die genau recherchieren - welche Arroganz der Regierung!

(Beifall Birte Pauls [SPD])

So etwas fällt einem auf die Füße.

Genauso: Welche Arroganz zu sagen, irgendjemand im Bundesumweltamt habe sich dazu geäußert, also sinngemäß zu sagen, man sei am Pfortner vorbeigegangen, und er sei der Erste gewesen, dem man be-

gegnet sei. - Nein, es ist die Leiterin gewesen. Also welche Arroganz! Ich war wirklich entsetzt.

Ich bin auch immer verwundert darüber, wie sich das Bundesverkehrsministerium bei der Nachrüstung von Dieselfahrzeugen eher als Verhinderungsministerium zeigt. Wenn man auf die Homepage schaut, stellt man komischerweise fest, dass es ein Förderprogramm für Busse der Normen Euro 3, Euro 4 und Euro 5 gibt. Warum sie ein Förderprogramm für Busse auf den Weg gebracht haben, aber noch nicht einmal im Ansatz auf die Idee kommen, ein Förderprogramm für Automobile ins Leben zu rufen, wird mir wahrscheinlich nie einleuchten.

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kilian?

**Kai Vogel [SPD]:**

Sehr gern.

**Lukas Kilian [CDU]:** Sehr geehrter Herr Kollege Vogel, ich habe eine Frage an Sie. Ist es redlich zu behaupten, dass die Koalition Autofahrer und Halter von manipulierten Dieselfahrzeugen an den Umrüstkosten beteiligen will, obwohl schon im allerersten Statement des Ministers und nur in einer Überschrift in einer Zeitung etwas anderes klargestellt wurde?

(Zuruf SPD: Was?)

- Die Frage habe ich nicht verstanden. Es tut mir leid.

(Lukas Kilian [CDU]: Ich wiederhole sie gerne, wenn ich darf!)

- Sehr gern.

- Halten Sie es für redlich, zu behaupten, dass die Koalition und der Minister die Nutzer von manipulierten Dieselfahrzeugen mit Umrüstkosten bestrafen möchten, obwohl man weiß, dass weder der Minister noch die Koalitionsfraktionen das gesagt haben und es nur eine Zeitung gab, die es in der Überschrift falsch zusammengefasst hat?

- Nein, das halte ich nicht für redlich. Nichtsdestotrotz ist unser Antrag ja weitergehend. Wenn Sie gleich meinen Dreiminutenbeitrag hören, werden Sie auch wissen, wo wir weitergehen als Sie.

Die Tatsache, dass die Automobilhersteller dafür bestraft werden, dass Schummel-Software aufge-

**(Kai Vogel)**

spielt wurde, steht, glaube ich, völlig außer Frage. Ich habe auch keinen hier im Hause gehört, der nicht gesagt hat, in dem Moment müsse eins zu eins angesetzt werden. Aber man muss sich trotzdem überlegen, ob nicht eventuell auch eine moralische Verpflichtung der Automobilindustrie besteht - die über Jahre wirklich Milliardengewinne gemacht hat, wohl wissend, dass die technischen Möglichkeiten, die man hätte umsetzen können, nicht auf den Weg gebracht worden sind -, und man muss fragen, ob man nicht deutlich über das hinausgehen sollte, was Sie fordern. Mehr tun wir nicht.

Auf der anderen Seite sind Sie uns auf den Leim gegangen. Was die ursprüngliche Pressemitteilung angeht, die in den „Lübecker Nachrichten“ verkürzt dargestellt worden ist - ich glaube, es sind die „Lübecker Nachrichten“ gewesen, in denen der Minister verkürzt dargestellt wurde -, irren Sie absolut. Auch das haben wir im Vorwege, bei der Recherche, festgestellt. Ich habe mir auch die Videoblogs von Herrn Buchholz dazu angesehen.

(Beifall Martin Habersaat [SPD])

Ich muss aber ehrlicherweise sagen, es hat auch Abgeordnete der Koalition gegeben, die gleich sehr zurückhaltend auf die entsprechende Pressemitteilung reagiert haben. Sie sollten sich vielleicht besser an Ihre Koalitionskollegen wenden als an uns. Denn von uns hat es keinen Kommentar dazu gegeben.

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Gestatten Sie eine weitere Nachfrage?

**Kai Vogel [SPD]:**

Ja, sehr gern. - Ich weiß nicht von wem; deswegen weiß ich nicht, wohin ich schauen soll.

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Entschuldigung. Das ist eine Frage von Herrn Abgeordneten Kilian.

**Kai Vogel [SPD]:**

Danke.

**Lukas Kilian [CDU]:** Wenn Sie das für unredlich halten, dann frage ich mich - Sie haben jetzt einen Antrag der SPD-Fraktion hier eingebracht, in dem suggeriert wird, dass wir die Kostenbeteiligung auch bei manipulierten Fahrzeugen vornehmen wollen -: Wurden Sie in der Fraktion überstimmt, oder halten Sie

es allgemein so, dass Sie den einen oder anderen Antrag Ihrer Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag für unredlich halten?

- Nein. Ich muss ganz ehrlich sagen, das ist ein sehr juristischer Fachjargon, den Sie hier im Augenblick darlegen.

(Zuruf Lukas Kilian [CDU])

- Ja, gut, vielleicht bin ich manchen Debatten intellektuell nicht gewachsen. Tatsache ist, dass wir gesagt haben: Wir finden darüber hinausgehend, dass es nicht unredlich ist, die Automobilhersteller in irgendeiner Art und Weise für die Schummelsoftware in finanzielle Verpflichtung zu nehmen, noch weniger, uns jetzt darüber zu unterhalten, ob es redlich ist, Anträge zu stellen oder nicht. Wir können doch Forderungen auf den Weg bringen.

Seien wir doch einmal ganz ehrlich: Die Forderungen, die Sie hier im Augenblick diskutieren, haben in Berlin nicht gerade den Durchbruch erzeugt. Ich nehme von Herrn Scheuer oder von irgendjemand anderem nicht wahr, dass gesagt wird: Ja, stimmt, diese Drittelregelung ist der große Wurf. Jetzt werden wir in diese Richtung gehen.

Sie suggerieren nur, dass das so ist. Unsere Regelung ist diejenige, die überhaupt nicht diskutiert werden kann? - Das stimmt doch nicht. Beide Varianten werden diskutiert. Wir halten unsere nur uneingeschränkt für vernünftig, weil wir der Auffassung sind: Wenn über Jahrzehnte von Automobilkonzernen Milliardengewinne gemacht wurden, dann können wir die in irgendeiner Art und Weise für das, was sie nicht geleistet haben, einsetzen und die Konzerne irgendwie zur Kasse bitten, und zwar für Umweltschutz, der möglich gewesen wäre. Und Sie sagen dazu Nein.

(Beifall SPD)

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Andreas Tietze?

**Kai Vogel [SPD]:**

Ja.

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Vielen Dank, Herr Kollege.

(Unruhe)

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze.

- Herr Kollege, ich würde Ihnen gern eine Frage stellen, um das besser zu verstehen. Sind Sie auch dafür, dass ältere Dieselfahrzeuge nachgerüstet werden? - Das ist die erste Frage.

**Kai Vogel [SPD]:**

Ja.

- Wenn Sie dafür sind, dann wäre meine zweite Frage: Wie soll das finanziert werden? Sind Sie der Auffassung, dass das allein durch die deutsche Automobilindustrie zu finanzieren ist? Sind Sie der Auffassung, die deutsche Automobilindustrie plus Staat, aber nicht die Verbraucher, sollen das finanzieren? Ich will es einfach nur verstehen.

Ich hatte ja gesagt, es sind 27 Millionen Pkw. Sie müssen aus Gerechtigkeitsgründen dann auch sagen, Sie wollen das für alle Pkw anbieten. Ich hatte grob geschätzt, das entspricht 150 Milliarden €. Sie müssen ja eine Vorstellung davon haben, wie das finanziell gewuppt werden soll. Das würde mich einfach einmal interessieren.

- Wir sind der Auffassung, dass dies sicherlich nicht auf den ersten Blick mit einer Mitfinanzierung vonseiten der Nutzerinnen und Nutzer finanziert werden muss, sondern wir sind der Auffassung: Ja, das ist etwas, was die Automobilkonzerne leisten können und müssen.

Wie gesagt: Es wurden in den letzten Jahrzehnten Milliardengewinne erwirtschaftet. Dabei liegen wir weit über den 150 Milliarden €. Herr Kollege Tietze, Sie wissen selbst, das ist im Augenblick nur eine spekulative Summe. Die Gewinne, die erwirtschaftet worden sind, liegen weit über den 150 Milliarden €.

Ja, wir sind der Auffassung, dass diejenigen, die die Gewinne erwirtschaftet haben, dies können, und nicht die Nutzerinnen und Nutzer. 1.000 bis 2.000 € sind für jemanden, der ein Auto fährt, sehr häufig eine viel größere Summe als die Summe, über die wir in Relation zu den Automobilkonzernen sprechen. Der VW-Konzern hat im vergangenen Jahr 11 Milliarden € Gewinn gemacht. Rechnen Sie diese Summe einmal über einen längeren Zeitraum hoch. Es gibt bei uns nicht nur VW, sondern es gibt viele andere Großkonzerne. Hier liegen wir bei den

Gewinnen deutlich über 150 Milliarden €. Ja, wir sind der Auffassung, die Automobilkonzerne können dies tragen.

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Gestatten Sie eine weitere Nachfrage?

**Kai Vogel [SPD]:**

Ja.

**Dr. Andreas Tietze** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist Ihnen bekannt, ob diese Auffassung auch von den Betriebsräten und den Gewerkschaften der Automobilindustrie geteilt wird?

- Ich habe mit den Betriebsräten von VW nicht gesprochen. Es mag ja sein, dass Sie einen direkten Draht haben. Nein, den habe ich definitiv nicht, aber innerhalb der Partei ist die Meinung, die wir vertreten, eine vernünftige, und wir haben auch Betriebsräte. Insofern: Ja, die Meinung deckt sich zumindest mit der von vielen, mit denen wir gesprochen haben. Das, was uns die Betriebsräte und die Nutzerinnen und Nutzer immer auf den Weg gegeben haben, ist: Sie sind die Letzten, die daran zu beteiligen sind, weil sie definitiv nichts dafür konnten, dass sie mit Fahrzeugen fahren mussten, die umweltschädlicher sind, als sie es dachten.

Unabhängig von der Frage Schummelsoftware oder nicht: Dass man mit den saubersten Fahrzeugen fahren würde, ist uns auch vor zehn Jahren schon versprochen worden. Das haben uns letztlich die Automobilkonzerne beschert, indem sie gesagt haben, das Auto sei das sauberste, das heute fahren würde. Wir wissen heute, das war definitiv nicht der Fall. Wir sagen: Automobilkonzerne, ihr habt nicht gemacht, was machbar gewesen wäre. Wir würden ansonsten definitiv nicht in der Situation sein, in der wir sind. Wir würden uns nicht über Fahrverbote in Städten unterhalten müssen, wenn die Automobilkonzerne vor zehn Jahren bereits das umgesetzt hätten, was möglich gewesen wäre.

Deswegen lautet unsere Forderung auch: Ihr seid diejenigen, die dafür zahlen müssen, nicht die Nutzerinnen und Nutzer. - Das ist der Unterschied zu uns. Sie selbst machen sich zum Lobbyisten der Automobilkonzerne, indem Sie sagen, diese sollten auch beteiligt werden. Wir machen uns zum Lobbyisten für die Nutzerinnen und Nutzer, weil wir sagen: Nein, als allerletzte Möglichkeit muss man vielleicht noch einmal darüber nachdenken. Das mag der Unterschied zwischen der Koalition und

**(Kai Vogel)**

uns sein, dass wir die Nutzerinnen und Nutzer in den Fokus setzen und Sie die Automobilindustrie. Wir zeigen ihnen eine rote Karte.

Jetzt ist durch die ganzen Fragen auch schon mein Dreiminutenbeitrag aufgezehrt worden. - Vielen lieben Dank.

(Beifall SPD)

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat der Abgeordnete Jörg Nobis von der AfD das Wort.

**Jörg Nobis [AfD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ja, Sie haben beobachten können, wie wir hier eine geschlagene Stunde lang darüber reden, wer hier alles bezahlen soll und ob Autos nachgerüstet werden. Herr Meyer sprach von Symptomen und Ursachen. Da kam mir gleich die Erinnerung an das, was der Kollege Koch von der CDU vor einigen Wochen gesagt hat. Das ist nämlich die eigentliche Ursache des ganzen Problems.

(Zuruf: Ausländer!)

Vielleicht fragen sich ja die Bürgerinnen und Bürger da draußen, warum wir immer über Fahrverbote und über unsinnige Fahrverbote wie in Hamburg-Altona reden, warum in Madrid oder Rom aber niemand über Fahrverbote redet. In Spanien ist das überhaupt kein Thema. Sind die Autos dort alle viel besser? Ist dort die Autoindustrie besser? Gibt es da nichts nachzurüsten?

Nein, das Grundproblem war dies: Der Kollege Vogt hat das vor einigen Wochen dargelegt, und ich möchte das noch einmal kurz aus meiner Sicht wiedergeben. Wir haben in Deutschland ein hausgemachtes Problem, nämlich eine Übererfüllung von EU-Vorgaben. Herr Koch hatte das damals schön auf den Punkt gebracht. Die Grundlage ist nämlich die Luftqualitätsrichtlinie 2008/50/EG der EU.

Typisch deutsch, wir haben natürlich versucht, diese noch ein bisschen besser in deutsches Recht umzusetzen. Es hing um die Messstationen. Die Vorgabe der EU war, dass die Messstationen in einem Winkel von 270 ° freistehen müssen. Die Deutschen haben diesen Winkel auf 180 ° reduziert. Das ist der eigentliche Grund dafür, dass wir die Messstationen überhaupt in Häuserschluchten oder an stark befahrenen Straßen aufstellen. Das machen die anderen gar nicht. Deswegen haben wir die gan-

zen Probleme, über die wir hier heute diskutieren müssen. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat der Abgeordnete Christopher Vogt.

**Christopher Vogt [FDP]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist eine hochspannende Debatte. Ich glaube, wir haben auch die Unterschiede im Oppositionsbereich gesehen. Herr Meyer, ich bin Ihnen sehr dankbar für Ihren Beitrag. Man hat gesehen: Auch als Oppositionsfraktion kann man sich mit Vorschlägen der Regierung auseinandersetzen und sich ernsthaft dazu bekennen, wenn man sagt: Okay, das ist ein sinnvoller Vorschlag.

Die SPD hat heute wieder einmal etwas getan, was eine Mischung aus Fake-News und „keine Lösung anbieten“ war, und das nervt mich, ehrlich gesagt, kolossal.

(Beifall FDP und CDU - Widerspruch SPD)

Ralf Stegner hat die ganze Zeit suggeriert, es gehe der Landesregierung und den Koalitionsfraktionen darum, betrogene Autofahrer sozusagen das zweite Mal zu hintergehen, indem man ihnen die Kosten für die Nachrüstung aufbürdet. Das ist kompletter Unfug, Herr Dr. Stegner. Das haben Sie schon in den sozialen Medien gemacht, das haben Sie heute wieder gemacht und sich danach auf Ihren Platz gesetzt und auf Ihr iPad geguckt, weil Sie gemerkt haben: Das was eine Nummer zu doll. Ich glaube, da kann man auch einmal sagen: Das war nicht so redlich, das nehmen wir ein Stück weit zurück.

Meine Damen und Herren, der Kollege Vogel hat das Ganze noch schlimmer gemacht, indem er davon gesprochen hat, dass wir die Lobbyisten der Autoindustrie seien. - Herr Vogel, was für eine Sauerei!

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Sie selbst sind in Berlin in der Verantwortung und stellen sogar eine Bundesumweltministerin, die ständig irgendetwas vorschlägt und nichts durchsetzt. Eine solche Umweltministerin braucht man nicht, Herr Vogel. Die Frau kann eigentlich zurücktreten, weil sie nichts umsetzt,

**(Christopher Vogt)**

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

nicht beim Thema Klimaschutz, nicht beim Thema Dieselfahrverbote. Sie setzt nichts um.

Sie stellen sich immer nur hin und sagen: Wir würden ja gern, aber die Union verhindert in Berlin alles. Sie müssen sich vielleicht einmal in Berlin durchsetzen, wenn Sie sich hier hinstellen und solche Anträge vorlegen, wie Sie es heute getan haben.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Meine Damen und Herren, in den Aufsichtsräten mit dem Management von Autokonzernen gemacht haben sich, glaube ich, andere. Das waren zumindest nicht unsere Leute. Ich muss Ihnen auch ganz ehrlich sagen: Es geht bei der Drittelregelung um die Fahrzeuge, die vom Kraftfahrtbundesamt zugelassen wurden und nach wie vor zugelassen sind. Die Kollegen haben das gesagt.

Wir sagen Ihnen: Okay, der Bund ist deshalb in der Verantwortung, und zwar mit einem Drittel. Auch die Konzerne sind in der Verantwortung, natürlich. Sie müssen aus meiner Sicht auch ein Interesse daran haben, dass die Fahrzeuge sauberer werden, und zwar auch die alten. Aus meiner Sicht sind die Autobesitzer auch ein Stück weit in der Verantwortung. Sie haben das Eigentum, und sie haben den Nutzen, wenn die Fahrzeuge sauberer werden. Deswegen ist eine Drittelbeteiligung aus unserer Sicht angemessen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Es droht ja auch in Kiel bekanntermaßen das Fahrverbot. Es gibt Vorschläge von Robert Habeck, eine Umfahrung für einen Teil der Fahrzeuge zu planen. Ich denke, das wird schwierig. Wir sehen das in Hamburg. In Altona gibt es auch die Umfahrung. Das führt dazu, dass jetzt im Sommer auch in den Nebenstraßen die Grenzwerte überschritten wurden. Das hatten wir auch schon im Vorfeld gesagt, dass dies zu einem Problem führen wird. Das wird bei der Lösung in Kiel, wie es einmal vorgeschlagen wurde, auch der Fall sein. Deswegen muss man sich intensiv damit auseinandersetzen.

Mich ärgert wirklich, dass Herr Dr. Kämpfer als Oberbürgermeister nicht liefert. Wie sehen denn die Vorschläge der Stadt Kiel aus, die wir unterstützen können? Das Gutachten ist in Auftrag gegeben worden und wird immer noch ausgewertet. Die Stadt Kiel und der Oberbürgermeister sollen jetzt einmal Vorschläge unterbreiten, damit wir als Landesregierung, als Koalition sagen können: Wir unterstützen

euch dabei, Fahrverbote im Interesse der Anwohner und der Autofahrer zu verhindern. - Das Verkehrschaos in Kiel ist schon groß genug, wir wollen es nicht noch weiter vergrößern. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Herr Vogt, einen Augenblick bitte. Sie haben in Ihrer Rede in Richtung des Abgeordneten Kai Vogel gesagt „Sauerei. Was für eine Sauerei.“

(Zurufe FDP)

- Jetzt bin ich an der Reihe. Ich möchte Sie bitten, das einmal einzuordnen. Richtete sich das gegen den Abgeordneten, gegen seine Einlassung oder in welchem Zusammenhang haben Sie diesen Satz gesagt?

**Christopher Vogt [FDP]:**

Frau Präsidentin, der Kollege Vogel ist ein mir sehr sympathischer Kollege. Wir haben im Ausschuss sehr lange sehr gut zusammengearbeitet. Ich schätze ihn persönlich sehr. Ich habe dies auf die Einlassung bezogen und stehe auch dazu.

(Beifall FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Danke für die Aufklärung. - Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat das Wort die Abgeordnete Eka von Kalben.

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin froh, dass wir am Ende der Debatte offensichtlich ziemlich klar haben, worum es geht. Ich denke, den meisten im Hause ist es klar geworden. Im Grunde genommen wäre dies eine Möglichkeit gewesen, darüber ruhig und sachlich zu diskutieren, denn es gibt eine Sache, bei der wir uns einig sind: Wir müssen den Bund drängen, und da ist es völlig egal, welche Partei jetzt in der Großen Koalition mitregiert oder nicht und welcher Minister sich mehr durchsetzt. Wir hier in Schleswig-Holstein wollen, dass die Bundesregierung in die Pötte kommt und etwas tut, damit die Autos umgerüstet werden. Das ist ein Punkt, so habe ich es wahrgenommen, bei dem wir uns einig sind.

Die meisten von uns finden es auch gut, dass wir eine EU-Richtlinie haben, die klar sagt, Menschen sollen vor giftigen Stoffen geschützt werden. Auch



**(Eka von Kalben)**

darin besteht hier im Haus eine große Einigkeit. Auch das ist gut.

Wir haben nun zwei Wege, die man einschlagen kann. Man kann einerseits sagen: Moralisch ist es auch vor dem Hintergrund, was die Autohersteller an dem Dieselgeschäft und an dem Manipulationsgeschäft verdient haben, völlig richtig, sie voll in die Verantwortung zu nehmen, sodass kein Verbraucher und kein Steuerzahler dafür etwas bezahlen sollte. Das kann man fordern, das ist aber a) komplett unrealistisch und b) unserer Meinung nach rechtlich gar nicht möglich, weil es quasi eine Inanspruchnahme von Unternehmen, für einen rückwirkenden Zeitpunkt wäre, der jetzt anders betrachtet wird. Insofern ist es ein Vorschlag, der aus unserer Sicht keinen Sinn macht, auch wenn er sich moralisch gut anhört. Sie von der SPD sagen: Wir von der SPD setzen uns so dafür ein, dass niemand etwas dazubezahlen muss. - Das wird sich nicht durchsetzen lassen.

Deswegen gibt es jetzt einen Vorschlag von Jamaika, der besagt, dass wir für die manipulierte schummelnde Software die Autohersteller nun wirklich zur Kasse bitten können. Wir wollen, dass es jetzt endlich vorangeht, und wir wollen Druck machen. Für den anderen Bereich der nicht manipulierten schlagen wir eine Drittel-Lösung vor. Das bedeutet, dass man zwei Drittel, also 66 %, des Geldes bekommt, das eine solche Umrüstung kostet. Das ist meiner Meinung nach mehr als das, was wir im Bundesrat als B-Länder im Rahmen eines Förderprogramms unterstützt haben. Ein Förderprogramm mit 66 % zu erreichen, ist ganz schön gewagt. Es wird in der Regel nicht funktionieren. Daher ist unser Vorschlag im Grunde genommen weitreichender. So habe ich es zumindest gelesen.

Deswegen finde ich es schade, dass Sie es nicht unterstützen, sondern uns Lobbyismus und so einen Quatsch unterstellen.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] wendet sich an das Präsidium)

Durfte ich Quatsch sagen?

(Heiterkeit)

Ich halte das für unsinnig.

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Dolgner?

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ja, gern.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:** Sehr geehrte Frau von Kalben! Ich bin natürlich an dem rechtlichen Aspekt, den Sie eben aufgeworfen haben, interessiert.

- Das hatte ich befürchtet!

- Warum haben Sie ihn dann aufgeworfen? - Sie haben eben gesagt, es wäre rechtlich schwierig, die Autohersteller an den Kosten zu beteiligen.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: An den Gesamtkosten!)

- Ich glaube immer noch, dass Ihre Fraktionsvorsitzende keine Hilfe braucht.

- Danke!

- Es richtet sich auch manchmal ein bisschen selbst, Herr Kollege Tietze.

Es wäre rechtlich schwierig, sie an den Kosten zu beteiligen für die Fahrzeuge, bei denen nicht gemogelt worden ist.

(Lukas Kilian [CDU]: Gemogelt? Machen Sie es doch nicht kleiner, als es ist!)

- Fertig? - Danke.

Aber auch Ihr Vorschlag sieht eine Kostenbeteiligung von 33 % vor. Für die Frage, ob man eine Forderung rechtlich durchsetzen kann, und für die verfassungsmäßigen Bedenken ist es völlig unerheblich, ob ich 100 % oder 33 % von den Beteiligten haben will. Insofern würde mich bei Ihrer Erläuterung Ihrer eben vorgetragenen Bedenken auch unter Rechtsaspekten total interessieren, welche Grundlage Sie für Ihre Aussage herangezogen haben.

(Zuruf FDP)

- Lassen Sie mich jetzt mit Herrn Dolgner gemeinsam diese Sache erläutern. Da wäre ich allen dankbar, ich möchte gerne mit Herrn Dolgner reden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Martin Habersaat [SPD] - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Ich wollte auch mit Ihnen reden!)

Ich glaube, dass auch eine Drittelbeteiligung, wie wir sie vorschlagen, schwierig ist, juristisch durchzusetzen, weil es etwas ist, was rückwirkend ist. Ich bin jedoch der Auffassung, dass man mit diesem Vorschlag politisch viel eher durchkommt, da es

**(Eka von Kalben)**

hierzu eine moralische Verpflichtung bei den Automobilherstellern gibt. Wir wissen aber, dass sie nicht bereit sind - diese Diskussion gab es ja schon -, das zu übernehmen. Sie sind ja noch nicht einmal bereit, freiwillig die Kosten für die manipulierten Fahrzeuge zu übernehmen. Warum sollten sie dann freiwillig sagen: Wir übernehmen noch die 100 % für die nicht manipulierten Autos? - Das ist aus meiner Sicht unrealistisch. Ich denke jedoch, wenn man politisch diesen Drittelungsvorschlag unterbreitet, dass das eine höhere Durchsetzungsfähigkeit im Einvernehmen mit der Automobilindustrie hat, um zu dieser Lösung zu kommen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Dann wären wir nämlich auf der guten Seite.

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dolgner?

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:** Nun ist auch ein Drittel eine Menge Geld. Sie haben ja gerade richtigerweise ausgeführt, dass die Automobilindustrie offensichtlich nicht bereit ist, überhaupt irgendetwas zu bezahlen. Das haben wir auch bei der Entschädigung gesehen. Unter diesem Aspekt haben Sie bei dem ersten Teil Ihrer Antwort richtigerweise eingeschätzt, dass es unrealistisch ist, dass die Autoindustrie etwas freiwillig zahlt.

In Ihrem ersten Teil der Ausführung hatten Sie auch eingeräumt, dass dies rechtlich gar nicht durchsetzbar ist, weil man dann ein verfassungswidriges Gesetz erlassen müsste. Also sind wir uns einig, dass - zumindest nach Ihrer Lesart und nach unserer - auch Ihr Vorschlag unrealistisch ist.

Dann müsste doch eigentlich der Verfahrensvorschlag sein, beide Anträge zurückzuziehen. Ich folge ja nicht Ihrer Auffassung, dass es rechtlich nicht möglich ist. Wenn man dies aber tut, dann sind beide Anträge gleich unrealistisch und nur aus politischen Gründen gestellt.

(Zuruf Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Tietze, ich bin immer noch an der Reihe. - Lieber Herr Dolgner, was, denken Sie, ist wahr-

scheinlicher? Dass wir die Automobilindustrie dazu bekommen, freiwillig 100 % zu zahlen oder freiwillig 30 % zu zahlen? Was könnte wahrscheinlicher sein?

Eine Drittelregelung ist aus meiner Sicht politisch wahrscheinlicher durchzusetzen als eine 100%-Regelung, obwohl ich moralisch - da bin ich ja bei Ihnen - gern hätte, dass sie 100 % zahlen. Damit habe ich überhaupt kein Problem, vielleicht sogar weniger Probleme als andere Koalitionspartner. Aber ich halte diesen Weg, den wir hier einschlagen, für einen realpolitisch sinnvollen und einen, der vielleicht endlich den Verbrauchern überhaupt einen Pfennig in die Taschen spült. Daran müssen wir arbeiten. Wir müssen für die Umwelt und für die Verbraucherinnen und Verbraucher arbeiten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Aber rechtlich nicht durchsetzbar!)

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch das Wort.

**Volker Schnurrbusch [AfD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich wollte mich noch einmal zu Wort melden, weil hier teilweise eine Phantomdebatte geführt wird. Diese reine Fixierung auf eine Hardware-Umrüstung, Herr Dr. Dolgner, wird dem Verbraucher, dem Autofahrer, nichts bringen. Eine Nachrüstungsverpflichtung aufgrund des Verursacherprinzips wird es nicht geben, davon müssen wir uns verabschieden. Das hat auch ganz praktische Gründe, das hat mit Moral überhaupt nichts zu tun, Frau von Kalben. In der Wirtschaft ist das erst einmal nachrangig.

Die Gewinne, die dort erwirtschaftet werden, werden kontinuierlich in die Entwicklung neuer, sicherer und umweltfreundlicherer Autos gesteckt. Das ist die Aufgabe der Industrie, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Da gehen die Gewinne hin, und dort sind sie auch gut aufgehoben.

Wenn es eine Verpflichtung geben sollte, dann besteht die nicht auf moralischen Grundlagen, sondern auf Haftungsgrundlagen oder auf gesetzlichen Grundlagen, weil sich die Autohersteller aufgrund ihrer falschen Angaben einen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen verschafft haben. Dagegen kann man juristisch vorgehen. Aber jetzt immer Umrüstungen zu fordern, das bringt den Autofahrern hier

(Volker Schnurrbusch)

und heute überhaupt nichts. Insoweit möchte ich auch dem Bundesverkehrsminister Scheuer recht geben: Das bringt in der Tat nichts und ist technisch und finanziell nicht machbar.

Man muss sich das doch einmal praktisch vorstellen. Es geht ja nicht einfach nur darum, dass in die Fahrzeuge entweder ein Filter oder ein Schalter eingebaut wird, sondern es geht auch darum, dass die damit verbundenen Zulassungsprozesse in der Industrie Jahre benötigen. Man muss also zunächst neue Baugruppen entwickeln; diese müssen dann beim Kraftfahrtbundesamt angemeldet werden, bevor sie zugelassen werden können. Bei der Modellvielfalt, die wir heute haben, ist das ein jahrelanger Prozess. Sie können von mindestens zwei Jahren ausgehen, bis das alles durch ist und dann mit den entsprechenden Preisaufschlägen, die man ja auch nicht vergessen darf, auf den Markt kommt.

Die Perspektive für den geschädigten Verbraucher ist doch heute die, dass eine Software-Umrüstung etwa 25 bis 30 % bringt. Eine automatische Erneuerung der Flotten, ein Neukauf von Fahrzeugen und ein Verkauf alter Fahrzeuge ins Ausland werden permanent auch bessere Stickstoffwerte in den Städten bringen, und dieses würde dieses Problem letztlich lösen.

Es gibt ja schon Städte, die betroffen sind, Stuttgart, Frankfurt und so weiter, die ihren öffentlichen Nahverkehr heute schon auf Elektrobusse oder auf wasserstoffbetriebene Busse umrüsten und so weiter. Auch dadurch werden die Werte sinken. Ich glaube, das ist der richtige Weg.

Immer wieder nur zu sagen, die böse Industrie sei an allem schuld, sie müsse die Autos umrüsten, ist zwar nett und populistisch, linkspopulistisch dieses Mal, aber es ist völlig unpraktikabel.

(Beifall AfD)

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Dr. Ralf Stegner von der SPD-Fraktion.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Art von Arroganz, mit der Sie hier aufgetreten sind, ist schon wirklich bemerkenswert. Aber die Fakten sollte man zumindest präsent haben, Herr Kollege Kilian. Ich habe in dem Video zu dem Thema zwei Sätze gesagt. Der erste lautete, der Wirt-

schaftsminister möchte die Autofahrer an den Kosten beteiligen. Das möchten wir nicht.

Satz zwei lautete: Wir finden, dass diejenigen, die betrogen haben, auch bezahlen müssen. Die Verbraucher müssen geschützt werden. Städte müssen unterstützt werden, und Konzerne brauchen Druck.

Das habe ich gesagt, alles davon ist richtig. Daran halten wir auch fest. Sie müssen uns also nicht einen solchen Unsinn vorhalten. Das ist das eine.

Das Zweite ist die Frage: Wer steht eigentlich wofür? Bei der Frage, die Verbraucher zu entlasten und vor denen zu schützen, die betrogen haben, hat die SPD eine klare Position. Die Umweltministerin vertritt diese Position. Der CSU-Verkehrsminister ist aber dagegen. In weiten Teilen gibt es Widerstand, und zwar nicht allein aus der SPD, sondern auch aus anderen Parteien.

Was die Hilfen für die Städte angeht, beschimpfen Sie Herrn Kämpfer, statt etwas dafür zu tun, dass man den Städten über ÖPNV-Konzepte hilft. Dazu habe ich Ihnen einige Vorschläge gemacht, aber Sie sind insoweit auf einem ganz anderen Trip. Außerdem Herrn Kämpfer noch vorzuhalten, er tue gar nichts, stattdessen windige Gutachten von Herrn Habeck vorzulegen, die noch nicht einmal fertig sind, und mit Fahrverboten zu drohen, das ist doch komplett daneben.

Beim dritten Teil, was den Druck auf die Konzerne angeht, emissionsfreie Autos zu bauen und dafür zu sorgen, dass es wettbewerbsfähige Arbeitsplätze gibt, kann ich die Unterstützung auch nicht wirklich erkennen, wenn es um solche Standards in Europa geht. Insoweit gibt es Unterschiede zwischen den Parteien. Ich glaube übrigens, dass wir das, was wir zuerst lösen müssen, die Betrugsangelegenheit ist. Diese müssen wir so regeln, dass die Verbraucher nicht belastet werden. Das ist der allererste Punkt, der geschehen muss.

(Beifall SPD)

Bei den anderen Fahrzeugen ist es doch so, dass man damals - das ist noch gar nicht so lange her - damit geworben hat: Leute, kauft euch solche Autos. - Jetzt aber zu sagen: „Es gibt Fahrverbote“, bestraft Menschen, die sich das nicht leisten können. Und an deren Seite stellt sich die SPD und fordert eine Kostenbeteiligung. Das ist der Unterschied zwischen uns und Herrn Buchholz von der FDP und zwischen der Koalition und der Opposition.

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Tietze?

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Sehr gern.

**Dr. Andreas Tietze** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Herr Kollege. - Sie hatten von windigen Gutachten gesprochen. Könnten Sie bitte noch einmal für mich sagen: Wer ist denn verantwortlich für die Gutachten? Wer hat den Auftrag dazu bekommen? Ich habe in der Zeitung gelesen, es sei die Firma Porsche. Finden Sie es nicht auch eigenartig, dass man Firmen, also diejenigen, die für die ganze Sache doch eigentlich verantwortlich sind - nach Ihrer Definition -, jetzt auch noch damit beauftragt, einmal zu sagen, wie es besser geht?

- Knapp daneben ist auch vorbei, Herr Tietze. Ich habe mich auf das bezogen, was uns der Umweltminister hier vorgelegt hat in seinem Teil, der aus dem Umweltministerium kommt, wo von Fahrverboten die Rede war, ohne dass das eine Grundlage hatte, weil die Gutachten im Umweltministerium ja noch gar nicht vorliegen. Darauf habe ich mich bezogen, und das hatte ich in der letzten Debatte hier auch schon kritisiert. Dazu wird aber kein Wort gesagt. Stattdessen loben Sie die Arbeit der Koalition und beschimpfen Herrn Kämpfer. Nicht Sie persönlich haben das getan, aber Herr Kilian hat das getan, wenn ich seiner Rede richtig zugehört habe. Das ist komplett unangemessen. Die Städte brauchen Hilfe bei der Unterstützung zur Luftreinhaltung. Die SPD möchte sie dabei unterstützen. Von der Koalition habe ich dazu aber keinen konkreten Vorschlag gehört.

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Gestatten Sie eine Nachfrage von Herr Dr. Tietze?

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Bitte.

**Dr. Andreas Tietze** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege Stegner, ich habe mich lediglich darauf bezogen, dass Herr Dr. Kämpfer Porsche und dann auch noch ein zweites Gutachterunternehmen beauftragt hat, um das Gutachten von Porsche zur Luftreinhaltung in Kiel zu prüfen. Das scheint mir doppelt gemoppelt zu sein. Dazu

habe ich eine Frage an Sie gestellt. Ich wollte wissen, ob Sie das eigentlich für richtig halten. Ich habe das deshalb gefragt, weil Sie hier von windigen Gutachten gesprochen haben.

- Entschuldigung! Aber ich habe mich doch darauf gar nicht bezogen, sondern ich habe mich zu dem geäußert, was die Landesregierung hier tut, was sie vorlegt, was Herr Buchholz sagt, was Herr Habeck gemacht hat, was da vorliegt. Da kann ich nur sagen: Statt Herrn Kämpfer zu beschimpfen - die Städte können das Problem nämlich nicht allein lösen -, bräuhete er tatkräftige Mithilfe. Die Verbraucher brauchen diese Mithilfe übrigens auch.

Im Übrigen waren die Reaktionen, die ich hier vorgetragen habe, ja nicht von mir erfunden, sondern das waren Reaktionen aus der Koalition, die ich zitiert habe. Aber statt hier kluge Anträge zu formulieren, sollten Sie handeln, sollten den Städten und Verbrauchern helfen oder sich einmal darum kümmern, dass Herr Scheuer seine Position ändert. Insofern aber geschieht nichts. Wo ist denn eigentlich der Einfluss der Union in Berlin, wenn Sie ständig von uns reden? Die SPD muss nicht beeinflusst werden; wir haben bereits die Position eingenommen, dass die Konzerne das bezahlen müssen. Insofern unterscheiden wir uns eben. Hier also nicht nur freche Reden halten, Herr Kollege Kilian, sondern auch mal etwas tun und mal die Fakten kapiieren. Das wäre ein Fortschritt auch für Sie.

(Beifall SPD)

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kay Richert?

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Aber mit dem größten Vergnügen.

**Kay Richert** [FDP]: Herr Kollege, ich hatte leider nicht das Vergnügen, Ihre Videos zu sehen; aber Sie haben ja eben daraus zitiert. Sie haben gesagt, Sie hätten im ersten Satz gesagt, Sie wollten keine Beteiligung der Eigentümer an den Nachrüstungskosten. Und im zweiten Satz hätten Sie gesagt: Wer betrogen hat, muss die Rechnung übernehmen. - Das suggeriert doch ganz klar einen Zusammenhang zwischen beiden Sätzen. Ist Ihnen dieser Zusammenhang nicht bewusst, oder haben Sie das absichtlich gemacht?

**(Dr. Ralf Stegner)**

- Entschuldigen Sie! Wir kommen jetzt auf ein Niveau, bei dem es schwierig wird. Ich bin eigentlich ganz gut in der deutschen Sprache zu Hause, Herr Kollege. Es geht um zwei verschiedene Sachverhalte. Das erste Sachverhalt ist dieser: Kernelement Ihres Antrages ist, dass Autofahrer belastet werden sollen.

(FDP: Nein!)

- Doch, weil Sie den Besitzern älterer Dieselfahrzeuge, denen man damals suggeriert hat, das seien die richtigen Autos, mit denen sie jetzt fahren würden, sagen: Wenn wir dann Fahrverbote haben, dann bieten wir euch etwas an, bei dem ihr ein Drittel der Kosten bezahlen müsst. Da sind wir dagegen. Das habe ich in Satz eins gesagt. Ich hoffe, Sie können solch kurzen Sätzen folgen.

Satz zwei bezog sich darauf, Herr Kollege, dass ich gesagt habe, dass da, wo betrogen worden ist, die Betrüger zahlen müssen.

(Zuruf Lukas Kilian [CDU])

In dieser Position, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist die SPD auf Bundesebene jedenfalls nicht von der Union unterstützt worden, um das einmal klar zu sagen. Die Union unterstützt das nicht. Also sollte sich hier niemand auf ein hohes Ross setzen.

Aus der FDP kommen übrigens auch nicht jeden Tag Forderungen zu diesem Thema. Zu dieser Frage habe ich auch schon differenziertere Haltungen gelesen, was die Automobilkonzerne sollen oder auch nicht.

Ich kann nur sagen: Die Haltung der SPD ist insofern sehr klar. Die beiden Sätze sind klar verständlich für jeden, der sie verstehen will.

(Lachen Tobias Koch [CDU])

Ansonsten schauen Sie sich gern das Video an.

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Gestatten Sie eine Nachfrage?

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Bitte.

**Kay Richert [FDP]:** Ich stelle fest, dass Sie meiner Frage ausweichen, mit vielen Worten allerdings. Deshalb eine ganz klare Frage: Haben Sie in Ihrem Video denn kenntlich gemacht, dass diese beiden Sachverhalte nicht

zueinander gehören? Oder kommen diese beiden Sätze direkt nacheinander?

(Heiterkeit FDP)

- Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich finde, das wird jetzt allmählich wirklich grotesk. Wir sind ganz eindeutig dafür, dass Betrüger bezahlen müssen. Insofern sind wir konsequenter als andere Parteien. Punkt eins.

Punkt zwei. Bei dem Weg zur Lösung für ältere Dieselfahrzeuge wollen wir nicht, dass die Autofahrer beteiligt werden. Das ist unsere Position. Können Sie das verstehen? Wenn nicht, kann ich Ihnen leider auch nicht helfen.

(Beifall SPD)

Ich wäre sonst am Ende meiner Redezeit. Aber Herr Vogt möchte noch eine Frage stellen.

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Gestatten Sie eine Frage von Herrn Christopher Vogt?

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Aber immer.

**Christopher Vogt [FDP]:** Vielen Dank, Frau Präsidentin, und vielen Dank, Herr Dr. Stegner. - Ich hoffe, ich kann mich diesmal am Riemen reißen; ich werde es zumindest versuchen.

Herr Dr. Stegner, grotesk hat die ganze Debatte ja schon angefangen, wenn wir beide ehrlich miteinander umgehen. Das begann zunächst mit Ihrem Redebeitrag. Außerdem sind Sie dem Kollegen Richert gerade ausgewichen.

Den Appell an die Unionsfraktion, in Berlin Einfluss zu nehmen, finde ich sympathisch. Dem Kollegen Kilian traue ich durchaus zu, Herrn Scheuer zu überzeugen.

(Heiterkeit CDU)

Sie bedauern ja immer, Herr Dr. Stegner, dass Sie sich in Berlin nicht so richtig durchsetzen könnten. Deshalb möchte ich darauf hinweisen: Was die Beteiligung der Konzerne angeht, haben wir die Union hier mit unserem Antrag überzeugen können. Vielleicht nehmen Sie uns einmal als gutes Beispiel. Das wäre doch zum Wochenende mal ein versöhnliches Wort.

**(Dr. Ralf Stegner)**

(Beifall FDP)

- Die Position, die die Bundesumweltministerin, die für diese Frage nicht zuständig ist - die Zuständigkeit liegt im Bundesverkehrsministerium -, öffentlich vorträgt, ist, dass die Automobilkonzerne, die große Profite erwirtschaften, das umrüsten können, sollen und müssen, und zwar auf eigene Kosten. Das ist unsere Position. Daran gab es nie einen Zweifel. Die haben wir immer vorgetragen.

Die Zweifel an dieser Position kommen von anderer Seite, nicht nur aus der Union. Es wird gesagt, das gehe technisch gar nicht, das sei alles viel zu teuer. Es wird die Frage aufgeworfen - das war eben Gegenstand zwischen Herrn Dr. Dolgner und Frau von Kalben -, dass das rechtlich ein Problem sei.

Wer betrogen hat, muss zahlen. Das muss ich nicht einschränken und niemandem erklären.

Das andere ist die Frage, was ich mit Fahrzeugen mache - und zwar nicht solchen, die 20 Jahre alt sind, sondern solchen, die nur wenige Jahre alt sind -, bei denen man den Leuten gesagt hat: Nehmt diese Dieselfahrzeuge, weil das gut ist. Über die kann man ja reden.

Wir hatten vor Jahren solche Dinge wie Abwrackprämien und anderes; da kann man Anreize schaffen und sonst etwas. Das kann man machen, darüber kann man diskutieren. Das ist aber jetzt nicht unser Gegenstand.

Sie aber legen einen Antrag vor und sagen, die Autofahrer sollten ein Drittel bezahlen. Es tut mir leid, ich kenne viele Menschen, die alle möglichen Sorgen haben, wie sie ihre Miete bezahlen können, wie sie zurechtkommen, aber nicht, wie sie für etwas, wofür sie überhaupt nichts können, ein Drittel der Kosten übernehmen sollen. An deren Seite stellt sich die SPD. Ich empfinde das als eine legitime politische Position. Da brauchen Sie uns nicht vorzuhaltten, das sei unrealistisch. Das ist unsere Haltung.

(Beifall SPD - Unruhe)

Herr Kollege Vogt, uns unterscheidet, dass ich finde, man muss alles drei zusammenbringen: man muss den Verbraucherschutz zusammenbringen mit der Hilfe für die Kommunen, was Luftreinhaltung angeht, und man muss etwas für Arbeitsplätze tun. Das ist unsere Position als SPD.

(Beifall SPD)

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Tobias Koch?

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Die Menschen auf der Tribüne erleben, wie das hier funktioniert, mit Fragen und Antworten. Also lassen Sie den Kollegen Koch gern fragen.

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Oh, entschuldigen Sie. Bevor die Schülerinnen und Schüler wieder gehen, begrüßen Sie auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags herzlich Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule der Probstei. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

**Tobias Koch [CDU]:** Wir wollen ja lebendig miteinander diskutieren, insofern gefällt mir das hier im Augenblick ausgesprochen gut.

Herr Kollege Stegner, habe ich Sie gerade richtig verstanden, dass Sie den Menschen, die sich Sorgen um ihre Miete und andere tägliche Probleme machen, eine Abwrackprämie von 2.000 € anbieten, damit sie sich ein komplett neues Auto kaufen? Und Sie finden es unredlich, wenn wir diesen Menschen eine Prämie von 2.000 € anbieten, damit sie ihr Auto umrüsten können und dafür 1.000 € dazubezahlen?

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Kollege Koch, das gezielte Missverstehen ist heute Ihre Spezialdisziplin. Als ich das erste Mal in meinem Leben ein neues Auto gekauft habe, habe ich schon eine ganze Weile gutes Geld verdient. Viele Menschen, die ich kenne, haben sich in ihrem Leben noch nie ein neues Auto gekauft, sondern kaufen sich gebrauchte Autos.

(Zurufe)

Auch das können sie meistens nur, wenn sie Geld zurückgelegt haben. Wir diskutieren in dieser Landtagstagung die ganze Zeit darüber, wie die Situation von normalen Arbeitnehmern ist. Wir haben gestern darüber diskutiert, wie das mit den hohen Mieten ist, und über andere Dinge. Dann wird in einer Situation, in der wir nicht über Uraltfahrzeuge reden, so einen Vorschlag. Natürlich können sich Herr Buchholz, Herr Koch, Herr Vogt, Herr Richert und Herr Tietze leisten, ein Drittel zu bezahlen. Viele andere Menschen können das nicht, und an deren

**(Dr. Ralf Stegner)**

Seite stellen wir uns. Das ist der Unterschied zwischen uns Sozialdemokraten und Ihnen.

(Beifall SPD - Unruhe)

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Gestatten Sie eine weitere Nachfrage des Abgeordneten Koch?

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Ja.

**Tobias Koch [CDU]:** Herr Kollege Dr. Stegner, der Unterschied zwischen uns beiden ist, dass ich zu denjenigen gehöre, die sich noch nie ein neues Auto gekauft haben.

- Sie sind ja auch ein bisschen jünger.

Ihr Vorschlag, den Sie von diesem Rednerpult gerade vorgetragen haben, war doch, dass den Menschen, die Sorgen haben, ihre Miete nicht bezahlen zu können, angeboten werden soll, sich mit einer Abwrackprämie ein neues Auto zu kaufen. Das war Ihr Angebot an die Menschen. Das haben Sie hier gerade als Ihren Vorschlag vorgetragen. Da habe ich Sie ganz genau verstanden.

Wir sagen: Den Menschen, die es sich nicht leisten können, ein neues Auto zu kaufen, wollen wir eine Hilfestellung geben, um ihr altes Auto umzurüsten. Das werfen Sie uns vor? Ich glaube, da haben wir die sozial deutlich bessere Position als Sie.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

- Ich darf für die Menschen auf der Tribüne sagen, die ja gehört haben, was ich gesagt habe, dass bei uns alles protokolliert wird und man das nachlesen kann.

(Zurufe CDU: Ja!)

Ich habe mitnichten gesagt, dass mein Vorschlag ist, eine Abwrackprämie zu machen, sondern ich habe vorhin gesagt, dass es in erster Linie darum geht, die Betrugsfragen so zu regeln, dass der Konzern zahlt. Das war meine Bemerkung vorhin.

(Zurufe)

- Sie mögen nicht, dass man Sie darauf hinweist, was man gesagt hat, sondern versuchen, das zu verdrehen. - Bei der Frage, wie man mit den anderen Fahrzeugen umgeht, habe ich gesagt, dass es da früher zum Beispiel solche Dinge wie eine Abwrack-

prämie gab. Über solche Punkte kann man möglicherweise diskutieren.

(Tobias Koch [CDU]: Abwrackprämie für Neuwagenkauf!)

- Nein, von Neuwagen habe ich nicht gesprochen.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

Das war damals ein Punkt. - Mein Gott noch einmal, das ist echt ein bisschen kompliziert.

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Herr Koch, das Wort hat der Abgeordnete Dr. Stegner.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Ich sage es relativ simpel: Wir wollen die Autofahrer nicht belasten, wir wollen die Betrüger zur Kasse bitten, wir wollen den Städten bei der Luftreinhaltung helfen, und wir wollen Druck machen, dass Arbeitsplätze in Deutschland erhalten werden. Das ist unsere Position.

(Beifall SPD)

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Kai Dolgner von der SPD-Fraktion.

(Unruhe)

- Ich bitte um Ruhe. Der Abgeordnete Kai Dolgner hat das Wort.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe bei den Kolleginnen und Kollegen im Parlament Freitagmittag selten so viel angeregte Kreisläufe gesehen. Unter Gesundheitsaspekten ist das zu begrüßen.

(Christopher Vogt [FDP]: Na ja!)

- Deine Gesundheit muss ich jetzt leider zurücknehmen; das tut mir herzlich leid, Christopher.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Ich habe in der Debatte den Eindruck gewonnen - das mag vielleicht verkehrt sein -, als es um die Rolle von Oberbürgermeister Kämpfer und die Gutachten ging, dass einiges vielleicht nicht ganz klar ist. Deshalb noch einmal zur Erinnerung, wie es dazu kam.

**(Dr. Kai Dolgner)**

Die Stadt Kiel hat seit über 40 Jahren die Firma PTV für alle möglichen Gutachten in dem Bereich beauftragt.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Porsche!)

- Ich komme gleich zu Ihnen. PTV gehört mitnichten seit 40 Jahren zu Porsche, sondern ist erst 2017 von der Porsche Holding gekauft worden. Das hat im Kieler Rat, übrigens auch bei den Grünen, in dem Moment keiner gemerkt.

Als die Debatte im März 2018 hochkam, hat sich der Bürgermeister in der Abwägung, dass er sparsam mit Steuergeldern umzugehen hat und bei der Bestellung des Gutachtens auch den Anschein einer Einflussnahme der Autoindustrie zu vermeiden hat, dafür entschieden, das zweite Gutachten machen zu lassen. Ich sehe nach wie vor nicht, was daran kritikwürdig ist. Hätte er das nicht gemacht, wäre genau die gleiche Kritik gekommen, die wir eben von Herrn Tietze gehört haben mit Porsche. - Herr Kollege Tietze, wir können gern über die Mehrheiten in Kiel reden.

Ich lasse einmal den grünen Bundesvorsitzenden sprechen:

„Ich begrüße, dass Kiel die Konsequenzen zieht und für ein zweites Gutachten sorgt, das unabhängig von der Industrie ist. Das ist ein richtiger Schritt.“

So Robert Habeck am 9. März dieses Jahres. Dem ist nichts hinzuzufügen. Deshalb weise ich die Kritik am Vorgehen des Oberbürgermeisters zurück.

Ich würde gern von denen, die sich jetzt aufregen, wissen, was los wäre, wenn er das nicht gemacht hätte. Wir sollten die Konflikte im Landtag auf dieser Ebene halten. Ich habe versucht, zur Aufklärung beizutragen. Ob es mir gelungen ist, weiß ich nicht, aber die Hoffnung gebe ich nicht auf.

(Beifall SPD)

**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Für die Landesregierung hat der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Dr. Bernd Buchholz, das Wort.

**Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Manchmal fällt es schwer, bei einer so lan-

gen Debatte auf der Regierungsbank auszuharren, bis man endlich zu Wort kommen darf.

(Zuruf)

- Das ist in der Tat ein Schicksal.

Lassen Sie mich deshalb zwei Vorbemerkungen machen. Die eine ist: Es freut mich sehr, dass ein Vorschlag von mir heute so breit diskutiert wird und offensichtlich auch mit einer breiten Mehrheit des Hauses unter Einschluss des SSW positiv beschieden wird. Das freut mich sehr, weil ich in der Tat im Gegensatz zur SPD-Fraktion glaube, dass es ein sehr vernünftiger Vorschlag ist.

Die zweite Vorbemerkung, lieber Herr Stegner, sei mir gestattet, weil ich auch bei meinem Vorschlag im Sommer am Anfang überrascht war, welche Reaktionen es darauf gab und dann festgestellt habe: Ja, die Leute könnten in der Regel den ersten Teil der Botschaft - bei manipulierten Kraftfahrzeugen gibt es natürlich überhaupt kein Vertun, da hat die Industrie selbstverständlich auf ihre Kosten alles an Nachrüstung zu tun, was getan werden muss -

(Beifall FDP und CDU)

vielleicht überlesen haben. Beim zweiten Lesen und auch beim Lesen des Antrags hier kann man es nicht überlesen haben. Deshalb, sehr verehrter Herr Stegner, empfinde ich sowohl Ihre Videobotschaft als auch die Rede, die Sie hier heute am Anfang gehalten haben, als unredlich. Das darf ich an der Stelle auch einmal sagen. Das empfinde ich als unredlich.

(Anhaltender Beifall FDP, CDU und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Das geht von meiner Zeit ab!

Im Kern geht es eben nicht um das erste Thema. Bei der Manipulation von Kraftfahrzeugen ist eines völlig klar - da bedarf es keiner Gesetzgebung, das regelt das Bürgerliche Recht -: Es ist eine Tatsache, dass ich in einem Vertrag Gewährleistungsansprüche habe, und wenn diese abgelaufen sind - dazu gibt es inzwischen ausgeurteilte Entscheidungen -, hat die Industrie jede Form von Nachrüstung zu finanzieren, weil es sich in Wahrheit um eine vorsätzlich sittenwidrige Schädigung handelt. Die ist nach § 826 BGB ausgleichspflichtig, und zwar in vollem Umfang, und zwar so weit, dass die Industrie sogar gegebenenfalls die Fahrzeuge komplett zurücknehmen muss und den vollen Kaufpreis zu erstatten hat, wenn sie nicht in der Lage ist nachzurüsten.



(Minister Dr. Bernd Buchholz)

Das ist nicht nur richtig, das ist bei denjenigen, die betrogen haben, auch das Mindeste, was wir in unserer Rechtsordnung dafür vorsehen, aber das ist in unserer Rechtsordnung so vorgesehen.

(Beifall FDP, CDU, vereinzelt AfD und Beifall Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dieses ist nicht zu vermischen mit einer viel entscheidenderen Frage, es geht nämlich um viel mehr Fahrzeuge. Da haben Sie durchaus recht, es geht nämlich nicht nur um ganz alte Fahrzeuge, sondern es geht durchaus auch um Fahrzeuge, die in den letzten zwei oder drei Jahren zugelassen worden sind - und zwar um eine Fülle solcher Fahrzeuge -, die aber typengerecht zugelassen worden sind. Dafür gibt es nun weder eine Schädigungsgrundlage, auf der man sagen könnte, hier müsste die Industrie erhalten, noch gibt es irgendeine Rechtsgrundlage, die bei einem typengerecht zugelassenen Fahrzeug eine Verpflichtung erzeugen könnte, dass der Hersteller allein auf seine Kosten eine Fahrzeugnachrüstung oder eine Veränderung des Zustandes vornehmen müsste. Warum? - Das ist ganz logisch. Stellen wir uns einmal vor, in der Küche steht ein alter Kühlschrank, und wir sagen: „Energieeffizienter wäre es aber, wenn der als Energieeffizienzklasse A+++ hätte, das wollen wir, die Hersteller haben das nachzurüsten“, dann würde jeder zu recht sagen: Das ist mit dem Eigentumsgarantierrecht des Grundgesetzes nicht vereinbar, das geht nicht.

(Beifall FDP, CDU und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deshalb sind der Antrag von Brandenburg im Bundesrat und das, was Ihre Bundesumweltministerin will, schlicht nicht durchsetzbar. Es gibt keinen rechtlichen Rahmen dafür, das zu tun. Deshalb wird es noch interessant zu fragen: Wie kommen wir jetzt dahin, was ökologisch eigentlich genau richtig wäre, nämlich genau diese Fülle von Fahrzeugen doch nachzurüsten? Da widerspreche ich ausdrücklich der AfD. Natürlich gibt es die eine oder andere Untersuchung, die infrage stellt, ob es da tatsächlich zu einer massiven Entlastung im Schadstoffausstoß kommt. Aber die meisten Untersuchungen zeigen, dass Schadstoffentlastungen im NOX-Bereich bis zu 75 % oder sogar 90 % Reduktionen möglich sind - durch eine Hardware-Nachrüstung. Da muss es doch unser Bestreben sein, dieses Ziel einer Hardware-Nachrüstung auch zu erreichen, weil es allemal besser ist als Fahrverbote in den Innenstädten oder Situationen, die wir alle nicht brauchen.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Das dauert nur zu lange!)

Deshalb ist der Vorschlag gewesen, genau da zu versuchen, zwischen Bundesregierung und Industrie einen Deal hinzubekommen und zu sagen: Leute, ihr habt durch euer schädigendes Verhalten mit dazu beigetragen, dass der Diesel so in Verruf gekommen ist. Wenn ihr als Industrie ein Drittel der Nachrüstkosten übernehmt, dann übernimmt der Steuerzahler ein Drittel, und zwar, weil auch die Politik die Menschen dahin gebracht hat, Dieselfahrzeuge zu kaufen in dem Glauben, ein umweltfreundliches Fahrzeug gekauft zu haben. Deshalb ist eine Beteiligung des Steuerzahlers daran aus meiner Sicht sehr wohl gerechtfertigt.

Ich sage einmal denjenigen Benzinern-Fahrern, die mir nach dem Motto geschrieben haben: „Warum sollen wir für Dieselfahrzeuge als Steuerzahler jetzt auch noch irgendwas berappen?“ Folgendes: Wir bezuschussen auch im Bereich der Elektrofahrzeuge das ökologisch Wünschenswerte mit Prämien. Deshalb ist auch die Beteiligung des Bundes daran richtig.

Wenn dann ein Halter - jetzt kommt es zu der entscheidenden Frage - sagt: „Pass einmal auf, das kostet 6.000 €, 4.000 € davon würden andere übernehmen, 2.000 € müsste ich bezahlen, ich mache das nicht, ich verschrotte das Ding und kaufe mir ein neues Auto nach ganz anderen Standards“, dann ist das seine Entscheidung. Aber wenn er dann die Chance hat, für 2.000 € Zuschuss ein Fahrzeug zu bekommen, mit dem er nicht nur durch Innenstädte fahren kann, sondern wieder einen Verkaufs- und Gebrauchswert hat, dann bekommt er mit diesen 2.000 €, die er selbst zahlt, ein Vielfaches davon. Herr Stegner, zugegebenermaßen ist das für viele viel Geld.

Die Alternative - darauf hat Sie der Kollege Tobias Koch eben zu Recht hingewiesen - ist, dass diejenigen, die so ein Fahrzeug vor zwei Jahren im besten Glauben gekauft haben, jetzt vor folgender Situation stehen: Zum Beispiel vertritt Andreas Scheuer die Meinung, man solle da gar nichts machen, die Dieselfahrzeuge sollten alle vom Markt, da solle es eine Kaufprämie geben, und dann müsse bitte schön ein Neufahrzeug her. Die Alternative dazu, 2.000 € zu geben, damit der normale Halter sagt: „Jetzt habe ich ein vollwertiges Fahrzeug“, ist, noch einmal 10.000, 15.000 oder 20.000 € draufzulegen, um ein neues Auto zu kaufen. - Wer kann sich das denn leisten? - Das ist unsozial!

(Beifall FDP und CDU)

**(Minister Dr. Bernd Buchholz)**

Deshalb ist es aus meiner Sicht sowohl ökologisch wie sozial verantwortbar, den Beteiligten zu sagen: Menschenkinder, es gibt die moralische Pflicht der Industrie, jawohl - die Pflicht der Industrie zur Schadenersatzbegleichung sowieso -, ein Drittel der Kosten für all die anderen Fahrzeuge zu übernehmen, aber auch die Pflicht der Politik und des Steuerzahlers, zu sagen: „Das ist uns auch wichtig und sollte uns ein Drittel wert sein“, und die Möglichkeit für den Halter, dann zu sagen: Okay, ich gebe das Geld aus, weil meine Entscheidung ist, dass ich ein ökologisch besseres, wertvolleres Fahrzeug fahren will. - Ich halte den Vorschlag für ausgesprochen sinnvoll. Ich bedanke mich für die Unterstützung, und ich glaube, dass es schön ist, dass diese Debatte zur Verklarung des Vorschlags beigetragen hat.

Lieber Kollege Dolgner, ich sage übrigens nicht, das hätte gar keine Chance auf Realisierung, weil sich die Beteiligten in Berlin so dramatisch verhakt haben. Die eine, die Umweltministerin, sagt: immer 100 % auf Kosten der Industrie. Der andere - Herr Scheuer - sagt: gar keine Nachrüstung. Deshalb glaube ich, dass es für uns durchaus eine Möglichkeit wäre, mit diesem vermittelnden Vorschlag eine Regelung herbeizuführen, die sinnvoll ist, die etwas erreicht und die vor allem einen Beitrag zur Luftreinhaltung in den Städten leistet.

(Beifall FDP und CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Minister, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Dolgner?

**Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:**

Ja.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:** Herr Minister, haben Sie mitbekommen, dass ich nach der Logik der Rechtsausführungen von Frau von Kalben gefragt habe, ohne sie zu übernehmen? Haben Sie mitbekommen, dass ich weder Ihrem noch unserem Vorschlag rechtliche Unwahrscheinlichkeit unterstellt habe? Das kam ja nicht von mir.

- Herr Dolgner, alles okay. Das nehme ich insoweit zurück. Aber auch Ihnen zur Erklärung eine Sache: Wenn wir mit unserem Vorschlag nach draußen gingen und man bekäme auf Bundesebene mit einer Firma, nur mit einem Akteur im Markt einen solchen Deal hin - sagen wir also einmal, eine Auto-

mobilmfirma würde sagen: Ja okay, wir machen da mit, ein Drittel kommt von uns, ein Drittel zahlt der Steuerzahler, und die Halter unserer Fahrzeuge kriegen das -, was glauben Sie, was für ein Marktdruck auf die Industrie entstünde, dass alle nach diesem Prinzip agieren müssten? - Ich setze auf diesen Marktdruck - nicht nur die moralische Verpflichtung der Industrie ist es -, der dem Vorschlag aus meiner Sicht noch eine besondere Power geben kann. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit um 4 Minuten überzogen. Ich sehe nicht, dass es das Ansinnen der Fraktionen gibt, davon Gebrauch zu machen. Damit schließe ich die Beratung.

Wir stimmen in der Sache ab. Zuerst stimmen wir über den Antrag der AfD-Fraktion, Drucksache 19/889, ab. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der AfD-Fraktion. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Dann stimmen wir über den SPD-Antrag, Drucksache 19/892 (neu), ab. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit ist dieser Antrag auch abgelehnt.

Ich lasse dann über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP, Drucksache 19/922, abstimmen. Wer ist dafür? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD und AfD. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Ich darf Ihnen zwischenzeitlich zur Ihrer eigenen Orientierung mitteilen, dass sich die Parlamentarischen Geschäftsführungen darauf verständigt haben, den Aufruf des Tagesordnungspunktes 36 in die nächste Tagung zu verschieben.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 22 auf:

**Mensch und Tier vor Problemwölfen schützen**

Antrag der Fraktion der AfD  
Drucksache 19/890

(Präsident Klaus Schlie)

### Wolfsmanagement fortlaufend weiterentwickeln

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP  
Drucksache 19/917

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die Fraktion der AfD hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch.

#### Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Werte Gäste! Die NORLA liegt gerade hinter uns, und in meinen Gesprächen mit Landwirten und Tierzüchtern dort habe ich aus erster Hand erfahren müssen, dass der Wolf nicht nur für Schafe eine Gefahr ist, sondern zunehmend auch für Kälber und Fohlen.

Ein Züchter aus dem Kreis Schleswig-Flensburg erzählte mir, dass sein vier Monate altes Kalb, rund 200 kg schwer, Opfer eines Wolfs wurde. Der Anblick des gerissenen Kadavers war für den Tierhalter besonders schrecklich. Er währte nämlich seine Tiere in Sicherheit, weil sie durch einen 120 cm hohen Elektrozaun eigentlich wolfsicher gesichert waren.

Obwohl Wolfsmanager, Wolfsberater und andere Fachleute zu dem eindeutigen Ergebnis kamen, ja, dieses Kalb wurde Opfer eines Wolfs, wartet der Züchter noch heute auf eine Entschädigung. Zunächst wurde er immer getröstet, nun heißt es plötzlich, dass der genetische Beweis fehle. Eine Probeentnahme sei nun aber nicht mehr möglich.

Dieses traurige Beispiel ist leider kein Einzelfall. Es lehrt uns aber, dass Präventionsmaßnahmen und Entschädigungen allein nicht ausreichen, um das Wolfsproblem, das wir im Moment haben, in den Griff zu bekommen. Nein, wir müssen auch über wirksame Schutzmaßnahmen nachdenken, zumal das wolfsichere Einzäunen keine hundertprozentige Sicherheit garantiert und aufgrund der Topografie in Schleswig-Holstein auch gar nicht überall möglich ist.

Nach mehr als 100 Jahren erobert sich der Wolf Schleswig-Holstein langsam als Lebens- und Jagdraum zurück. Diesen Weg weist er etwa durch zunehmende Risse, Kotpuren oder Fotobeweise. Das stellt unsere heimische Forst- und Landwirtschaft, insbesondere die Weidetierhaltung, aber auch Jäger und Artenschützer vor neue Herausforderungen. Die Wölfe, die jetzt bei uns sind, wurden nicht von

Menschen ausgesetzt und angesiedelt, sondern sie haben sich durch ihre arttypische Wanderbewegung bei uns ausgebreitet. Der Wolf ist intelligent, flexibel und sehr anpassungsfähig. Er ist im Bestand auch nicht so stark gefährdet, wie andere es hier gern suggerieren. Den Freunden des Wolfs ist es bisher auch gelungen, das Problem in der Öffentlichkeit auf gelegentliche Schafsrisse zu beschränken. Betroffen sind aber nun auch immer mehr Rinder- und Pferdezüchter. Deshalb forderte Graf Rantzau als Präsident des Reiterverbandes unlängst auch, auffällige Tiere endlich schießen zu dürfen.

Betroffen ist aber inzwischen auch der Mensch, denn der Wolf verliert immer mehr seine natürliche Scheu und merkt bei jedem erfolgreichen Riss, dass er auch in der Nähe des Menschen leicht Nahrung findet. Wie heute zu lesen ist, nehmen die Sichtungen und die Zahl der Risse an der Westküste zu. Auf Eiderstedt wird jetzt über die Gründung einer Bürgerinitiative nachgedacht, die sich an die Landesregierung wenden möchte, um sich dort mehr Gehör zu verschaffen. In Nordfriesland wurden bereits 45 potenzielle Wolfsrisse registriert, 19 davon sind bestätigt.

Die Deiche mit den Schafen darauf sind natürlich ein Schlaraffenland für den Beutejäger. Wenn sich der Wolf dort immer wohler fühlt, steht zu befürchten, dass er auch den Wohnhäusern immer näherkommt. Dann kommt er auch in die Nähe von Kindern. Das können wir einfach nicht ignorieren.

(Zurufe Beate Raudies [SPD] und Sandra Redmann [SPD])

- Es gibt schon Fälle in anderen Bundesländern, da brauchen Sie sich gar nicht aufzuregen.

(Weitere Zurufe SPD)

Der Wolf genießt bei uns einen hohen Schutzstatus als FFH-Art im Anhang II und IV. Zusätzlich ist er durch das Bundesnaturschutzgesetz geschützt und zählt laut Bundesjagdgesetz zur nichtjagdbaren Art.

Die bisherigen Diskussionen in der Öffentlichkeit sind oft emotional, wenig sachlich und dadurch nicht zielführend. Das sollte sich heute doch bitte ändern. Mit unserem Antrag wollen wir einen Beitrag dazu leisten, die aufgeheizte Debatte zu versachlichen. Wir beantragen heute, dass der Wolf langfristig innerhalb der FFH-Richtlinie in den Anhang V überführt wird. Sechs EU-Staaten haben das bereits getan, nämlich Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen und die Slowakei. In Finnland, Griechenland und Spanien gibt es regionale Unterschiede, dort findet er sich manchmal im An-

**(Volker Schnurrbusch)**

hang IV, manchmal im Anhang V. Er darf also in Einzelfällen geschossen werden.

Eine Aufnahme des Wolfs ins Jagdrecht wäre der nächste wichtige Schritt zur Bestandspflege und würde die Jäger und Jagdverbände in die Pflicht zu nehmen, etwa bei den Weiterbildungsangeboten, der Entwicklung der Jagdstrategie, aber auch bei der Bestandsermittlung. Der Schutzstatus der FFH-Richtlinie steht dem nicht entgegen. Da bekäme der Wolf - wie in unserem Antrag vorgeschlagen - eine ganzjährige Schonzeit. Wir wollen ihn also nicht pauschal zum Abschuss freigeben - damit das hier nicht zu Missverständnissen führt -: Aufnahme ins Jagdrecht, ganzjährige Schonzeit! Sachsen hat das genau so vorgemacht und den Wolf bereits mit einer ganzjährigen Schonzeit ins Jagdgesetz überführt.

Wir wollen den Wolf nicht ausrotten, sondern einen wissenschaftlich fundierten Erhaltungszustand erreichen und nur problematische Tiere durch Schutzjagden entnehmen. Dabei wollen wir alle geltenden Gesetze beachten.

Wir beantragen die Überweisung in den Umwelt- und Agrarausschuss und bitten alle Fraktionen um Zustimmung, damit unsere Landwirte, Tierhalter und Bürger, die den Wolf als Gefahr wahrnehmen, sehen, dass das Land sie in dieser Frage nicht alleinlässt. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Hauke Götttsch.

**Hauke Götttsch [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Rückkehr des Wolfes ist eine Erfolgsgeschichte für den Naturschutz. Leider hat sich in den letzten 200 Jahren nach der Ausrottung des Wolfes unsere Landschaft total verändert, daher häufen sich jetzt auch die Probleme mit den Wölfen.

Um es gleich vorwegzunehmen: Des Antrags der AfD hätte es nicht bedurft. Unser Antrag zeigt, dass wir da in Teilen schon weiter sind. Für die Entnahme verhaltensauffälliger Wölfe werden rechtskonforme Kriterien erstellt. Wir legen aber nicht nur Kriterien für die Entnahme fest, wir regeln auch schnelle und unbürokratische Hilfe für die Betroffenen. Das Wolfsmonitoring wird zukünftig laufend aktualisiert werden, und die Beobachtung soll zeit-

nah in Form einer Karte der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, eines ist richtig: Das Wolfsmonitoring ist verbesserungsfähig. Das haben wir aber auch schon erkannt.

An dieser Stelle möchte ich mich einmal ganz herzlich bei unseren ehrenamtlichen Wolfsbetreuern bedanken, die mit sehr viel Engagement und Zeitaufwand ihre Arbeit draußen verrichten.

(Beifall CDU, SPD, FDP, SSW, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD)

Wir brauchen einen offenen und vor allem ehrlichen Umgang mit dem Wolf. Da helfen weder Übertreibung noch Verharmlosung weiter. Beides schadet der Sache.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Im Interesse der Sache sollte bei den Fakten geblieben werden. Ich will Ihnen ein Negativbeispiel geben. Wenn die Öffentlichkeit die Fehlinformation erhält, in östlichen Bundesländern sei der Wolf kein Thema mehr, so ist dies nicht nur nachweislich falsch, sondern schadet auch der Sache.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Nach meiner festen Überzeugung müssen alle Beteiligten beim Thema Wolf objektiv bleiben, und das fordere ich auch ein.

Meine Damen und Herren, es ist richtig, vor allem unsere Schafe haltenden Betriebe haben Probleme mit dem Wolf. Gerade aber im Küstenschutz sind wir auf die Schafsbeweidung angewiesen.

(Vereinzelter Beifall CDU, FDP und SSW)

Maschinell ist dies nicht annähernd zu leisten. Sollten wir es nicht schaffen, dass Schäfer und Schafe ihrer Aufgabe ungestört nachkommen können, so bekommen wir alle ein Problem mit dem Küstenschutz.

Zudem möchte ich einwerfen, dass Schafe überwiegend nur in der Lammzeit im Stall gehalten werden, ansonsten artgerecht auf der Weide. Das ist eine Tierhaltungsform, die wir alle wünschen und begrüßen. Gleichzeitig können wir aber schlecht die Schäfer mit dem Schutz der Tiere alleinlassen.

Dann ist da noch die Diskussion über die Zäune. Dazu wenige Bemerkungen. Wir können doch gar nicht jede Herde meterhoch einzäunen, und schon gar nicht die Deiche der gesamten Westküste.

**(Hauke Göttch)**

(Beifall CDU, FDP, vereinzelt AfD und SSW)

Immerhin erfolgten - so berichteten es die Schafhalter - 63 %, also mehr als die Hälfte aller Schafsrisse, sowieso innerhalb sogenannter wolfsicherer Einzäunungen.

Auch die Herdenschutzhunde haben ihr Manko. Sie sind nicht nur teuer in der Anschaffung und im Unterhalt, sie schützen die Herde zudem nicht nur vor Wölfen, sondern unterscheiden auch nicht zwischen Wolf, Hund und Spaziergänger. Ganz zu schweigen davon, benötigt ein Schäfer für jede Herde mindestens einen Hütehund.

Lassen Sie mich einen Gedanken noch kurz erwähnen: Vor Entnahme eines Wolfes sollten wir die Möglichkeit der Vergrämung, zum Beispiel mit Gummigeschossen, in Erwägung ziehen. Dies ist in Oberösterreich inzwischen erlaubt. Wölfe sind intelligente Tiere und lernen schnell, sowohl in die eine Richtung, wo es leichte Beute gibt, als auch in die andere Richtung, wenn etwas mit Schmerz verbunden ist.

Ich wiederhole noch einmal, was ich eingangs gesagt habe: Wir brauchen eine sachliche Diskussion und keine ideologische Schönfärberei. Nur so können wir die Enden der Diskussion zusammenführen. Keiner will den Wolf ein zweites Mal ausröten. Bei steigender Wolfszahl in Schleswig-Holstein sehe ich allerdings die hiesige Schafhaltung in Gefahr. Dieser Gefahr gilt es frühzeitig wirksam zu begegnen. Alle angestrebten Schutzmaßnahmen müssen wirksam und vertretbar sein. Schleswig-Holstein ist auf dem richtigen Weg: Lassen Sie uns diesen weitergehen!

Ich, aber auch wir alle sollten uns nicht irgendwann einmal mit der Frage konfrontiert sehen, nicht alles Mögliche zum Schutz von Mensch und Tier getan zu haben. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Volker Schnurrbusch [AfD])

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Sandra Redmann das Wort.

**Sandra Redmann [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

„Der Wolf ... stört die sichere Ordnung, das Denken in Schubladen, das geordnete Dasein, in das er einbricht.“

So äußerte sich eine Biologin in einer Tageszeitung. Ich finde, das trifft es recht gut. Kaum ein Tier spaltet die Menschen so sehr wie der Wolf. Bei dem einen löst er Angst, bei dem anderen große Freude aus. Was alle eint, ist der Respekt vor diesem wilden Tier. Dem Wolf ist das egal: Er ist wieder da, und er hat seinen Platz in der Natur. Er ist eine streng geschützte Art, und das sollten wir in unserer Diskussion und der Auseinandersetzung nicht vergessen.

(Beifall SPD)

Wir wussten, dass er wiederkommt. In anderen Bundesländern war er bereits da. Wir haben daher in der Großen Koalition - das ist schon lange her - ein Wolfsmanagement gefordert, und es wurde auch auf den Weg gebracht. Dieses Wolfsmanagement sollte nie ein starres Instrument sein, sondern sich stetig anpassen und weiterentwickeln, und das tut es auch. Aufklärungsbroschüren, Wolfskameras, Veranstaltungen, Fachvorträge, Beratungsangebote, ein Runder Tisch und vieles mehr wurden angeschoben. Es wurden Wolfsbetreuer ausgebildet, die wirklich gute und engagierte Arbeit in Schleswig-Holstein leisten. Anstatt sie öffentlich zu verunglimpfen, sollte man ihnen lieber danken. Das tue ich hiermit, auch im Namen der SPD-Fraktion.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Oliver Kumbartzky [FDP])

Klar war natürlich auch, dass es Probleme geben würde. Das kann doch niemanden ernsthaft wundern. Der Wolf hat Hunger, und Risse von Weidetieren waren zu erwarten. Der Tierhalter ist nach der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung verantwortlich, sein Vieh vor Prädatorenübergriffen zu schützen - mit Wolf oder ohne. Das Land hat daher eine Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen für verschiedene Maßnahmen zur Sicherung des Bestandes vor dem Wolf erlassen. Es ist auch gut und notwendig, dass den betroffenen Tierhaltern bei Nutztierverlusten schnell geholfen wird. Das ist doch selbstverständlich. Das alles ist geregelt. Dass es im Einzelfall eventuell mal Schwierigkeiten gibt, ist nicht schön. Da muss nachgebessert werden.

Es muss das Ziel sein, Weidetierhaltung und Wolf zugleich zu ermöglichen. Daran arbeiten die Landesregierung - dass ich das sagen muss! -, Wolfsbetreuer und viele Landwirte in Schleswig-Holstein im Übrigen zum großen Teil sehr gut zusammen.

(Beifall SPD)

**(Sandra Redmann)**

Es gibt viele Schafhalter und Landwirte, die uns erzählen, dass sie damit gut zurechtkommen und kein Problem haben. Aber wie so oft in unserem Land hört man natürlich die laute Minderheit mehr als die schweigende Mehrheit. Sie haben doch Experten in der Landesregierung, die Sie dazu gut befragen können. Ich blicke mal nach rechts: Da ganz hinten auf der Bank sitzt einer von denen, der sehr viel Ahnung in dem Bereich hat. Es schadet gar nichts, da mal nachzufragen.

(Beifall SPD)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen: Gute Dinge hört man vielleicht nicht so gern. Schlechte Dinge sind natürlich gegenüber der Öffentlichkeit interessanter. Nichtsdestotrotz - wir geben es ja zu und es ist auch kein Geheimnis -: Wir sollten darüber diskutieren.

Diese Fragen habe ich bei Ihnen vermisst: Gibt es noch Möglichkeiten zur Verbesserung der Schutzmaßnahmen? Sollte man über weitere und andere Einzäunungsarten nachdenken? - Das tun nämlich andere auch ohne Sie bereits.

Wie bekommen wir andere Lösungen an der Küste, wo die Maßnahmen natürlich schwieriger sind, hin? - Das wurde eben angesprochen.

Lässt sich noch etwas an der Höhe der Entschädigungen machen, und muss das schneller laufen? - Auch das ist eine Frage.

Sollten wir die Aufklärungsarbeit noch intensivieren? - Höre ich manche hier so reden, ist das dringend notwendig.

(Beifall Stefan Weber [SPD])

Müssen wir Modelle zum besseren Schutz ausprobieren? Könnte sich die Landesregierung ein neues Modell überlegen? Gibt es noch Ideen vom Runden Tisch? Können wir auch mal die guten Beispiele darstellen? Wie und wo läuft es denn richtig gut? - Das sind die Fragen, die wir auch stellen sollten.

Aber an dieser sachlichen Diskussion scheint dem Ursprungsantragssteller nicht so viel zu liegen.

(Zuruf Volker Schnurrbusch [AfD]: Natürlich!)

Da geht es nur um Entnahme, Obergrenze, Schutzjagd und Jagdrecht - coole Begriffe. Ich bin sicher: Sie haben diese Thematik überhaupt nicht verstanden. Zudem enthält dieser Antrag etliche Fehler und ist überhaupt gar nicht reif, hier vorgelegt zu werden.

Der Antrag der Regierungskoalition beinhaltet nur Punkte, die ohnehin schon klar sind. Ich gehe davon aus, dass er wohl eher als Gegenantrag zu verstehen ist - um das einmal nett zu formulieren.

(Zuruf Volker Schnurrbusch [AfD])

Deswegen können wir uns damit auch einverstanden erklären.

Die Punkte, die dort genannt sind, werden sowieso schon geregelt - und zwar alle. Da ist nichts Neues. Wenn mich jemand danach fragte, könnte ich jetzt auch noch erklären, warum der AfD-Antrag denn so fehlerhaft ist und was an diesem Antrag nicht stimmt.

**Präsident Klaus Schlie:**

Ich muss leider darauf hinweisen: Dafür reicht die Zeit nicht mehr, Frau Abgeordnete. Sie müssen bitte einmal auf die Uhr schauen.

**Sandra Redmann [SPD]:**

Gut, dann würde ich sonst - wenn Sie erlauben - nur noch einen Satz sagen und noch einen Dreiminutenbeitrag machen.

**Präsident Klaus Schlie:**

Bitte nicht direkt im Anschluss.

**Sandra Redmann [SPD]:**

Nein, um Gottes willen, Herr Präsident. - Die SPD-Fraktion wünscht sich wieder mehr Sachlichkeit, wobei ich ausdrücklich sagen muss, lieber Hauke Göttisch: Ich fand deinen Beitrag nicht erstaunlich gut, aber ich fand ihn gut - sagen wir es mal so.

(Heiterkeit - Beifall CDU)

Wir beantragen daher eine Anhörung im Umwelt- und Agrarausschuss zum Thema Wolf, und ich bitte auch die Regierungskoalition zuzustimmen. Ich denke, wir sollen uns einen Tag Zeit nehmen, die Themen zu vertiefen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD - Wortmeldung Beate Raudies [SPD])

**Präsident Klaus Schlie:**

Nach Ablauf der Redezeit lassen wir leider keine Zwischenfragen mehr zu. Tut mir leid.

(Sandra Redmann [SPD]: Da waren wir nicht schnell genug!)

**(Präsident Klaus Schlie)**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Marlies Fritzen das Wort.

**Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorab finde ich persönlich den Gedanken, dazu noch einmal im Umwelt- und Agrarausschuss eine umfassende Beschäftigung und Anhörung vorzunehmen, sehr gut. Von daher kann ich mir vorstellen, dass das den Gefallen der Jamaika-Koalitionspartner findet.

Wir haben in der Tat in den letzten Jahren über das Wolfsmanagement schon eine ganze Menge gelernt. Und wir haben vor allem auch gelernt, dass nichts so ist, wie es einmal war, beziehungsweise dass nichts so bleibt, wie es einmal war. Sandra Redmann hat gerade darauf hingewiesen, dass wir hier schon sehr früh ein Wolfsmanagement begonnen haben. Ich war auf der ersten Veranstaltung vor der ersten Wolfssichtung dabei. Da ist man noch davon ausgegangen: Hier wird das nichts. Die Verhältnisse, die Räumlichkeiten sind so, dass der Wolf sich hier nicht ansiedeln wird, geschweige denn, dass einer mal über eine Straße läuft und totgefahren wird.

Wir sehen heute, dass wir uns damals getäuscht haben. Und das zeigt auch, dass dieses Management nicht starr sein kann, sondern sich ständig fortentwickeln und sich den aktuellen Gegebenheiten anpassen muss. So, wie es Frau Redmann schon gesagt hat, müssen wir uns jeweils auf die neuen Situationen einlassen. Wir müssen uns auch darüber austauschen, welche neuen Möglichkeiten es gibt.

Im Moment haben wir keine Rudel oder ansässigen Tiere hier, sondern nur durchziehende Tiere, die allerdings - in der Tat - auch schon zu erheblichen Problemen an der einen oder anderen Stelle geführt haben. Hauke Götsch hat es gesagt: Für den Artenschutz ist es ein Erfolg, dass der Wolf zurück ist, und die Tierhalterinnen und Tierhalter schauen natürlich und verständlicherweise mit einer anderen Perspektive auf diese Frage. Es gibt sozusagen zwei Seiten einer Medaille.

Wir können uns aber nicht so einfach aussuchen, wie wir damit umgehen, denn wir haben - das ist auch schon gesagt worden - klare rechtliche Regelungen. Der Wolf ist streng geschützt, und wir sind durch internationales Recht an diesen Schutz gebunden. Ich möchte deutlich sagen: Das ist auch gut so. Wir haben es zwar mit einem klassischen Zielkonflikt zu tun, aber ich bin überzeugt davon, dass

man diesen lösen, zu guten Lösungen kommen kann.

Vorhin wurde gesagt, dass es Risse gibt, die nicht entschädigt wurden, und dass Nachweise nicht erbracht wurden. Dazu möchte ich sagen: Das ist nicht der Fall. Wir können Nachweise erbringen, und das Land hat sich auch dazu verpflichtet, dass selbst dann, wenn der Nachweis nicht eindeutig ist, Entschädigungen gezahlt werden. Also hier den Eindruck zu erwecken, es würden Risse nicht entschädigt, dem kann ich nicht näher treten.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Worüber sprechen wir dann hier?)

Das ist genau das, was gerade auch gesagt wurde: Es braucht eine sachliche und ehrliche Diskussion. Und deshalb finde ich es gut, wenn wir uns bemühen, nicht nur das Management immer wieder neu anzupassen, sondern auch die Transparenz zu schärfen und zu schauen: Was können wir zeitnah veröffentlichen, damit es nicht weiter zu solchen Ammenmärchen, die zum Teil auch unterwegs sind, kommt?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präventionsmaßnahmen sind angesprochen worden; auch die müssen sich immer weiterentwickeln. Entschädigungen habe ich gerade angesprochen. Ich finde es richtig, dass da, wo Unklarheiten entstehen - auch unter Umständen ein Hunderiss Ursache ist -, trotzdem entschädigt wird. Das ist eine großzügige Regelung, die wir hier im Land Schleswig-Holstein haben, und dabei sollten wir auch bleiben.

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben bei den Rissen, die wir auf Eiderstedt zunehmend beobachtet haben, auch festgestellt, dass es - und das muss auch gesagt werden - vielfach nicht Wölfe gewesen sind; es hat zwar eindeutige Nachweise gegeben, aber es waren nicht immer nur Wölfe.

(Zuruf Volker Schnurrbusch [AfD])

Selbst bei Kälbern, die gerade angesprochen wurden, gab es aktuell einen Fall auf Eiderstedt, bei dem eindeutig ein Hund der Verursacher war.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Ja, einer von 19!)

Man soll also nicht so tun, als ob es alleine der Wolf ist. Wir wissen zum Beispiel auch aus anderen Bundesländern, dass man ähnliche Probleme

**(Marlies Fritzen)**

bei der Schafhaltung auf der offenen Weide mit Kolkraben hat.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Verharmlosung ist das! Ein Fall von 45!)

Ich möchte noch zwei Punkte sagen, und zwar, dass auch nach jetziger Rechtslage die Entnahme, also das Abschießen eines Wolfs, der für die Menschen gefährlich werden kann - das ist bis heute selten genug der Fall -, erlaubt ist. In Niedersachsen ist das zum Beispiel vor noch nicht allzu langer Zeit mit der Genehmigung eines grünen Umweltministers geschehen. Das betraf einen Wolf, der sich zu nah an die Menschen gewöhnt hatte und deshalb unter Umständen verhaltensauffällig beziehungsweise auch gefährlich geworden wäre.

Die Idee von Obergrenzen ist nicht nur in anderen Zusammenhängen meiner Meinung nach unsinnig, auch in diesem Fall wissen wir überhaupt gar nicht, was damit gemeint werden soll. Man kann nicht nach wissenschaftlichen Standards landesweit einheitliche Obergrenzen einsetzen.

(Sandra Redmann [SPD]: Ja!)

Das zeigt schon, dass Sie in der Tat, da bin ich bei Frau Redmann, nichts verstanden haben. Denn die Situation ist auf Eiderstedt eine komplett andere als im Herzogtum Lauenburg, weil Sie, wenn Sie dort einmal hinführen, sähen die Landschaft ist eine ganz andere und im Herzogtum Lauenburg sind Möglichkeiten vorhanden, sich und seine Herden zu schützen, die es auf Eiderstedt möglicherweise nicht gibt.

(Beifall Sandra Redmann [SPD])

Deshalb ist das Gerede von Obergrenzen auch in diesem Zusammenhang völliger Unsinn.

(Zuruf Oliver Kumbartzky [FDP])

Wir haben noch einen Punkt zu der Frage, die immer wieder diskutiert wird, den Wolf ins Jagdrecht zu übernehmen. Das hilft, meine Damen und Herren, im Moment gar nichts. Wenn wir das in das Jagdrecht übernehmen würden und eine ganzjährige Schonzeit festlegen würden, dann hätten wir immer noch erstens das Problem, dass wir ihn nur schießen können, wenn die oberste Naturschutzbehörde eine solche Genehmigung im Ausnahmefall bei Wölfen erteilt, die verhaltensauffällig und gefährlich werden können. Wenn Sie aber zweitens diese Ausnahmegenehmigung brauchen, zum Beispiel bei angefahrenen Wölfen, und Sie den Wolf auch noch im Jagdrechtsregime haben, dann müssen Sie erst die Jagdbehörde und dann die Naturschutzbehörde fra-

gen. Meine Damen und Herren, zwei Genehmigungen brauchen länger als eine. Und wenn Gefahr im Verzug ist, dann hat es an dieser Stelle überhaupt kein Lösungsmoment, sondern macht die Sache nur noch komplizierter. Das ist aus meiner Sicht eine komplett populistische Angstmacherei.

Wir haben es mehrfach gehört: Wir brauchen eine sachliche Debatte, und wir müssen miteinander in dieser sachlichen Debatte nach weiteren Lösungen suchen, eventuell auch nach neuen Lösungen. Ich bin zuversichtlich, dass dies gelingen kann. Populisten brauchen wir auch an dieser Stelle nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und Jan Marcus Rossa [FDP])

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Fraktion der FDP hat der Abgeordnete Oliver Kumbartzky.

**Oliver Kumbartzky [FDP]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beginne mit dem AfD-Antrag. Der Antrag ist im wahrsten Sinne des Wortes nichts weiter als ein Schnellschuss. Der losgelöste Diskurs über Schutzjagden und Obergrenzen ist - wie meine Vorredner bereits ausführten - nicht zielführend. Es bedarf zunächst einmal eines transparenten, aktuellen Monitorings, das uns erlaubt, die Population und deren Bewegungen zu bewerten, vorherzusehen und so handlungsfähig zu bleiben. Es muss natürlich auch gelingen, dass ein pragmatisches einheitliches Vorgehen bei sogenannten Problemwölfen möglich ist, ohne die Belange des Artenschutzes massiv zu berühren. Aber solche Schaufensteranträge, wie Sie sie von der AfD jetzt gestellt haben, werden zum einen der Debatte nicht gerecht und zielen zum anderen nur darauf ab, möglichst kurzfristig Entscheidungen zu erstreiten, welche die einzelnen Interessen jedoch nicht ausreichend beachten.

Meine Damen und Herren, es muss uns vielmehr gelingen, zu einem konfliktarmen Nebeneinander von Wolf und Mensch zu kommen. Dass das Wolfsmanagement ausschließlich bei den Ländern liegt und nicht wie irrig von der AfD mit Verweis auf Bundes- und EU-Ebene angenommen, sei nur am Rande bemerkt. Deshalb ist unser Alternativantrag die richtige Alternative zur sogenannten Alternative, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP)



(Oliver Kumbartzky)

Was wir vor allem brauchen, ist eine ehrliche und sachliche Debatte über den Umgang mit Wölfen. Auch das sagten meine Vorredner, und da schließe ich mich definitiv an. Wir haben ein Ansteigen der Wolfspopulation in Deutschland. Das ist klar. Man spricht von einer Rate von 30 % im Jahr. Natürlich werden auch Probleme und Herausforderungen immer mehr sichtbar und greifbar, gerade auch in Schleswig-Holstein. Das Eiderstedter Beispiel ist genannt und die aktuellen Zahlen heute auch.

Es ist so, dass in jedem Jahr im Winter die Jungwölfe des Vorjahres ihre Heimatrudel verlassen. Jungwölfe sind auch anpassungsfähig, sodass die Suche nach einem neuen geeigneten Lebensraum auch in der Kulturlandschaft liegen kann. Die Jungtiere, die ihre Rudel gen Schleswig-Holstein verlassen, finden bei uns keine weitläufigen Wälder, unbesiedelte Landschaften oder große Truppenübungsplätze vor, dafür aber kilometerlange Deiche an Nordsee, Elbe, Eider und Stör sowie von Gräben durchzogenes Marschland mit vielen Weidetieren. Gerade diese Weidetiere stellen einen wesentlichen Teil der Beute des Wolfs dar. Gerade auf Eiderstedt findet er einen gedeckten Tisch vor. Darüber müssen wir definitiv reden, meine Damen und Herren. Denn der Wolf macht keinen Unterschied zwischen Wild- und Weidetieren.

Lassen Sie mich nun noch etwas zum Thema Jagdrecht sagen. Es ist keine Neuigkeit, wenn ich sage, dass die FDP eine Aufnahme in das Bundesjagdrecht befürwortet. Darüber ist auch berichtet worden. Der eine oder andere empört sich darüber. Aber um das noch einmal klarzustellen: Aufnahme ins Jagdrecht heißt ja nicht gleich aktive Bejagung.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Genau!)

Denn die Aufnahme ins Jagdrecht würde an einem Schutzstatus zunächst nichts ändern. Im Übrigen stehen auch noch ganz andere Tierarten im Jagdrecht - Seeadler zum Beispiel, Fischotter, Seehunde; selbst Bambi steht im Jagdrecht.

(Beate Raudies [SPD]: Bambi?)

Deshalb muss man das sachlich betrachten. Was aber interessant ist, ist, dass der stärkste Beutegreifer, der Wolf, dessen Population sich innerhalb von drei Jahren verdoppelt hat und der anpassungsfähiger und intelligenter ist als andere Tiere, nicht im Jagdrecht steht. Es kann mir keiner so wirklich erklären, warum das so ist.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, warum ich die Aufnahme ins Jagdrecht für verhältnismäßig halte, ist fol-

gender Aspekt: Mit der angemessenen Einbindung der Jägerschaft durch die Verpflichtung zur Hege und Pflege des Wolfs könnte deren jagdfachlicher Sachverstand beim Wolfsmanagement und insbesondere beim Wolfsmonitoring nutzbar gemacht werden. Es ist für mich unverständlich, dass man für das Management der Wolfspopulation nicht das Netzwerk der Jäger nutzt. Eine Aufnahme ins Jagdrecht ermöglicht einen einheitlichen Umgang mit dem Tier; Stichwort: Problemwölfe. Meiner Meinung nach sollten auch Jagdpächter im Falle eines notwendigen Abschusses eingebunden werden und erste Ansprechpartner sein. Den Einsatz von speziellen Entnahmetrupps, wie er in Brandenburg diskutiert wird, halte ich daher für falsch.

Beim Thema Wolf geht es nicht nur um Artenschutz, sondern auch um andere gesamtgesellschaftliche Ziele wie Hochwasserschutz, Küstenschutz, Naturschutz, Landschaftspflege und natürlich auch um den Erhalt der Weidewirtschaft in Schleswig-Holstein. Nun sagen manche, man solle bessere Zäune bauen. Das ist immer leichter gesagt als getan. Man vergisst schnell, dass Zäune aufgrund der von Gräben geprägten Marschlandschaft und der dort typischen Weidetierhaltung wirklich sehr schwer möglich und nicht akzeptabel sind. Eine großflächige abweisende Umzäunung von Weideflächen ist zudem auch nicht im Sinne des Naturschutzes und bei kilometerlangen Deichen schlicht unmöglich.

Auch die Aussage, dass alles immer großzügig entschädigt wird, halte ich nicht für wirklich sachgerecht. Den Tierhaltern geht es nicht um die Entschädigung, es geht ihnen nicht ums Geld. Die Tierhalter wollen ihre Tiere in Sicherheit wissen.

(Beifall FDP, AfD und vereinzelt CDU)

Die Rückkehr des Wolfs ist aus Sicht des Artenschutzes zu begrüßen. Das ist gar keine Frage. Das Ziel sollte die Erhaltung einer gesunden Population sein, die den Belangen des Artenschutzes einerseits und dem Schutz von Mensch und Tier andererseits Rechnung trägt. Aber nicht zuletzt dürfen wir weder das Sicherheitsgefühl der Menschen noch den Schutz der Weidetiere außer Acht lassen. Die berechtigten Bedenken von Weidetierhaltern und der Menschen im ländlichen Raum müssen wir wahrnehmen und mit höchster Priorität berücksichtigen.

Meine Damen und Herren, es geht also nicht darum, dem Wolf das Lebensrecht abzusprechen, aber Tier- und Artenschutz sind nicht teilbar.

**(Oliver Kumbartzky)**

Ich freue mich auf eine Diskussion im Ausschuss. Für die heutigen Anträge beantrage ich Abstimmung in der Sache. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und Lars Harms [SSW])

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer das Wort.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich werde auf die Situation in Dänemark nicht eingehen.

(Zurufe CDU: Oh!)

Seit es die ersten bestätigten Sichtungen und Funde von Wölfen hier in Schleswig-Holstein gibt, wurde das Thema um den zurückkehrenden Wolf sehr kontrovers diskutiert. Nicht zuletzt durch bestätigte Bissvorfälle hat die Diskussion verständlicherweise an Emotionalität zugenommen. Es ist schwer, bei diesem Thema auf einer sachlichen Ebene zu bleiben, insbesondere wenn wir uns mit Betroffenen unterhalten, die ihre gerissenen Tiere entsorgen oder einschläfern mussten.

Nachdem der Wolf in Schleswig-Holstein als ausgerottet galt und seine Rückkehr im Jahr 2007 erstmalig bestätigt wurde, wurde im Jahr 2010 der erste Wolfsmanagementplan in Schleswig-Holstein erstellt. Dies geschah unter Einbeziehung der Naturschutzverbände, des Jagdverbands und Vertretern der Landwirtschaft. Daraus resultierte seinerzeit die Wolfsrichtlinie, die unter anderem die Entschädigung von Wolfsschäden unbürokratisch regeln sollte. Bis dahin, so fand ich, war Schleswig-Holstein durchaus gut aufgestellt, um eine Wiederbesiedlung durch einzelne Wölfe zu ermöglichen.

Nachdem die Zahl bestätigter Wolfsnachweise in den Jahren gestiegen ist, wurde das Wolfsmanagement zuletzt 2015 gestärkt. Dieser Plan beinhaltet ein Maßnahmenpaket, das die verschiedenen Aspekte rund um den Wolf berücksichtigt. Es gibt qualifizierte Ansprechpartner im Land, sogenannte Wolfsmanager, es gibt eine wissenschaftliche Begleitung und klare Regelungen bezüglich der Entschädigungszahlungen. Ich bin der Auffassung, dass wir mit dem Managementplan in Schleswig-Holstein gut aufgestellt sind.

(Beifall Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nichtsdestotrotz muss der Managementplan stetig evaluiert und danach gegebenenfalls neuen Sachverhalten angepasst werden. Dies kann aber immer nur ein fließender Prozess sein. Wir brauchen dafür ein landesweites Monitoring, um das Management entsprechend zu justieren und weiterzuentwickeln, um daraus Ziele zu formulieren und neue Konzepte zu entwickeln. Dafür ist es auch wichtig, dass sich die Beteiligten - Naturschutz- und Jagverbände, Tierhalter, Züchter sowie Wissenschaft und Politik - regelmäßig zusammensetzen und gemeinsam erarbeiten, wie wir mit dem Wolf umgehen wollen.

Wir haben keine verlässlichen Erfahrungen mit dem Wolf in der Zivilisation beziehungsweise in der Kulturlandschaft. Daher müssen die gesammelten Erfahrungen und Daten genutzt werden, um zu definieren, was es für ein solches Tier bedeutet, sich in einer modernen Kulturlandschaft oder Zivilisation zu bewegen.

Wenn wir über die Rückkehr des Wolfs reden und dabei den Artenschutz in den Vordergrund stellen, muss aber auch die Frage erlaubt sein, in welchen Gebieten der Wolf eine artgerechte Umgebung vorfindet. Findet er sich in einer modernen Kulturlandschaft zurecht, ohne in dem Sinne sein Wesen zu verändern, dass er die Scheu vor der Zivilisation verliert? Auch wenn für den Menschen keine unmittelbare Gefahr vom Wolf ausgeht, weil dieser die direkte Begegnung mit dem Menschen meidet, lassen sich solche Situationen letztendlich nicht ausschließen. Hier sage ich ganz deutlich: Verliert der Wolf die Scheu vor dem Menschen, muss gehandelt werden.

Gleiches gilt für einen Wolf, der sein Beutespektrum auf Haus- und Nutztiere ausgerichtet hat. Für solche Fälle brauchen wir qualifizierte Ansprechpartner im Land, die dann auch handlungsbefugt sind. Es mag sein, dass die Definition für solche Wölfe, sogenannte Problemwölfe, neu erarbeitet werden muss, aber das sollte dann von Fachleuten gemacht werden. Hierzu haben wir gute Erfahrungen mit dem Runden Tisch gemacht.

Für den SSW sage ich deutlich: Wölfe haben einen hohen Schutzstatus und unterliegen dem Artenschutz, und das ist auch richtig so. Daher ist es an uns, im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten die Voraussetzungen für ein Nebeneinander von Wolf und Mensch in unserer Kulturlandschaft zu schaffen, wie gesagt, dort, wo es möglich ist. Wolfsmanagement und der Runde Tisch sind hierfür bestens geeignete Instrumente, und wir sollten diese wirklich weiter stärken.

**(Flemming Meyer)**

Deshalb unterstütze ich ausdrücklich die Anregung von Sandra Redmann, dass wir das Thema durch eine Anhörung vertiefen sollten. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Oliver Kumbartzky [FDP])

**Präsident Klaus Schlie:**

Zu einem Dreiminutenbeitrag hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch das Wort.

**Volker Schnurrbusch [AfD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Verbliebene Gäste! Vielen Dank, Herr Meyer, für den sehr sachlichen Beitrag -, auch dafür, dass Sie die Gefahr des Wolfs für den Menschen herausgestellt haben. Wenn wir das sagen, ist es populistische Angstmacherei, wenn Sie das sagen, hat es Hand und Fuß. Vielen Dank dafür.

(Beifall AfD - Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde schon, dass erstaunlich ist. Die Debatte zeigt einiges sehr deutlich. Liebe Frau Fritzen, Sie schließen hier die Augen und sagen, nun ja, es sei auch ein Hunderiss dabei gewesen. Das war einer von 45 potenziellen Wolfrissen. Das ist doch die pure Ignoranz. Damit verschließen Sie die Augen vor einem Problem. Das ist pure Ideologie statt Pragmatismus.

Ich habe auch in meinem Beitrag ganz klar gesagt: Wir wollen den Wolf hier nicht ausrotten, wir wollen ihn nicht pauschal bejagen, sondern wir wollen ihn in das Jagdrecht aufnehmen. Offenbar hat ja die FDP eine ähnliche Meinung.

Darüber, was es bedeutet, nicht entschädigt zu werden, können Sie einmal mit den Leuten sprechen. Ich habe das getan, und ich verwahre mich dagegen, dass Sie das als Ammenmärchen abtun. Ich kann Ihnen gern die Handynummer des Züchters geben. Er kann Ihnen auch die Fotos des gerissenen Kalbs zeigen. Er wartet bis heute.

(Zuruf Sandra Redmann [SPD])

Das, was Sie hier betreiben, bedeutet wirklich: Augen zu und durch! Der Wolf ist heilig!

(Beifall AfD - Zuruf Sandra Redmann [SPD])

- Ich habe nicht gesagt, dass der Wolf pauschal bejagt werden soll. Darum geht es nicht. Es geht um die Sache. Unser Antrag wird - Frau Redmann hat

es ganz deutlich gemacht - nur abgelehnt, weil er von uns kommt.

(Beifall AfD)

Der Gegenantrag ist völlig substanzlos. Darin steht nichts, was neu ist. Darin steht nur, was es sowieso schon gibt. Das haben wir auch gar nicht infrage gestellt. Im Gegenantrag der „Jamaikaner“ ist von Kriterien die Rede. Nach irgendwelchen Kriterien soll der Wolf entnommen werden können. Nach welchen Kriterien denn? Wir haben von wissenschaftlicher Grundlage gesprochen. Das wird aber auch lächerlich gemacht. Natürlich können Wissenschaftler unterscheiden, ob der Wolf in Lauenburg oder auf Eiderstedt gesichtet wird. Dazu sind Wissenschaftler da. Das stellen Sie hier einfach infrage. Sie verschließen die Augen und lassen die Landwirte und Tierhalter im Regen stehen. So ist das!

Wir haben das ganz klar ausgeführt, und, Frau Redmann, wir haben das auch auf fachlicher Grundlage getan. Wir haben uns mit dem Weltjagdverband und mit Landwirten auseinandergesetzt. Das ist kein Schnellschuss, wie Sie es gesagt haben, Herr Kumbartzky. Das ist eine ganz ernste Sache. Nur Jamaika hat eben nicht die ... in der Hose, um das selbst zu machen. Das ist ganz klar.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Was haben wir nicht?)

- Sie haben nicht den Mut, das selbst zu machen. Deswegen müssen wir es machen.

Ich bitte um Überweisung.

(Beifall AfD)

**Präsident Klaus Schlie:**

Zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Sandra Redmann das Wort.

**Sandra Redmann [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Beitrag hat wieder gezeigt: Es geht Ihnen nur um eines, es geht Ihnen nur um Populismus, um nichts anderes.

(Claus Schaffer [AfD]: Dann haben Sie nicht zugehört!)

- Jetzt hören Sie mir einmal zu! - Die Begriffe gehen alle durcheinander. Sie wollen einfach nur für Unruhe sorgen. Das ist genau das, was Sie wollen. Das ist in der Diskussion wenig hilfreich. Ich finde, es gab eine wirklich gute Diskussion, obwohl wir in

(Sandra Redmann)

vielen Bereichen unterschiedlicher Auffassung sind.

0,02 % aller toten Schafe - insgesamt! - gehen auf Wolfsrisse zurück.

(Zuruf Jörg Nobis [AfD])

- Doch. Diese Zahl stimmt; sie ist fachlich richtig.

Nun kommen wir einmal zu Ihrem Antrag. Fangen wir mit Punkt 1 an. Ich sage Ihnen: Lesen Sie mal richtig! Bundesweit gibt es bereits gültige Kriterien. Das weiß auch jeder außer Ihnen. Gucken Sie da mal rein, schreiben Sie die mal auf, lesen Sie das mal durch! Dann wissen Sie, worum es geht.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Es gibt doch ein Monitoring!)

Punkt 2: Um den Erhalt des Wolfes sicherzustellen, sollen wissenschaftliche Standards mit einer Obergrenze blablabla. Darüber hinausgehende Tiere seien durch Schutzjagden zu entnehmen. Erst einmal: Es geht hier gar nicht um den Erhalt, sondern um die Sicherstellung des günstigen Erhaltungszustands, und die nötige Mindestpopulationsgröße ist noch gar nicht erreicht. Erst danach kann man sich über Bestandsbegrenzung unterhalten und darüber diskutieren, aber doch nicht mit Schutzjagd. Was reden Sie denn da für einen Quatsch?

Dann kommen Sie auf den Erhaltungszustand und die Überführung aus der FFH-Richtlinie Anhang II und IV in Anhang V. Erst einmal kann man kein Wolfsvorkommen von einer Richtlinie in die andere schieben, sondern Sie können das nur mit einer Art. Lernen Sie erst einmal, Begrifflichkeiten aufzuschreiben, dann können wir uns über Ihre Punkte einmal fachlich unterhalten.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt FDP)

Außerdem gilt für die Arten in den jeweiligen Kategorien die gleiche Schutzbestimmung. Das ist also gar nicht notwendig, was Sie da geschrieben haben. Das ist reine Show, und um nichts anderes ging es Ihnen. Das ist nicht fachlich. Ich entschuldige mich schon im Vorwege dafür: Das ist Mist.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, Jan Philipp Albrecht.

**Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Wie Ihnen allen bekannt ist, registrieren wir seit Anfang Mai vermehrt Zwischenfälle im Rahmen der Nutztiere, die durch Wölfe verletzt oder getötet werden. Bestätigt werden für 2018 bereits 30 Risse von Nutztieren im Land.

Wie unsere Untersuchungen gezeigt haben, sind die Auslöser dieser Zwischenfälle überwiegend Jungwölfe, die im Jahr 2017 in der Nähe der dänischen Kleinstadt Ulfborg geboren wurden. Diese Tiere haben sich offenbar auf der Suche nach eigenen Territorien und möglicherweise Partnern von ihrem Heimatrudel getrennt, und zumindest einige Nachkommen aus diesem Rudel halten sich derzeit in Schleswig-Holstein auf. Aufgrund der besonderen Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit der Weidehaltung stellt sich die Situation auf der Halbinsel Eiderstedt als besonders schwerwiegend dar. Aufgrund der hier häufig praktizierten zaunfreien Beweidung und des vergleichsweise geringen Wildtierbestandes sind aber in diesem Bereich Nutztiere besonders durch Wölfe gefährdet. Für die Tierhalter, insbesondere für die Schafhalter, die sich um ihre Tiere und ihre Wirtschaftsgrundlage sorgen, ist dies eine äußerst schwerwiegende Belastung.

Für mich ist klar, dass es hier möglichst zügige und unbürokratische Maßnahmen braucht, um die Situation unter Kontrolle zu behalten. Deshalb ist klar: Wir werden die Tierhalter hierbei nicht alleinlassen. Deshalb steht der richtige Umgang mit dem Wolf ganz oben auf der Agenda. Praktisch als erste Amtshandlung habe ich daher die Eiderstedter Schafhalter bereits für heute zu Gesprächen eingeladen,

(Beifall FDP, SSW, vereinzelt CDU, SPD und AfD)

um mit ihnen gemeinsam Lösungen für die dortige Lage zu besprechen. Die bereits im Rahmen des Pilotprojekts begonnenen Maßnahmen zum besseren Schutz der Nutztiere sowie der Kontrolle von Wolfsaktivitäten bieten dabei eine gute Ausgangsbasis, auf der wir aufbauen können.

Auch das in Schleswig-Holstein etablierte Wolfsmanagement gilt bereits jetzt bundesweit als Vorzeigemodell. Dieses müssen wir nun konsequent und kontinuierlich an die sich verändernde Lage anpassen. Wir haben daher für 2018 die Ansätze für das Wolfsmanagement auf 250.000 € erhöht.

**(Minister Jan Philipp Albrecht)**

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Kai Vogel [SPD])

Ich möchte mich an dieser Stelle ebenso wie viele meiner Vorredner bei den überwiegend ehrenamtlich tätigen Wolfsbetreuerinnen und Wolfsbetreuern bedanken, denn ohne deren zuverlässige Arbeit lassen sich die Anforderungen im Rahmen des Wolfsmanagements gegenwärtig nicht bewältigen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag sowohl für den Artenschutz als auch für die durch Wolfsvorfälle geschädigten Nutztierhalter. Auch auf das Treffen mit ihnen im Oktober freue ich mich.

Ebenso möchte ich aber auch jene Tierhalter hervorheben, die immer wieder Wolfsrisse zu beklagen haben und ihrerseits mit großem Engagement ihren Beitrag dazu leisten, dass sich diese Vorkommnisse nicht wiederholen,

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und SSW)

denn sie sehen sich häufig als Erste mit der Aufgabe konfrontiert, den Artenschutz des hierzulande noch immer vom Aussterben bedrohten Wolfs zu achten und gleichzeitig ihre Tiere vor ihm zu schützen. Ihnen gebührt unser aller Anerkennung. Jeder versteht, dass diese Situation häufig bis an die Schmerzgrenze geht.

Im Ernstfall bietet aber bereits die geltende Rechtslage Wege und Möglichkeiten, auch die Entnahme eines Wolfs vorzunehmen. Grundlage für die Entscheidung über eine solche Entnahme sind die bundesweit einheitlichen Anforderungen des Bundesnaturschutzgesetzes. Da es in vielen Fällen bisher keine ausreichenden Hinweise zum Umgang mit auffälligen Wölfen gegeben hat, wurde das Bundesumweltministerium im November 2017 durch die Umweltministerkonferenz aufgefordert, diese zu erarbeiten. Das Ergebnis der Beratungen soll im Rahmen der nächsten Umweltministerkonferenz im November dieses Jahres in Bremen diskutiert werden. So werden wir hoffentlich zügig weitere Klarheit über den Umgang mit auffälligen Wölfen schaffen können.

Klar ist darüber hinaus aber auch: Wenn es uns gelingt, den Artenschutz so konsequent fortzuführen, wie das EU-Recht es uns aus guten Gründen auch für den Wolf auferlegt, dann kann es ebenso gelingen, einen von der FFH-Richtlinie detailliert beschriebenen günstigen Erhaltungszustand zu errei-

chen und damit auch die Unterstellung des Wolfs unter das Jagdrecht in Betracht zu ziehen.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Bis dahin aber, meine Damen und Herren, ist es durchaus noch ein weiter Weg. Zunächst wird der genaue Zustand der Populationsgröße nicht nur hierzulande zu beschreiben sein. Wir müssen die erkennbar positive Entwicklung der Rudelgröße und Anfälle in Einklang mit unseren Erwartungen an den Artenschutz bringen. Eine auf Fakten basierende Einschätzung wird uns dabei helfen, in der Debatte keine falschen Hoffnungen bei den betroffenen Tierhaltern zu schüren, die nur enttäuscht werden können. Dafür braucht es auch hier die einhellig geforderte ständige Anpassung des Wolfsmanagements an die sich verändernde Situation, ein verbessertes Monitoring und Schutzmaßnahmen, die unter den entsprechenden Bedingungen wirksam und machbar sind. Genau hierzu arbeitet die Landesregierung, und hierzu sieht der Antrag der Regierungsfractionen die richtigen Lösungsansätze vor. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP, SSW und vereinzelt SPD)

**Präsident Klaus Schlie:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/890 sowie den Alternativantrag Drucksache 19/917 an den Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen.

(Zurufe)

- Ich kann nur das zur Abstimmung bringen, was beantragt worden ist, und nicht das, was Wunsch von einzelnen Fraktionen ist. Das tut mir leid. Das ist nun einmal beantragt worden. Deshalb lasse ich auch darüber abstimmen.

(Wortmeldung Birgit Herdejürgen [SPD])

- Bitte, Frau Abgeordnete, zur Geschäftsordnung.

**Birgit Herdejürgen [SPD]:**

Ich bitte darum, dass Sie über die Überweisung beider Anträge getrennt abstimmen lassen.

**Präsident Klaus Schlie:**

Das können wir gern machen. - Ich lasse darüber abstimmen, ob der Antrag Drucksache 19/890 an den Umwelt- und Agrarausschuss überwiesen wird. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um sein

**(Präsident Klaus Schlie)**

Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? - Das sind alle anderen Fraktionen. Damit ist die Überweisung abgelehnt.

Es ist weiter beantragt worden, dass der Alternativantrag Drucksache 19/917 an den Umwelt- und Agrarausschuss überwiesen wird. Wer dafür ist, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? - Das sind alle anderen Fraktionen. Damit ist auch das abgelehnt.

So ganz habe ich den Unterschied zu meinem Abstimmungsverfahren nicht begriffen, aber das liegt wahrscheinlich an mir.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache. Ich lasse zunächst in der Sache über den Antrag der Fraktion der AfD-Fraktion, Drucksache 19/890, abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse dann abstimmen über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/917. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die Fraktionen von FDP und CDU. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der AfD. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 25 auf:

**Den Fährhafen in Puttgarden gleichberechtigt anbinden**

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 19/893

**Planfeststellung der festen Fehmarnbelt-Querung zügig weiterführen**

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP  
Drucksache 19/927

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Kai Vogel.

**Kai Vogel [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte drei Gäste! Als ich mit meiner Familie in der Sommerpause über den Storebelt in Richtung Kopenhagen gefahren bin, wurde mir wieder bewusst, wie wichtig gute, schnelle und sichere Verbindungen über Meerengen sind.

(Beifall SPD und FDP)

Die feste Fehmarnbelt-Querung bei uns soll eine ebenso schnelle und verlässliche Verbindung werden.

Auch die jetzige Querung mit der Fähre von Puttgarden nach Rødby ist eine gute und verlässliche Verbindung. Ich höre von keinem noch so engagierten Befürworter der festen Fehmarnbelt-Querung, dass man die Fährverbindung plattmachen solle. Nein, stets heißt es: Ein sinnvolles Miteinander beider Verbindungen sei die beste Lösung. Daher darf es nicht unser Interesse sein, dass der einzige Konkurrent mit bewusst gewählten Wettbewerbsnachteilen aus dem Markt gedrängt werden soll. Sehr oft haben wir hier schon über das Thema der langsamen Planungsprozesse gesprochen. Wenn allerdings etwas Planungsprozesse verzögert, dann sind es berechnete Klagen gegen Planfeststellungsbeschlüsse.

Unser Interesse sollte daher sein, dass so gut wie alle angedrohten Klagen bereits im Vorfeld aus dem Weg geräumt und konstruktive Gespräche geführt werden, damit das Planfeststellungsverfahren schnellstmöglich abgeschlossen werden kann.

Im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens der festen Fehmarnbelt-Querung sind bereits mehrere Klagen angedroht worden. Die Stadt Fehmarn und die Firma Scandlines haben angekündigt, gegen die geplante Fährzufahrt in der Art und Weise, wie sie laut Planfeststellungsbeschluss geplant ist, vor Gericht zu ziehen. Die Stadt und Scandlines beklagen, dass sie durch den Bau des Tunnels bewusst eine deutlich schlechtere Anbindung erhalten, als sie bisher haben.

Auch wenn ich kein Jurist bin, denke ich, dass diese Klage erfolgreich sein wird und die Planungen damit deutlich verzögert. Es ist doch naiv, davon auszugehen, dass ein Unternehmen mit EU-Beihilfen unterstützt ein anderes aus dem Markt drängen darf. Damit dies dann auch sicher passiert, wird die jetzige gute Zufahrt in eine unattraktive umgebaut. Mehr Wettbewerbsnachteil geht kaum, und dies wird kein Gericht tolerieren.

(Beifall SPD)

**(Kai Vogel)**

Da bin ich immer ehrlich, auch Scandlines gegenüber. Ob eine gleichberechtigte Anbindung der Fähre zu einem dauerhaften Erhalt dieser Fährverbindung führen wird, weiß ich nicht, das weiß wirklich niemand. Sollte aber später einmal eine Nachnutzung notwendig sein, sollten die Zufahrten auf alle Fälle so geplant werden, dass zum Beispiel andere Fährverbindungen, beispielsweise Frachtverbindungen, dort möglich sind. Passiert das nicht, gehen viele wichtige Arbeitsplätze dort garantiert verloren. Die Fährverbindung ist auf Fehmarn einer der wichtigsten Arbeitgeber mit circa 700 Arbeitsplätzen, die mit dem Fährbereich einhergehen. Hier sollte unser Blick in einer durchaus strukturschwachen Gegend ganz besonders dem Erhalt der Arbeitsplätze gelten.

Wenn die Landesregierung ein Interesse an einem schnellen Planfeststellungsbeschluss haben sollte, muss eine Einigung mit allen, die Klagen angedroht haben, gesucht werden. Wenn der Minister nachher darlegen sollte, dass er die Gespräche auf einem guten Wege zu einer Lösung sehe, so weiß ich aber, dass Scandlines dies absolut anders beurteilt und die Gespräche in der Sache nicht konstruktiv eingeschätzt werden.

Was muss nun geschehen? - Die Trassen zur Fähre und zum Tunnel müssen ohne Kreuzungen, wie angedacht, ohne viele Kurven und Ampelregelungen verlaufen - eben gleichberechtigt, nicht nur zum Tunnel, sondern auch zur Fähre. Die jetzige Planung sieht das genau zugunsten des Tunnels und zuungunsten der Fähre vor. Die Zufahrt zur B 207 muss eine normale Zufahrt wie zu einer Bundesstraße sein, wie wir sie hier zum Beispiel in Kiel zur B 76 kennen, und nicht eine, die über viele Unsäglichkeiten erst zu dieser Straße führt, und wenn die Fähre ankommt, die Autobahn voll ist und es zu Staus auf der Fähre kommt, wenn man sie verlassen möchte.

Diese Regelungen von und zu der Fähre finden wir nicht vermessen. Vermessen wäre, wenn Femern A/S bewusst alles optimal und Scandlines bewusst alles suboptimal erhält. Wenn die Landesregierung ein Interesse an einem schnellen Abschluss des Planfeststellungsverfahrens und damit an einer schnellen Realisierung der festen Fehmarnbelt-Querung haben sollte, muss sie sich unserer Forderung nach einer gleichberechtigten Anbindung für die Fährverbindung anschließen.

(Beifall SPD)

Jetzt haben wir heute Ihren Antrag bekommen. Ich finde es bemerkenswert, wie es Ihnen gelungen ist,

ein Nichts in einem Antrag zu formulieren. Sie legen dort dar, dass es ein Planfeststellungsverfahren gibt und dass es in diesem Planfeststellungsverfahren - das ist die einzige Aussage - bereits eine vernünftige Anbindung des Fährhafens Richtung Puttgarden gebe.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum letzten Satz.

**Kai Vogel [SPD]:**

Sprechen Sie einmal mit den Vertretern von Scandlines! Die beurteilen das ganz anders. - Ich komme sofort zum Schluss, Herr Präsident. Das heißt für mich: Sie haben definitiv kein Interesse daran, dass es eine gleichberechtigte Anbindung gibt, Sie haben nur ein Interesse, dass Femern A/S dort in den Vordergrund gedrängt wird. - Vielen lieben Dank.

(Beifall SPD)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Peer Knöfler.

**Peer Knöfler [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich denke, ich lehne mich nicht zu weit aus dem Fenster, wenn ich sage, dass mein Wahlkreis Ostholstein-Nord zu einem der schönsten Flecken dieser Erde gehört.

(Beifall AfD)

Das sehen nicht nur wir Einwohner so, das bestätigen auch die zahlreichen Urlauber, die jedes Jahr zu uns kommen. Das beweisen auch die ständig wachsenden Übernachtungszahlen. Mein Wahlkreis ist eine wunderschöne Urlaubsregion an der Vogelfluglinie. Wenn Sie jetzt Vogelfluglinie hören, haben Sie sicherlich auch Bilder im Kopf. Seit dem Bau und der Eröffnung der Fehmarnsundbrücke 1963 verbindet man mit der Vogelfluglinie die direkte Bahn- und Straßenverbindung zwischen den Großräumen Kopenhagen und Hamburg. Der Fährlinienbetreiber Scandlines schafft die Verbindung zu Dänemark durch den Fehmarnbelt. Da sind sie: Bilder von Luftaufnahmen der Scandlines-Fähren auf hoher See bei strahlend blauem Himmel. Links im Bild liegt Deutschland und rechts Dänemark, nicht so weit entfernt. Einfach eine Fähre im Hafen, das Hafengelände mit Autos und Lkw in Wartepo-

**(Peer Knöfler)**

sition, dazwischen Mitarbeiter in Warnfarben gekleidet, die in minutiöser logistischer Einweisungskunst bei Wind und Wetter die Fähren be- und entladen. Der angrenzende BorderShop lädt zum Einkaufen ein.

Damit all diese Bilder mit Leben gefüllt werden können, brauchen wir tatkräftiges Personal, das dort tagtäglich beschäftigt ist. Es sind alles Menschen weitgehend aus meinem Wahlkreis.

Jetzt gibt es diesen Staatsvertrag, der besagt, dass eine Querung des Fehmarnbelt bald nicht nur durch Scandlines-Fähren möglich ist. Dass das Unruhe, Skepsis und Ängste in der Bevölkerung hervorruft, ist nur verständlich. Die CDU steht zur festen Fehmarnbelt-Querung. Wer aber mich fragt, dem sage ich: Ich persönlich brauche dieses Bauvorhaben direkt vor meiner Haustür nicht. Aber sicherlich werde ich auch nach Fertigstellung der Fehmarnbelt-Querung davon profitieren, zum Beispiel dadurch, dass ich schneller in meiner Lieblingsurlandschaft, Schweden, bin, sofern ich den Tunnel nutze.

Aber der Staatsvertrag ist unterzeichnet, und es ist unser aller Aufgabe, dieses Bauvorhaben für alle Beteiligten erträglich zu machen, alle Beteiligten ins Boot zu holen und für alle Beteiligten das Bestmögliche zu bewirken. Das tun wir bereits. Mehr als einmal haben wir Gespräche vor Ort mit den betroffenen Gemeinden der Stadt Fehmarn und mit der Geschäftsführung von Scandlines geführt, zuletzt vor drei Wochen. Diese Gespräche enden immer mit einer Grundeinigkeit im Wissen, dass wir in die gleiche Richtung streben.

Ihr Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, ist schön und gut, aber sehr einseitig und unterstützt in erster Linie nur den wirtschaftlichen Faktor Scandlines, weil Sie damit bewirken, dass das laufende Planfeststellungsverfahren noch weiter verzögert wird. Dadurch entstehen Kosten, getragen von Steuergeldern.

Sicherlich ist es immer besser, sich außergerichtlich zu einigen, aber wie Sie in Ihrem Antrag selbst anmerken, gibt es mehrere Interessengruppen, die bereits jetzt Klagen angekündigt haben. Außerdem, liebe SPD, wird es Ihnen nicht entgangen sein, dass Scandlines in diesem Jahr an ein Konsortium verkauft worden ist und dass man davon ausgehen kann, dass auch Scandlines sein Recht auf Klage so oder so wahrnehmen wird.

Aus diesem Grund plädiere ich für die Ablehnung Ihres Antrags und um Zustimmung zu unserem Antrag. Das Ministerium arbeitet weiterhin an ganz-

heitlichen Lösungsansätzen für alle Beteiligten und Betroffenen vor meiner Haustür. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze.

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich mache aus meinem Herzen keine Mördergrube. Wir sind keine großen Fans der festen Fehmarnbelt-Querung, wie man sicherlich weiß, aber wir haben einen Koalitionsvertrag verabschiedet, übrigens auch schon in der Vorgängerregierung, der besagt, dass die Koalitionspartner diese Querung bauen. In dem jetzigen Koalitionsvertrag haben wir verhandelt, dass wir vernünftig die Anbindung des Fährhafens Scandlines gewährleisten wollen.

(Beifall CDU und FDP)

Das ist zunächst einmal ein Aspekt, der zwischen den Regierungspartnern so abgestimmt ist. Ich erinnere daran - Herr Kollege Vogel, Sie waren ja dabei -, dass im Wirtschaftsausschuss, dessen Vorsitzender ich ja bin, eine sehr ausgiebige Diskussion darüber stattgefunden hat. Es ist ja immer so, dass Gespräche, die intern geführt werden, dann am Ende öffentlich geführt werden und noch einmal in den Ausschuss kommen. Ich konnte in der Ausschusssitzung zumindest mitbekommen, dass man zum einen Teil, zur Hälfte, sehr zufrieden ist, nämlich mit der Anbindung des Nordens an den Fährhafen, im Süden aber halt nicht, weil dort die Abfahrt - das haben wir alles erlebt - in einem 90-Grad-Winkel noch einmal eine Querung hat, die gerade bei der Abwicklung der Lkw und so weiter Zeit kostet.

Vertreter von Scandlines haben noch einmal deutlich gemacht, dass ihr großes Interesse eine schnelle Abwicklung und geringe Wartezeiten sind. Sie haben auch darauf hingewiesen, dass dies ein Qualitätsmerkmal sei, mit dem sie für ihre Fährverbindung werben.

Es wurde dann gefragt - das ist ja immer so eine Frage -: Kann man das jetzt noch im Planfeststellungsverfahren heilen? Ferner A/S ist ja ein Planfeststellungsbeschluss vorgelegt worden. Wissen Sie, was da passiert? Als Grüner würde ich einfach sagen: Dann heilen wir das doch jetzt. Aber dann dauert es vielleicht noch einmal 20 Jahre. Deshalb



**(Dr. Andreas Tietze)**

haben die Kollegen die Auffassung vertreten: Nein, das wird nicht zur Rücknahme des Planfeststellungsbeschlusses führen.

Deshalb müssen Sie als SPD hier auch einmal sagen, ob Sie das wollen. Wollen Sie die Planfeststellung wirklich aufhalten? Das wäre ja einmal eine Position, die ich hier im Landtag mit Interesse hören würde. Wenn ja, dann sage ich nur: Willkommen im Kreise der Belt-Gegner! Das habe ich aber so von Ihnen nicht vernommen. Es geht in dem Verfahren vielmehr darum, ob wir beim jetzigen Verfahrensstand einen Weg finden. Dazu hat der Minister gesagt: Ja, den werden wir finden, weil wir uns der Koalitionsvereinbarung, die Anbindung des Fährhafens vernünftig zu regeln, verpflichtet fühlen. - Das war eine sehr deutliche Aussage. Das finde ich auch absolut richtig.

Jetzt kann man natürlich darüber spekulieren, ob das noch weiterhin ein erfolgreiches Konzept ist und ob der Fährhafen weiterhin angenommen wird. Ich glaube das. Ich weiß aber auch, dass es viele Trucker und Lkw-Fahrer gibt, die sagen: Ich fahre lieber durch den Tunnel, denn ich kann dann ein Trucker-Frühstück bekommen, kann noch einmal duschen, habe noch einmal 40 Minuten weniger auf der Uhr, für mich ist das interessant.

Es gibt übrigens auch Menschen, die eine Tunnelphobie haben; die fahren nicht gerne durch einen Tunnel, die freuen sich darauf, mit ihren Wohnmobilen und ihren Kindern auf einer Fähre zu fahren. Ob das also ein Geschäftsmodell ist, das haben nicht wir zu bewerten, sondern das hat der Markt zu bewerten. Wenn der Markt das weiterhin annimmt - Scandlines geht davon aus, dass der Markt das annimmt -, dann hat man das zunächst einmal dem Markt zu überlassen. Diesen Markt sollten wir nicht einschränken.

(Beifall Lukas Kilian [CDU] - Martin Habersaat [SPD]: Das hätte ich nicht besser formulieren können!)

Ich habe hier ein bisschen zum Markt gesagt, weil ich das in diesem Falle für richtig halte. Warum sollen wir den Markt einschränken? Das wäre im Übrigen auch hochgefährlich. Wir haben in der EU ein Wettbewerbsrecht. Die Europäische Union ist bei ihrer Geburt eine Wirtschaftsunion gewesen. Dort würde man es nicht witzig finden, wenn Wettbewerbsrechte von Unternehmen eingeschränkt würden. Darauf haben die einen großen Blick. Wenn man einem Bewerber die Marktsituation, die er jetzt komfortabel hat, abschneidet, dann wäre das nach meiner Auffassung rechtlich hochgradig frag-

würdig. Wenn der betroffene Betreiber den Klageweg nutzt, dann hat er dazu ein gutes Recht; denn er sagt: Hier werde ich aus dem Wettbewerb gekickt, das ist gar nicht witzig, ich habe ein Anrecht darauf, das vor dem Europäischen Gerichtshof klären zu lassen und von dort einen entsprechenden Rechtsschutz zu bekommen.

Wir sind jetzt in einem Verfahren, bei dem ich den Eindruck habe, dass die Anbindung des Fährhafens in Puttgarden vernünftig geregelt werden wird. Ob der Tunnel kommen wird, wissen wir ja auch noch nicht. Insofern sind wir in einer Situation, in der wir zunächst - um das einmal salomonisch zu sagen - in einem Verfahren mitbekommen haben, in dem Scandlines sagt: Wir haben uns mit unserem Anliegen im Wirtschaftsausschuss noch einmal sehr deutlich an die Politik gewandt.

Scandlines hatte im Ausschuss jedenfalls nicht den Eindruck, dass wir sie nicht ernst nehmen oder dass sie nicht gehört werden. Das hat uns der Staatssekretär bestätigt.

Insofern gibt es keinen Grund für diesen Antrag, den Sie hier heute stellen. Es sei denn - das würde mich dann doch interessieren - Sie ändern Ihre Position zur Fehmarnbelt-Querung. Aber dazu, lieber Herr Kollege Vogel, haben Sie hier und heute nichts gesagt. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Kay Richert.

**Kay Richert [FDP]:**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Eigentlich ist die Sache doch eindeutig. Es gibt einen Staatsvertrag zwischen Deutschland und Dänemark zum Bau der festen Fehmarnbelt-Querung und der entsprechenden Hinterlandanbindung. Pacta sunt servanda: An diesen Vertrag sollten wir uns natürlich halten.

Der Anschluss des Fährhafens Puttgarden wird dabei selbstverständlich auch vernünftig geregelt. Das steht nicht nur im Koalitionsvertrag und wird deshalb natürlich so gehandhabt, sondern das haben wir auch schon im Wirtschaftsausschuss thematisiert. Ich hatte nicht das Gefühl, dass die Firma Scandlines insoweit gegenteiliger Ansicht war.

**(Kay Richert)**

Die Planung für die Fehmarnbelt-Querung zieht sich nun leider schon über sehr viele Jahre hin. Jetzt aber ist ein wichtiger Meilenstein in Sicht. Das ist der lang herbeigesehnte Planfeststellungsbeschluss, den wir hoffentlich bis zum Jahresende erreichen werden. Der Baubeginn wird dann ein ganzes Stück näher rücken, auch wenn zunächst mit dem Beklagen des Beschlusses zu rechnen sein wird, wahrscheinlich auch durch die Reederei Scandlines. Das klang hier ja schon an. Dass der Reederei Scandlines der Tunnel nicht gefällt, ist ja kein Geheimnis. Das ist ja auch ganz logisch; denn der Fährverkehr muss sich nach der Fertigstellung des Tunnels, von dem ich überzeugt bin, dass er kommt, im Wettbewerb behaupten. Insofern ist ganz klar, dass Scandlines mit allen Mitteln versuchen wird, den Tunnelbau zu verzögern. Denn jeder Tag ohne Tunnel bedeutet einen weiteren Tag ohne konkurrierenden Verkehrsträger.

Meine Damen und Herren, mit dem vorliegenden Antrag versucht die SPD meiner Auffassung nach erneut, sich die Klagewilligkeit der Projektgegner zunutze zu machen, um die Fehmarnbelt-Querung und das zügige Vorankommen weiter zu sabotieren. Das Anliegen Ihres Antrags würde doch nichts anderes bedeuten, als dass es zu einer weiteren Verzögerung der Planfeststellung und damit des gesamten Projekts kommen würde. Parallel zur Planfeststellung zu schließende Verträge mit Dritten würden doch genau das erreichen. Sie würden in Wahrheit das laufende Verfahren zerschießen. Das kann doch nicht Ihr Ziel sein, liebe SPD.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung der Frau Abgeordneten Metzner?

**Kay Richert [FDP]:**

Sehr gerne.

**Kerstin Metzner [SPD]:** Ich wollte einmal nachfragen, ob Ihnen bekannt ist, dass die Einwendungen von Scandlines schon in der ersten Runde vorgebracht worden sind und nicht erst nach den beiden Planänderungen. Von daher ist ihr eine bewusste Verzögerung in diesem Stadium gar nicht nachzusagen, weil diese Einwendungen ja schon seit Jahren bekannt sind. Durch die Femern A/S ist ja auch nichts geändert worden. Ich meine deshalb, wir müssen hier einmal vorbringen dürfen, dass dies jetzt keine bewusste Verzö-

gerung zu diesem Zeitpunkt ist, sondern dass es darum geht, einen Zustand, der bisher nicht sehr klar herausgestellt worden ist, noch einmal anzusprechen, weil wir hier auf ein faires Verfahren drängen.

- War das eine Bemerkung oder eine Frage?

- Ich wollte wissen, ob Ihnen bekannt ist, dass es von vornherein schon diese Einwendungen gab und dass das schon in zwei Planverfahren hätte geändert werden können. Somit ist nicht zu diesem Zeitpunkt beabsichtigt, das Planverfahren zu verlängern.

- Es gibt ja während eines Planverfahrens, wie bei jedem anderen Verfahren auch, eine Anhörung der Beteiligten. Dies kennen wir zum Beispiel auch aus dem Gesetzgebungsverfahren. Das bedeutet ja nicht, dass alle Einwendungen, die gemacht werden, auch ihren Niederschlag im Endwerk finden. Vielmehr wägen wir die verschiedenen Einwendungen gegeneinander ab. Dies hat auch hier stattgefunden.

Nichtsdestotrotz - das entspricht ja unserem Rechtsprinzip - hat derjenige, dessen Einwendungen nicht berücksichtigt worden sind, nachher noch einmal die Möglichkeit, das Ganze gerichtlich kontrollieren zu lassen. Das wird Scandlines ja auch tun. Aber das alles ist ja unabhängig davon, dass Sie hier versuchen wollen, auf eine andere Art und Weise Sand ins Getriebe zu streuen.

(Beifall FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Es gibt den Wunsch nach einer weiteren Frage. Herr Abgeordneter, gestatten Sie diese?

**Kay Richert [FDP]:**

Ja.

**Kerstin Metzner [SPD]:** Es gibt noch keinen Planfeststellungsbeschluss. Die Abwägung findet noch statt. Unser Anliegen ist es eben, dass im Vorfeld dieser Abwägung ein Gerichtsverfahren verhindert oder zumindest unwahrscheinlich wird. Genau deswegen haben wir diesen Antrag gestellt. Darauf wollte ich noch einmal hinweisen. Vielleicht ist das in der Reihenfolge richtiger. Der Planfeststellungsbeschluss ist ja noch nicht raus. Es gibt noch die Möglichkeit, darauf Einfluss zu nehmen. Genau das ist unser Anliegen. - Vielen Dank.

**(Kay Richert)**

- Frau Kollegin, Sie haben doch darauf hingewiesen, dass es diese Einwände schon länger gibt. Die Abwägung hat bereits stattgefunden. Das Ergebnis der Abwägung hat auch im Planfeststellungsverfahren seinen Niederschlag gefunden; davon gehe ich jedenfalls fest aus. Ich verstehe deshalb nicht, wie so uns Ihr Antrag jetzt noch nach vorne bringen soll. Ich denke eher, dass er uns bremst.

**Präsident Klaus Schlie:**

Jetzt geht es weiter mit der Rede.

**Kay Richert [FDP]:**

Jawohl. - Ich erinnere mich noch gut an die Sitzung im Wirtschaftsausschuss. Da war von Verzögerung vonseiten der SPD überhaupt noch gar keine Rede. Da hat der Kollege Vogel nämlich noch gesagt, dass sich die SPD den Planfeststellungsbeschluss bis zum Ende des Jahres erhofft.

Seien wir ehrlich, das klang hier eben zwischen den Zeilen durch: Die fundamentalen Tunnelgegner werden den Planfeststellungsbeschluss auf alle Fälle beklagen. Für diesen Fall ist es wichtig, dass die Planfeststellung gut und nachvollziehbar gemacht ist, und das ist jetzt gerade auf dem Weg.

Wir sollten deswegen besser auf die laufenden Gespräche zwischen Scandlines und der Landesregierung vertrauen. Minister Buchholz hat mehrfach bewiesen, dass er das Ganze in schwierigen Gemengelage souverän und mit gutem Ergebnis handeln kann.

(Beifall FDP)

Durch den SPD-Antrag wird mir immer unklarer, welche Position die SPD bei der Fehmarnbelt-Querung vertritt. Einerseits unterstützen Sie die Fehmarnbelt-Querung - das war auch in Ihrem Landtagswahlprogramm so zu lesen -, andererseits wird kontinuierlich versucht, das Ganze scheitern zu lassen.

(Widerspruch SPD)

Es ist ja auch kein Geheimnis, dass die eine oder andere Sozialdemokratin auf Fehmarn ihre Runden dreht und Stimmung gegen die Fehmarnbelt-Querung verbreitet.

(Sandra Redmann [SPD]: Das machen wir schon seit 20 Jahren!)

- Das macht es nicht besser.

(Sandra Redmann [SPD]: Doch!)

Verehrte Damen und Herren, die feste Fehmarnbelt-Querung ist ein europäisches Infrastrukturprojekt von besonderer Bedeutung. Durch die bessere und schnellere Vernetzung europäischer Transportwege werden Verkehre von der Straße auf die Schiene verlagert und damit die Wirtschaft gestärkt. Es werden viele Arbeitsplätze geschaffen, auch bei uns im Land. Es ist ein großes Europaprojekt, das die Menschen zwischen Spanien und Schweden buchstäblich enger zusammenbringt.

Wir unterstützen dieses Projekt daher selbstverständlich mit Herzblut und aus voller Überzeugung. Das sollten wir alle tun, anstatt hier ständig mit neuen Ideen von der Seite reinzuschießen. Ich bitte daher um Ihre Zustimmung.

(Beifall FDP und CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Fraktion der AfD hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch.

**Volker Schnurrbusch [AfD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! In einer detaillierten Diskussion im Wirtschaftsausschuss im Juni hat sich die Landesregierung zur grundsätzlichen Bedeutung des Fährhafens Puttgarden und zum weiteren Fährbetrieb durch die Firma Scandlines bekannt. Eine Einigung mit Scandlines dient nicht nur einer rechtssicheren Realisierung des Planfeststellungsverfahrens, sondern soll zugleich der wirtschaftlichen Bedeutung des Unternehmens in der Region Fehmarn und Ostholstein Nord Rechnung tragen. Wir werten dies als wichtiges positives Signal für den dauerhaften Erhalt von 600 Arbeitsplätzen in dieser wunderschönen Region.

In der Tat sind die wirtschaftlichen Perspektiven für den Fährbetrieb günstig und werden von den Verhandlungspartnern übereinstimmend positiv bewertet. Die nach einer Realisierung des Gesamtprojekts erwarteten Steigerungen des Verkehrsaufkommens werden auch nach Einschätzung von Scandlines zugunsten der Fährlinie ausfallen.

Im Rahmen der Anhörung wurde deutlich, dass bisher vor allem die Fahrzeugabfahrt aus den ankommenden Fähren in Fahrtrichtung Süden optimiert worden ist. Hinsichtlich der Frage, wie der von Süden kommende Fahrzeugverkehr Richtung Fährhafen gestaltet wird, gehen die Meinungen aber auseinander, weshalb die Verhandlungen auch nicht einvernehmlich abgeschlossen werden konnten.

**(Volker Schnurrbusch)**

Die SPD-Fraktion befürwortet in ihrem Antrag den Abschluss einer gesonderten vertraglichen Vereinbarung mit der Stadt Fehmarn und dem Fährlinienbetreiber, um eine gleichberechtigte Realisierung des Fährbetriebs sicherzustellen. Als AfD-Fraktion unterstützen wir das Projekt feste Fehmarnbelt-Querung und auch das Anliegen der gleichberechtigten Anbindung des Fährbetriebs. Wir halten deshalb den zügigen Fortgang des Planfeststellungsverfahrens für absolut vorrangig. Im Rahmen dieses Gesamtverfahrens stellt die dauerhafte Sicherung des Fährbetriebs eine wichtige Voraussetzung dar.

Aber Fakt ist auch, dass das Land Schleswig-Holstein hier nicht der unmittelbare Vorhabenträger ist und lediglich als Vermittler gegenüber dem eigentlichen Vorhabenträger, nämlich der Femern A/S, tätig wird. Die Rechtssicherheit einer vertraglichen Vereinbarung kann daher durch die Landesregierung direkt nicht sichergestellt werden.

Wir befürworten es daher, wenn die bisherigen Verhandlungen der Beteiligten fortgesetzt werden und eine endgültige Lösung gegebenenfalls im Rahmen einer Planänderung vor Fertigstellung realisiert wird. Die grundsätzliche Option eines solchen Vorgehens ist von der Landesregierung ausdrücklich betont worden und beruht zudem bereits auf einer schriftlichen Bestätigung der vorherigen Landesregierung. Auch der Fährlinienbetreiber hat gegenüber einem solchen Verfahren nach unserer Kenntnis keine Bedenken angemeldet.

Das heißt für uns, auch wenn wir das inhaltliche Anliegen des Antrags für absolut berechtigt halten, ist hier ein unmittelbares Tätigwerden des Landtags oder der Landesregierung nicht notwendig. Daher müssen wir den Antrag bei allem Verständnis für sein Ziel leider ablehnen, weil die Zuständigkeit nicht bei uns liegt. - Danke.

(Beifall AfD)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Seitdem wir über die Möglichkeit einer festen Fehmarnbelt-Querung sprechen, haben wir als SSW stets auf die bestehende gute Fährverbindung zwischen Puttgarden und Rødby hingewiesen. Puttgarden hat einen funktionierenden Hafen, und die Vogelfluglinie beschäftigt insgesamt 1.500

qualifizierte Menschen. Wir haben durchaus die Gefahr gesehen, dass dies alles verloren gehen kann, wenn die feste Fehmarnbelt-Querung kommt, und das haben wir immer angemahnt. Der Verlust des Wirtschaftsstandorts wäre für die Region Ostholstein ein Schlag ins Kontor.

Nachdem sich die Pläne der festen Querung weiter verdichtet haben und es schließlich zu einem entsprechenden Vertrag zwischen Dänemark und Deutschland gekommen ist, hat sich Scandlines trotzdem für die Fortsetzung des Fährbetriebs auf der Vogelfluglinie ausgesprochen.

(Beifall Kay Richert [FDP])

Anstatt also den Fährbetrieb langsam auslaufen zu lassen, ist Scandlines sogar einen Schritt weitergegangen, indem sie in eine Hybrid-Technologie bei den Fähren investiert haben. Seit 2013 fahren ihre Fähren auf der Strecke mit einer modernen und umweltfreundlichen Technologie.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Man muss sich das einmal vorstellen: Da treffen Dänemark und Deutschland die Vereinbarung, eine feste Querung zu bauen, ein Milliardenprojekt, das eine Konkurrenz zu Scandlines darstellt, und trotzdem hält Scandlines weiter an dem Standort fest, geht sogar einen Schritt weiter und investiert auch noch in den Einsatz moderner und umweltfreundlicher Technologie.

Natürlich ist mir klar, dass Scandlines dies genau durchgerechnet hat und zu einem entsprechenden Ergebnis gekommen ist. Aber angesichts der Tatsache, dass die feste Fehmarnbelt-Querung eine staatlich finanzierte Konkurrenzsituation für Scandlines darstellen wird, sollten Scandlines und dem Hafen jetzt nicht zusätzlich Knüppel zwischen die Beine geworfen werden.

(Beifall Lars Harms [SSW], Kai Vogel [SPD] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aus diesem Grund hat sich der SSW bereits früh dafür ausgesprochen, dass es im Fall einer Verwirklichung der festen Fehmarnbelt-Querung faire Wettbewerbsbedingungen braucht. Dies gilt nicht nur für die Straßenanbindung des Hafens, das gilt ebenso für die Mautpreise, die irgendwann die feste Querung tragen müssen.

Nun zurück zur Anbindung des Hafens. Wir hatten im Wirtschaftsausschuss bereits die Gelegenheit, uns über die derzeitige Situation zu erkundigen. Dort hat Scandlines die vorgesehene Anbindung

**(Flemming Meyer)**

des Fährhafens gemäß der Planänderung präsentiert. Dabei wurde deutlich, dass die Fährhafenanbindung erschwert wird. Daneben gab es zwei Varianten von Scandlines, wie eine bessere, gleichberechtigte Hafenanbindung aussehen könnte. Deutlich wurde bei der Sitzung, dass Scandlines derzeit mit der jetzigen Führung der Strecke nicht zufrieden ist.

Wenn wir mit Scandlines in Puttgarden über Jahre gute Erfahrungen gemacht haben und sich diese Firma trotz des Damoklesschwertes der festen Fehmarnbelt-Querung weiter für den Standort und den Erhalt der Arbeitsplätze ausspricht, dann sehe ich darin auch eine Verpflichtung für das Land. Das heißt, wenn für die feste Querung eine Anbindung gebaut wird, dann darf dies nicht zulasten des Fährhafens Puttgarden geschehen. Es muss gewährleistet sein, dass der Fährhafen durch die baulichen verkehrlichen Maßnahmen unterm Strich nicht schlechtergestellt wird. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat der Abgeordnete Thomas Hölck.

**Thomas Hölck [SPD]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich frage mich, wo der Kollege Richert gewesen ist bei der Wirtschaftsausschusssitzung. Was wir beantragt haben, entspricht genau dem, was die Landesregierung in der Sitzung zugesagt hat. Natürlich, ich lese es Ihnen einmal vor, Herr Minister. Staatssekretär Dr. Rohlfs hat vorgetragen:

„... wenn es erforderlich sein sollte, dass wir nach einer Einigung mit Scandlines noch eine Änderung der Unterlagen brauchen, dass man dann auch noch nach Fertigstellung des Planfeststellungsbeschlusses und vor Fertigstellung - das ist kein Sonderfall, sondern das ist ein häufiger Fall - die Planunterlagen noch einmal ändert. Das ist kein ungewöhnliches Verfahren, das kann man machen, das ist von der alten Landesregierung damals auch so avisiert worden. Das ist auch aus unserer Sicht das Verfahren, was zeitlich, was den Fortgang des Verfahrens angeht, ein rechtssicheres, aber gleichwohl zügiges Verfahren darstellt ...“

(Beifall SPD - Zurufe SPD: Hört, hört!)

„Sollte es erforderlich sein, können wir dann noch einmal in die Unterlagen einsteigen, um den Planfeststellungsbeschluss vor Fertigstellung noch einmal zu ändern. Das ist kein ungewöhnliches Verfahren ...“

So steht es im Wortprotokoll des Ausschusses. Etwas anderes haben wir gar nicht beantragt: Wir haben beantragt, dass ergänzend zum laufenden Planfeststellungsverfahren eine vertragliche Vereinbarung geschlossen wird. Dadurch entsteht keine Verzögerung.

Was ich allerdings verwunderlich finde, ist, dass Sie hier einen Antrag mit der Forderung nach einer vernünftigen Anbindung des Fährhafens gestellt haben. Was heißt „vernünftige Anbindung“ eigentlich? Vor allen Dingen habe ich den Eindruck: Sie sind mit der vorgelegten Planung, die im Verfahren ist, einverstanden. Das wäre für mich ein Signal an die Insel und an Scandlines, dass aus Ihrer Sicht nichts geändert werden soll. Das ist fatal.

(Zuruf: Das interpretieren Sie so!)

Worum es geht: Es geht darum, dass es für Scandlines faire Wettbewerbsbedingungen geben muss. Es geht hier um 800 Arbeitsplätze. „Vernünftig“ kann auch bedeuten: bautechnisch vernünftig, ökologisch vernünftig oder vielleicht von der Geschwindigkeit her vernünftig. Sie müssen mal definieren, was für Sie „vernünftig“ bedeutet. Für uns bedeutet „vernünftig“ eine gleichberechtigte Anbindung. Das heißt: Es müssen Bedingungen geschaffen werden, die die heutige Anbindung für Scandlines nicht verschlechtern, denn es geht darum, dass Scandlines dort weiterhin Geld verdienen kann, im Wettbewerb bestehen kann und abgesichert wird. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die Landesregierung hat der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Herr Minister Dr. Buchholz, das Wort.

**Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst einmal feststellen: Die Landesregierung freut sich darüber, dass Scandlines erklärt, auch nach Schaffung der festen Fehmarnbelt-Querung den Fährbetrieb aufrechterhalten zu wollen. Die Landesregierung von Schleswig-Holstein - nicht nur in der Person des Touris-

**(Minister Dr. Bernd Buchholz)**

musministers - hat ein Interesse daran, dass es diese Fährlinie gibt. Wir werden deshalb alles dafür tun, fair mit Scandlines umzugehen und auch für eine faire, vernünftige Anbindung des Fährhafens in Puttgarden sorgen. Das steht nicht nur im Koalitionsvertrag und ist mit allen Beteiligten so besprochen, sondern es gibt auch überhaupt keinen Grund, warum wir dort anders vorgehen sollten.

(Beifall FDP, CDU und Dr. Andreas Tietze  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Landesregierung hat aber auch ein hohes Interesse an dem, was Sie in der vorvorletzten Sitzung so vehement eingefordert haben, nämlich dass es jetzt nicht durch weitere Maßnahmen verzögert wird, dass tatsächlich ein Planfeststellungsbeschluss für den Fehmarnbelt endlich auf die Reise geschickt werden kann.

(Beifall FDP und CDU - Zurufe Thomas Hölck [SPD] und Bernd Heinemann [SPD])

Daran haben wir ein hohes Interesse. Deshalb werden wir Möglichkeiten der Veränderung, liebe Frau Kollegin, die Sie gerade erwähnt haben - man ist noch im Abwägungsprozess; man könnte doch noch etwas ändern - -

(Zuruf SPD)

- Ja! Wissen Sie, was das bedeutet? Das würde eine Planänderung bedeuten und anschließend eine Auslegung der Unterlagen. Zu einer erneuten Planänderung muss eine Beteiligung stattfinden, und das hätte eine deutliche Verzögerung dieses Verfahrens zur Folge, die wir deshalb nicht vornehmen werden.

(Zuruf)

Es wird keine weitere Verfahrensänderung vor dem Planfeststellungsbeschluss geben. Wir werden im Dezember einen Planfeststellungsbeschluss haben.

(Beifall FDP und CDU)

Zu Recht hat der Kollege Hölck eben das zitiert, was der Staatssekretär - auch in Übereinstimmung mit meinem Vorgänger - Ihnen damals in der Fraktion und jetzt im Ausschuss erklärt hat: dass man nämlich sehr wohl in der Lage ist, nach dem Planfeststellungsverfahren vor Baubeginn noch weitere Änderungen und Anpassungen vorzunehmen. Das kann man allerdings nicht, indem man vorher mit vertraglichen Regelungen selbst infrage stellt, ob man eigentlich das ernst meint, was man mit seinem Planfeststellungsbeschluss will. Das würde nämlich vor Gericht bedeuten, sich selbst die subjektive Planrechtfertigung zu nehmen, das heißt,

den Willen vorzuweisen, diesen Plan gegebenenfalls auch so umzusetzen.

(Zurufe)

Insoweit können Sie an dieser Stelle einen solchen Vertrag nicht abschließen. Deshalb sage ich: Die Landesregierung wird einen solchen Vertrag mitnichten abschließen, schon gar nicht zum gegenwärtigen Zeitpunkt.

(Beifall Christopher Vogt [FDP])

Im Übrigen wäre die Landesregierung dabei auch gar nicht der richtige Vertragspartner, denn der Vorhabenträger heißt Fehmarn A/S. Der hätte den entsprechenden Vertrag abzuschließen. Ihr Antrag geht also inhaltlich komplett ins Leere.

(Beifall FDP und CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Minister, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Vogel?

**Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:**

Bitte, immer.

**Kai Vogel [SPD]:** Vielen Dank, Herr Minister. - Die Klimax Ihrer Rede habe ich gerade durchaus nachvollzogen. Nichtsdestotrotz wird ja auch von Ihnen immer gesagt - -

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU]: Da wird ja nie etwas fertig!)

**Präsident Klaus Schlie:**

Der Abgeordnete Vogel hat jetzt das Wort.

**Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:**

Das finde ich auch, ich kann ihn sonst ja auch nicht hören.

- Von Ihnen wird ja auch immer angemerkt, dass sich die Landesregierung in guten Gesprächen mit Scandlines befindet, die jetzt, parallel zu dem Planfeststellungsbeschluss, immer geführt werden. Haben diese Gespräche denn nur noch symbolischen Wert, wenn Sie sagen, dass es in keiner Art und Weise möglich ist, dort überhaupt noch Veränderungen vorzunehmen?

Der Kollege Hölck hat es eben zitiert: Es mag sein, dass die Aussage, die Sie getroffen

**(Minister Dr. Bernd Buchholz)**

haben, von uns und dem Ausschuss völlig missinterpretiert wurde. Vielleicht sollten Sie noch einmal mit dem Staatssekretär sprechen, denn der hat uns wirklich suggeriert, dass auch im laufenden Planfeststellungsverfahren Änderungen durchaus möglich sind, damit man Klageverfahren aus dem Wege geht.

(Zuruf Volker Schnurrbusch [AfD]: Das hat er nicht gesagt!)

- Lieber Herr Vogel, das hat der Staatssekretär nicht gesagt, und ich bitte darum, dass Sie noch einmal im Wortprotokoll nachlesen, was er gesagt hat. Es gibt zwei Phasen: Jetzt machen wir einen Planfeststellungsbeschluss. Diesen Beschluss muss man vor Gericht verteidigen. Danach gibt es sehr wohl bis zum Baubeginn die Möglichkeit, in bestimmten Bereichen des Planes eine weitere Anpassung vorzunehmen. Diese beiden Möglichkeiten gibt es. Eine weitere Änderungsmöglichkeit im Planfeststellungsverfahren hat weder der Staatssekretär noch Reinhard Meyer in den letzten Jahren avisiert. Ich bitte Sie, einfach zur Kenntnis zu nehmen, dass dies das Planfeststellungsverfahren deutlich verzögern würde.

Worum - lassen Sie mich das noch einmal deutlich sagen, meine Damen und Herren - geht es in der Sache? Da ist es schon interessant, Herr Vogel, dass Sie Ihr Herz für ein Unternehmen entdecken, das von einem großen Finanzinvestor gehalten und von mehreren Finanzinvestoren gerade neu übernommen worden ist.

(Zuruf Thomas Hölck [SPD]: Das ist nichts wert, oder wie! Meine Güte! - Weitere Zurufe SPD)

- Bitte?

**Präsident Klaus Schlie:**

Jetzt hat der Minister das Wort.

**Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:**

Könnten Sie freundlicherweise mal Ihre gespielte Empörung herausnehmen?

(Thomas Hölck [SPD]: Sie ist nicht gespielt!)

Es geht darum, dass hier ein Wirtschaftsunternehmen auch wirtschaftliche Interessen hat - selbstverständlich.

(Zuruf Dr. Frank Brodehl [AfD]: Ja!)

Das wirtschaftliche Interesse von Scandlines muss es sein, so lange wie möglich ohne Konkurrenz den Fährbetrieb aufrechterhalten zu können. Das ist doch völlig logisch. Ehrlich gesagt, können Sie da jetzt noch sonst etwas veranstalten; dadurch werden Sie Scandlines nicht davon abbringen, gegen den Planfeststellungsbeschluss zu klagen. Das werden die auf jeden Fall tun. Das ist ja avisiert und mit den Beteiligten durchaus besprochen.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Meine Damen und Herren, worum geht es denn in der Sache? Es ist inzwischen so, dass Scandlines - das haben sie dankenswerterweise auch im Ausschuss erklärt - mit der Südabfahrt, also mit allem, was auf die B 207 zugeht, mit der Anbindung des Fährhafens, komplett einverstanden ist. Eine Pulkentladung von 300 Fahrzeugen direkt auf die Bundesstraße ist problemlos möglich, weil es direkt vom Fährhafen aus eine Einfädelungsspur auf die heutige B 207, die zukünftige Autobahn, gibt. Das ist kein Problem.

Das einzige Problem besteht in der Nordrichtung. Scandlines sagt: Wir fänden es optimal, wenn auf der Autobahnausfahrt, die geschaffen werden muss, in der Anbindung der K 47 auf Fehmarn oben keine Lichtzeichenanlage wäre, sondern die Verkehre da direkt reinfahren könnten. - Darüber reden wir. Wir reden über die Frage, ob da eine Ampel steht und ob nicht mithilfe moderner Technik eine Ampel heutzutage auch so bedarfsgeschaltet werden kann, dass sie bei jeder Bewegung auf der Rampe selbstverständlich sofort auf Grün schaltet und dementsprechend ein Ampelhalt nicht mehr nötig ist.

Worüber reden wir, meine Damen und Herren? - Wir reden darüber, dass das, was Sie in Ihren Antrag schreiben, nie zu erreichen ist. Gleichberechtigt ist der Fährhafen in Puttgarden nie anzuschließen, denn gleichberechtigt würde bedeuten, dass er genauso angeschlossen wird wie der Tunnel.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP]: Logisch!)

Das ist denklogisch ausgeschlossen und im Staatsvertrag so angelegt, dass es nicht geht.

(Beifall FDP und CDU - Hans-Jörn Arp [CDU]: Bravo!)

Deshalb - ich bitte um Vergebung - wird es eine Autobahnausfahrt geben. Es wird auf der Autobahnausfahrt oben gegebenenfalls eine Lichtzeichenanlage geben. Vielleicht einigt man sich später sogar noch darauf, das etwas zu verschleifen und etwas gerader zu machen, und dann ist der direkte und unmittelbare Zugang zum Fährhafen von Putt-

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

garden auf einer Autobahnausfahrt hundertprozentig geregelt.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Vogel?

**Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:**

Bitte.

**Kai Vogel [SPD]:** Vielen Dank, Herr Minister. - Ich bin verwundert über das, was Sie darstellen, weil man so, wie Sie es sagen, den Eindruck haben müsste, dass die Einigung mit Scandlines eigentlich völlig problemlos hätte herbeigeführt werden können. Wir unterhalten uns über ein absolutes Nichts, wenn es nur um eine Lichtzeichenanlage geht. Vielleicht sollten Sie noch einmal im Wortprotokoll nachlesen; Sie konnten ja bedauerlicherweise bei der letzten Ausschusssitzung nicht zugegen sein. Was Scandlines da dargestellt hat, sind deutlich weitergehende Forderungen gewesen, als Sie es jetzt darstellen. Ich kann nur nicht nachvollziehen - wenn wir wirklich nur über dieses von Ihnen formulierte Nichts, um das es da ginge, reden - die Lichtzeichenanlage -:

(Zuruf Christopher Vogt [FDP]: Nein!)

Warum sind Sie nicht in der Lage gewesen, dieses Problem zu lösen? Denn dann hätte Scandlines ja in keiner Weise noch Kritik geäußert.

- Herr Vogel, wenn Sie es nicht verstehen, kann ich Ihnen da nicht helfen. Eine weitere Planänderung hätte die Konsequenz, die ich gerade beschrieben habe. Deshalb wird sie nicht vorgenommen.

Das Zweite ist: Dass die Vertreter von Scandlines im Wirtschaftsausschuss - ich habe das nachgelesen - gesagt haben: „Na ja, das ist aus unserer Sicht nicht optimal“, kann ich nachvollziehen. Selbstverständlich, sie hätten am liebsten, dass die Straße bei ihnen am Fährhafen endet, und die Leute, die in den Tunnel wollen, vorher noch einmal rechts abbiegen müssen oder so. Es ist doch logisch, dass das für sie so nicht optimal ist.

Deshalb verstehe ich - ehrlich gesagt - nicht so ganz, dass Sie nicht begreifen, dass das wirtschaftliche Interesse eines solchen Unternehmens sehr klar dazu führen muss, dass Scandlines sagt: Wenn es

die Möglichkeit gibt, dieses noch ein Stück weit hinauszuzögern, werden wir sie nutzen, denn das ist schlicht und ergreifend unser Geschäftsmodell, das auf eine bestimmte Art und Weise weiterzuführen. Das sollte Sie nicht überraschen. Uns jedenfalls überrascht das nicht.

Die Gespräche mit Scandlines sind gleichwohl hervorragend, und wir führen sie in guter Atmosphäre. Ich sage Ihnen: Eine vernünftige, eine faire Anbindung des Fährhafens von Puttgarden wird spätestens mit dem Abschluss der Bauarbeiten gewährleistet sein. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratungen.

Ich lasse zunächst in der Sache über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/893, abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der SPD. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU und AfD. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten des SSW. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse dann über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/927, abstimmen. Wer stimmt dem zu? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU und AfD. Wer ist dagegen? - Keiner. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD und die Abgeordneten des SSW. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 34 auf:

### **Ostseeaktivitäten der Landesregierung 2017/2018 (Ostseebericht 2018)**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 19/786

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht, eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich schlage vor, den Bericht Drucksache 19/786 dem Europaausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen.

(Bernd Heinemann [SPD]: Ob das abschließend ist, müsste der Ausschuss noch klären!)



**(Präsident Klaus Schlie)**

- Der Antrag lautet: zur abschließenden Beratung. Wenn Sie sich zur Geschäftsordnung melden wollen, dann können Sie das gern tun. Ansonsten stimmen wir ab. - Es gibt keinen Antrag zur Geschäftsordnung, also stimmen wir über das ab, was ich gesagt habe: abschließende Beratung. Wer stimmt dem zu? - Das sind die Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die Abgeordneten der Fraktionen von FDP, CDU und AfD. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 35 auf:

**Situation der Schaf- und Ziegenhalter in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 19/819

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Die Reden zu diesem Punkt werden zu Protokoll gegeben.

Ich schlage vor, den Bericht Drucksache 19/819 dem Umwelt- und Agrarausschuss - zur abschließenden Beratung?

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja!)

- zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Sammeldrucksache:

**Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags**

Drucksache 19/905

Die Voten für die einzelnen Tagesordnungspunkte, für die eine Gesamtabstimmung nach § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung vorgesehen ist, entnehmen Sie bitte der Ihnen vorliegenden Drucksache 19/905. Voraussetzung für die Abstimmung ist, dass keine Abgeordnete oder kein Abgeordneter widerspricht. - Das ist nicht der Fall.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer mit der Übernahme der Empfehlung entsprechend der Sammeldrucksache 19/905 einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf Ihnen dann bekanntgeben: Beginn der nächsten, der 15. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags ist Mittwoch, der 26. September 2018, 10 Uhr. Ich wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 14:14 Uhr**

## Reden zu Protokoll

**Situation der Schaf- und Ziegenhalter in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 19/819

**Heiner Rickers [CDU]:**

Herr Präsident! Der Bericht stellt die Bedeutung der Schaf- und Ziegenhaltung in Schleswig-Holstein besonders heraus. Immerhin haben wir die größte Schafdichte in Deutschland. Wir wollen tatkräftig daran arbeiten, dass das so bleibt, denn die Schafe erfüllen wichtige Aufgaben in Küstenschutz und Landschaftspflege.

Die Anzahl der Schafhalter ist in den letzten sechs Jahren um etwa 10 % auf 1.1000 gesunken - in sechs Jahren hat jeder achte Betrieb aufgegeben -, wobei die Anzahl geringfügig auf etwas über 200.000 Tiere angewachsen ist. Dabei gibt es zwei Betriebsformen der Schafhaltung: die Wander- und Koppel-/Deichschafhaltung. Etwa 100 Betriebe müssen davon leben und halten daher über 800 Schafe.

Eine Besonderheit liegt in der Bedeutung für den Küstenschutz. Nur in Niedersachsen und Schleswig-Holstein gibt es als besondere Form der Koppelschafhaltung die Deichschafhaltung. Aus Küstenschutzgründen dürfen nur Schafe, keine anderen Tiere in der Zeit vom 15. März bis 15. Oktober - 15. November in trockenen Jahren - gehalten werden.

Doch wo sind nun die Probleme? - Erstens. Eine Anhörung der Schafhalter im Bundestag hat ergeben: Es besteht der Wunsch, Direktzahlungen zielgenauer auszurichten. Die Wiederansiedlung des Wolfes ist eine große „Herausforderung“. Das bedingt, den Herdenschutz konsequent weiterzuentwickeln und wirksame Maßnahmen gegen verhaltensauffällige Wölfe zu treffen. Die Bundesländer haben hier eine gewisse Gestaltungsmöglichkeit. Hier müssen wir handeln und dürfen nicht länger abwarten.

Zweitens. Die Forderung nach einer Weidetierprämie von Grünen und LINKEN im Bundestag: Für die CDU wäre das eine Abkehr von der Orientierung der Agrarpolitik am Marktgeschehen, zumal Schafhalter über die 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik - GAP - und Betriebsprämien mehr

Geld erhalten als früher über die Mutterschafprämie.

Drittens. Das Dürrejahr 2018 trifft besonders auch Schafhalter. 30 % bis 70 % der üblichen Grundfuttermenge fehlten. Dies bedingt - wie bei der anderen Tierhaltungen - auch zusätzliche Futterkosten. Sonst übliche „Winterweiden“ werden wohl durch länger weidende Rinder ausfallen.

Viertens. Während für die Deichschafhaltung EU-Flächenprämien gezahlt werden, gibt es das für die Wanderschafhaltungen, die wichtig für den Naturschutz sind, nicht. Hier sollte man über eine Förderung durch den Naturschutz nachdenken.

Fünftens. In den Küstenbereichen entsteht durch die Gänseproblematik im Frühjahr auch ein Problem für die Schafhaltung. Zu kurz gefressenes Grasland und verkotete Weideflächen führen zu einem erhöhten Krankheitsdruck, und gleichzeitig fehlt den Osterlämmern das so wichtige Gras im März und April. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, und das Gänsemanagement muss optimiert werden.

Ich fasse zusammen: In Schleswig-Holstein sind wir in besonderem Maße auf die ökologische Leistung der Schaf- und Ziegenhalter angewiesen. In diesem Jahr sind sie besonders gebeutelt. Hat ein Betrieb erstmal aufgegeben, so wird er kaum ersetzt werden. Daher sollten wir alle Anstrengungen unternehmen, diesem stark gefährdeten Berufsstand unter die Arme zu greifen, um ihn zukunftssicher zu machen.

**Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:**

Herr Präsident! Dem Minister und allen, die daran mitgearbeitet haben, danke ich herzlich für den vorliegenden Bericht zur Situation der Schaf- und Ziegenhalter in Schleswig-Holstein.

Im April machten die Schaf- und Ziegenhalter in einer bundesweiten Aktion, auch vor dem Landeshaus, auf ihre besondere Situation aufmerksam und forderten die Wiedereinführung der Weidetierprämie für kleine Wiederkäuer. Denn im Gegensatz zu 22 anderen EU-Mitgliedsstaaten zahlt Deutschland den Schäfern bislang keine Weideprämie. Diese Ungleichbehandlung in der EU führt zu Wettbewerbsverzerrungen bei den Schaf- und Ziegenhaltern, deren wirtschaftliche Situation ohnehin oftmals angespannt ist.

**(Kirsten Eickhoff-Weber)**

Daraufhin haben wir die Landesregierung um diesen Bericht gebeten. Denn wir wollen wissen, wie die Situation der Schaf- und Ziegenhalter bei uns ist. Wir haben viele Gespräche geführt. Neben den Förderbedingungen und den besonderen Herausforderungen ging es auch um die Auswirkungen der Dürre in Schleswig-Holstein. Und mit Blick auf die gestrige Debatte bitte ich den Minister eindringlich darum, die rund 200.000 kleinen Wiederkäuer bei der Gestaltung und Gewährung von Unterstützung nicht zu vergessen. Dass die Schaf- und Ziegenhalter beim sogenannten Dürregespräch im Ministerium nicht mit am Tisch saßen, ist ein Unding.

In einem Bericht in der Zeitschrift „Die Zeit“ wird der schleswig-holsteinische Schäfer Henning Hinz zitiert: „Viele Kollegen sind mutlos“. Die Schäfer als Verlierer des deutschen Subventionswesens, das Thema Wolf - wir sprachen heute hier im Landtag darüber - Gänse und die Folgen der Dürre, alles das lastet auch auf den Schaf- und Ziegenhaltern. Da müssen wir genau hinschauen und überlegen, was zu tun ist. Denn der Bericht der Landesregierung kommt zu dem Ergebnis, dass die Schafhaltung in Schleswig-Holstein eine große Bedeutung hat.

Bezogen auf die landwirtschaftlich genutzte Fläche besitzt Schleswig-Holstein unter den Flächenländern die größte Schafdichte in Deutschland. Und das ist gut so. Denn neben ihrer landwirtschaftlichen Tätigkeit erfüllen Schäferinnen und Schäfer mit ihren Schafherden wichtige gesellschaftliche Aufgaben wie Küstenschutz, Landschaftspflege, Umwelt- und Naturschutz. Erinnern wir uns an die Berichterstattung über die erfolgreiche Wiedersiedlung der Scheckenfalter, da pflegen Ziegen die Lebensräume.

Die Zahl der Schaf- und Ziegenhalter ist in Schleswig-Holstein zurückgegangen, die Zahl der gehaltenen Tiere leicht angestiegen. Für sie brauchen wir faire Förderbedingungen im Land. Das muss auch ein Thema bei der Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik sein. Weg von der Flächenprämie, hin zu einer eindeutigen Umweltorientierung, die auch die tierhaltenden Betriebe und das Tierwohl berücksichtigt. Mittlerweile unterstützen mehrere Bundesländer die Forderungen der Schäfer. Thüringen geht noch einen Schritt weiter. Die grüne Umweltministerin bereitet gerade eine Förderrichtlinie vor, nach der ab Januar 2019 alle Haupterwerbs Schaf- und Ziegenzüchter eine jährliche pro Kopf Pauschale von 25 € aus Landesmitteln erhalten sollen.

Auch wenn ein Antrag zur Weidetierprämie im Juni im Bundestag gescheitert ist, freue ich mich über

die eindeutige Position der SPD. Rainer Spiering erklärte dazu in der Sitzung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft im Juni, „Zahlungen im Rahmen der 1. und 2. Säule der GAP reichen vorne und hinten nicht ... Daher müsse sich darüber Gedanken gemacht werden, wie dieser kleinen Gruppe möglichst schnell geholfen werden kann. Die Fraktion der SPD werbe dafür, eine ‚Schafprämie‘ zu initiieren“.

Aber es geht nicht nur um Prämien, es geht auch um fehlende Unterstützungen, die in anderen Bundesländern selbstverständlich sind: Tiergesundheitsdienst für kleine Wiederkäuer, Thema Zucht, feste Ansprechpartner in den Landesbehörden. Das sind Angebote, die unterstützen und gleichzeitig Wertschätzung zum Ausdruck bringen. Da ist in Schleswig-Holstein noch deutlich Luft nach oben! Luft nach oben ist auch bei der Vermarktung von Erzeugnissen aus der Schaf- und Ziegenhaltung. Schafskäse ist vielfach ein erfolgreiches Geschäftsmodell, auch weil sich die Betriebe in der „Käsestraße Schleswig-Holstein“ mit Unterstützung der Landwirtschaftskammer etabliert haben.

Anders ist es bei der Vermarktung von Fleisch. Während den Verbraucherinnen und Verbrauchern im Laden oft nur Import-Fleisch aus Neuseeland angeboten wird, geht ein Großteil unserer Schlachtlämmer lebend vermarktet in den Export. Hier müssen wir gemeinsam mit den Verbänden handeln, damit wir in den Genuss regionalen Lammfleisches kommen und damit die fragwürdigen Langstrecken Tiertransporte endlich aufhören.

Wir fordern eine Neuausrichtung der Landwirtschaft hin zu einer nachhaltigen Landwirtschaft, die ökologisch verträglich, sozial gerecht und ökonomisch rentabel ist. Auch für die Schaf- und Ziegenhalter!

**Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Vielen Dank an die Landesregierung für den ausführlichen Bericht. Die Schafe auf dem Deich sind viel mehr als ein romantisches Postkartenmotiv für Schleswig-Holstein. Klima- und Küstenschutz, Biodiversitäts-, Landschafts- und Grünlandpflege- sind ohne die Schäferinnen und Schäfer in unserem Land nicht zu denken.

Sowohl in diesem Bericht als auch in anderen Kalkulationen, liegt der durchschnittlich errechnete Stundenlohn für Schäferinnen und Schäfer mit etwa 7 € deutlich unter dem angestrebten Mindestlohn. Es ist natürlich immer schwierig, bei Selbstständigen den Stundenlohn zu ermitteln und damit zu ar-

**(Bernd Voß)**

gumentieren. Die Zahlen liegen aber auf der Hand. Die Zahl der Betriebe ist stark abnehmend. Eine Schäferei, die aufhört, geht nicht in den Standby-Betrieb, sondern ist weg. Junge Schäferinnen und Schäfer brauchen eine solide wirtschaftliche Perspektive. Nur so sichern wir uns ein ganzes Paket an unverzichtbaren Zusatzleistungen für die Gesellschaft.

Es geht dabei nicht um die „alltäglichen“ Herausforderungen wie Witterung, Dürre, Gänse oder Wolf, die die Schäferinnen und Schäfer nebenbei noch meistern müssen. Nein, es geht um die Perspektive, langfristig von diesem Betriebszweig oder Beruf leben zu können. Und dafür sind mehrere Dinge entscheidend: Erstens der Marktpreis für Lammfleisch und zweitens der Mehrwert durch die Weidehaltung und Landschaftspflege.

Der Marktpreis ist ein schwieriges Thema. Obwohl wir beim Lammfleisch in Deutschland gerade einen Selbstversorgungsgrad von 46 haben, leiden die Erzeugerpreise unter der hohen Konzentration der nachfolgenden Marktakteurinnen und Marktakteure und den Druck kostengünstiger Importe. Zusätzlich machen den Schäferinnen und Schäfer natürlich auch steigende Pachtpreise und infolge der Dürre im laufenden und folgenden Jahr teilweise hohe Zukaufpreise für Raufutter zu schaffen.

Die berechtigte Frage ist: Stimmt der Rahmen, um die gesellschaftlichen und ökologischen Leistungen honorieren zu können?

In dem vorliegenden Bericht wird von günstigen Pachtbedingungen für die Beweidung von Landesdeichen, den Direktzahlungen und von Prämienmöglichkeiten im Vertragsnaturschutz gesprochen. Diese Maßnahmen nützen nur einem Teil der Betroffenen. Neben den Landesdeichen gibt es viele Binnendeiche, die mit Schafen bewirtschaftet und über Ausschreibung zu marktüblichen Konditionen vergeben werden. Deren Schäferinnen und Schäfer können dann eben nicht von den Privilegien profitieren.

Wir sollten an dieser Stelle auch nochmal einen Abgleich mit den Konditionen an den Deichen in anderen Bundesländern machen. Bei den Direktzahlungen ist das Bild sehr differenziert: Wenn die Schafhaltung auf einer extensiv bewirtschafteten, kostengünstigen Fläche mit Erhalt von Direktzahlungen betrieben wird, ist die Situation vergleichsweise gut. Viele Schafhalterinnen und Schafhalter nutzen aber ganz oder teilweise die Flächen von Betrieben in Mitnutzung als Futtergrundlage, ohne Anspruch auf Direktzahlungen.

Dann wird die Prämiensuppe dünner. Wanderschafhalterinnen und Wanderschafhalter haben häufig gar keinen Anspruch auf Direktzahlungen. Es überrascht, dass trotz der extensiven Haltungsform und positiven Umweltwirkung nur 19 % der Schafhalterinnen und Schafhalter an den Vertragsnaturschutzprogrammen beteiligt sind. Wir sollten uns die Angebote aus den Agrarumweltprogrammen nochmal genauer anschauen.

Auslöser dieses Berichtsantrages war eine bundesweite Petition der Berufsschäferinnen und Berufsschäfer für eine Tierprämie für Schafe und Ziegen. Ich begrüße den Vorschlag der Schäferinnen und Schäfer, dass durch eine Tierprämie aus der ersten Säule der Direktzahlungen die Existenz der Betriebe abgesichert werden könnte. Die Mittel kämen aus der ersten Säule, aus der auch die Flächenprämien kommen und wäre zu 100 % EU-finanziert. Sie wären konditioniert und würden keine Anreize für zusätzliche Erzeugung geben.

Zur Bewertung: Die EU-Agrarreform hat bereits in der jetzt laufenden Förderperiode eine Reihe von nationalen Gestaltungsmöglichkeiten in die Hände der Mitgliedsstaaten gelegt. Dazu gehört auch, bis zu 15 % der Direktzahlungen, das sind ansonsten die Flächenprämien, an Erzeugungen zu koppeln, die positive Umweltauswirkung und regionalwirtschaftliche Bedeutung haben und wegzubrechen drohen.

Alle 27 EU-Mitgliedsländer haben diese Option unter anderem für Schafe, Beweidung oder Eiweißpflanzen in unterschiedlichem Umfang umgesetzt. Einzig die Bundesregierung hat diese Möglichkeit für eine ökologische und regionalwirtschaftliche Qualifizierung der EU-Zahlungen bisher nicht wahrgenommen.

Auch wenn die jetzige Förderperiode in zwei Jahren ausläuft, ist es angemessen, diese Option zügig erneut zu prüfen. Es ist an der Zeit, das öffentliche Mittel wirksam für öffentliche Leistungen ausgeben werden. Dazu könnte auch eine konditionierte Schafprämie gehören.

**Oliver Kumbartzky [FDP]:**

Herr Präsident! Schafe gehören zu Schleswig-Holstein wie die Deiche und das Meer. Die Schafe sind für den Küstenschutz unersetzlich. Mit ihrem „goldenen Tritt“ festigen sie den Deich. Schafe sind aber auch für den Naturschutz und die Landschaftspflege unersetzlich. - So steht es auch in dem Bericht, über den wir heute debattieren. Es gibt rund 200.000 Schafe in Schleswig-Holstein. Die Zahl

**(Oliver Kumbartzky)**

der Schafhalter liegt konstant bei rund 1.100, und 70 % der Schafe stehen auf den Marschböden der Westküste.

Die Schafhalter leben einen Traditionsberuf. Sie arbeiten zur Lammzeit bis zu 20 Stunden am Tag. Sie nehmen keinen Urlaub aus Fürsorge um ihre Tiere. Und wenn überraschend Hochwasser kommt, riskieren sie häufig ihr Leben, um die Herde zu retten. Trotz ihres enormen persönlichen Einsatzes können sie auch mit den Prämien von der EU nur knapp ihre Kosten decken.

Die wirtschaftliche Situation der Halter ist angespannt. Vielen geht es schlecht - nicht zuletzt, weil Teile der Gesellschaft mitunter verächtlich auf die Landwirtschaft blicken. Das erleichtert nicht unbedingt, einen Betriebsnachfolger zu finden. Es geht den Schafhaltern aber auch schlecht, weil der Verbraucher bei Lebensmitteln die allerhöchsten Standards erwartet, aber nur sehr wenige tatsächlich bereit sind, einen angemessenen Preis dafür zu zahlen. Vielen Schafhaltern geht es auch schlecht, weil die enorm gestiegene Zahl an Gänsen den Schafen das Gras wegfressen und - auch wenn einige das nicht hören wollen - weil sich der Wolf immer mehr ausbreitet.

Schafe im Stall zu halten, ist wirtschaftlich nicht darstellbar und entspricht auch nicht der naturnahen Weidetierhaltung. Ein Einzäunen ist ebenfalls meist nicht möglich - erst recht nicht auf den Deichen. Hütehunde sind teuer und gefährlich - auch für den Menschen.

Aber natürlich ist das Wirtschaften als Schäfer nicht erst seit der Wiederkehr des Wolfs schwierig. Die Herdengrößen sind relativ klein, was die Kostendeckung und Wertschöpfung schwierig macht. Außerdem kaufen relativ wenige Bürgerinnen und Bürger Lammfleisch. Nur zu den Feiertagen an Weihnachten und Ostern steigt der Absatz. Und dann sorgen die enormen Importmengen aus Neuseeland und Großbritannien, wo weitaus größere Schafherden gehalten werden, für relativ niedrige Preise. Die Schäfer können sich nicht allein über den Verkauf ihrer Produkte finanzieren.

Die Schafe erfüllen aber wichtige Funktionen für den Natur- und Küstenschutz und damit für die Gesellschaft. Deswegen ist es geboten, dass man die Schäfer unterstützt. Hier halten wir eine Fortsetzung der Flächenprämie und die flächengebundene Förderung aus der zweiten Säule für sinnvoll. Man kann überlegen, diese flächenbezogenen Programme anzupassen.

Die von der SPD geforderte Weidetierprämie einzuführen, halten wir für wenig sinnvoll. Denn das wäre ein Rückschritt für die Agrarpolitik. Mit Kopfprämien schafft man Anreize zur Überproduktion. Man endete damals bei Milchseen und Butterbergen. Wir bekennen uns zu der Entkopplung der EU-Direktzahlungen von der Produktion, die 2003 erfolgreich vollzogen wurde. Wir sehen die Stärkung der entkoppelten flächenbezogenen Prämien und die flächenbezogene Förderung als die bessere Option für die Schaf- und Ziegenhalter in Schleswig-Holstein.

Um das alles weiter zu diskutieren, stimmen wir für die Ausschussüberweisung des Berichts.

**Volker Schnurrbusch [AfD]:**

Sehr geehrter Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Zunächst einmal möchte ich mich bedanken bei der Landesregierung für diesen sehr ausführlichen und teils aufschlussreichen Bericht zur Situation unser Schaf- und Ziegenhalter hier in Schleswig-Holstein.

Ich denke, es wird einmal mehr deutlich, welche wichtige Aufgabe dieser Berufsstand für uns alle in der Landschaftspflege und im Deichschutz etwa wahrnimmt. Ohne Schafe wären unsere Deiche, die viele Menschen und Häuser vor Sturmfluten schützen, undenkbar.

Aber - das sagen wir als Oppositionspartei gern: aber - erfahren die Schaf- und Ziegenhalter auch die Anerkennung und die Wertschätzung, die sie letztendlich verdienen? Und: Verdienen sie genug, um ihre Existenz zu sichern? Ich entnehme dem Bericht, wir müssen leider beide Fragen mit einem klaren Nein beantworten.

Gleichzeitig werden hohe Anforderungen an die Nutztierhalter gestellt. So müssen strenge Tiereschutzauflagen beachtet werden oder komplizierte Sicherungsmaßnahmen von Weidetieren, wollen die Nutztierhalter eine Entschädigung bei Tierverlusten etwa bei Wolfsrissen haben. Eine wolfssichere Einzäunung der Schafherden, wie sie vorgeschrieben ist, ist jedoch oftmals nicht möglich oder zulässig und vor allem eine unzumutbare zusätzliche Arbeitsbelastung für die Schaf- und Ziegenhalter, die eh bei hoher Arbeitsbelastung zumindest kalkulatorisch Einkünfte nur deutlich unter dem Mindestlohn erzielen.

Zusätzlich zur Bedrohung durch den Wolf waren Schaf- und Ziegenhalter in einigen Regionen auch dieses Jahr durch den Gänsefraß betroffen. Tausen-

(Volker Schnurrbusch)

de von Gänsen fraßen den Schafen in Nordfriesland das Futter weg. Das bisherige Gänsemanagement erwies sich einmal mehr als wirkungslos für die Weidetierhalter. Oftmals mussten Schaf- und Ziegenhalter Futter zukaufen, was ihr ohnehin geringes Einkommen noch weiter schmälerte. Auch hier müssen wir ran und hin zu einem Bestandsmanagement, das auch eine Bestandsanpassung der Gänse ermöglicht.

Ein weiterer Grund für den eher schwachen Ertrag dürfte sicherlich auch in der ausbaufähigen Vermarktungsstruktur der Erzeugnisse der Schaf- und Ziegenhalter zu finden sein. Diese ist oft weniger stark entwickelt als etwa auf dem Rinder- Geflügel oder Schweinemarkt. Dabei sind die Produkte aus der Tierhaltung der Schafe und Ziegen umfangreicher. Neben Fleisch und Milch produzieren sie auch sehr hochwertige Wolle.

Gerade unter dem Aspekt der Regionalität läge für Schaf- und Ziegenhalter eine besondere Chance der Ertragssteigerung. Regionale Produkte spielen ja in der Vermarktung eine immer größere Rolle und hier sehe ich erheblichen Handlungsbedarf für unser Land und auch die öffentliche Hand, um die Weidetierhalter sinnvoll zu unterstützen, etwa durch einfache Marketing- oder Schulungsmaßnahmen in den Kammern oder bei den Verbänden. Denn schließlich erfreuen regionale Erzeugnisse nicht nur die Verbraucher sondern entlasten durch verkürzte Transportwege auch unsere Umwelt und unter Tierschutzaspekten werden die Transportbedingungen und Zeiten für die Tiere erträglicher und somit weniger belastend. Allen ist damit geholfen.

Außerdem, und das denke ich, ist ein großes Defizit des Berichts: Mit keinem Wort geht er auf die Problematik des Wolfes ein. Da weiß ich jedoch aus vielen Gesprächen mit betroffenen Landwirten, dass das aktuell eines der Tophemen ist, das die Schäfer mit großer Sorge bewegt. Da, meine Damen und Herren, müssen wir uns in Zukunft noch mehr machen. Spätestens seit der E-Mail mit dem Positionspapier des Landesverbandes der Schleswig-Holsteinischen Schaf- und Ziegenzüchter sollten das alle wissen. Der Wolf ist aus Sicht der Schäfer eine große Bedrohung und verbreitet Angst. Wenn Menschen Angst haben, müssen wir das ernst nehmen und dürfen uns nicht auf eine reine Willkommenskultur beschränken. Hier fordere ich nach wie vor Schutzjagden und eine Neuausrichtung im Wolfsmanagement, um unseren Schäfern den Rücken zu stärken!

**Flemming Meyer [SSW]:**

Herr Präsident! Schafe sind Küstenschutz auf vier Beinen. Das hat sich bewährt. Daraus erklärt sich auch, dass Schleswig-Holstein die größte Schaf-dichte hat. Schafe gehören an die Küsten und sind Teil der Kultur dort. In dem Bericht des Landwirtschaftsministers zeigt sich aber, dass der große Tierbestand bislang noch keine Entsprechung in den Vermarktungsstrukturen gefunden hat. Zusammengefasst: viele Schafe, aber kaum Vermarktung. Auf Seite 9 wird nüchtern beschrieben, dass der Markt von Erzeugnissen aus der Schaf- und Ziegenhaltung „wenig organisiert“ sei.

Das heißt im Einzelnen, dass die Wolle verscherbelt wird; Milch und Milchprodukte werden in Nischen und mit viel Aufwand einzelner Betriebe eigenvermarktet und das Fleisch wird größtenteils exportiert. Diese Strukturen sind völlig unzureichend, und das schon seit Jahren. Gerade bei Lämmerfleisch besteht erheblicher Nachholbedarf. Die Tiere haben nämlich unter den heimischen Vermarktungsfehlern zu leiden. Die Tiere werden lebend auf die Märkte nach Südeuropa gefahren, um erst dort geschlachtet zu werden.

Der SSW fordert eine Höchstdauer von solchen Transport von vier Stunden. Die schleswig-holsteinischen Lämmer und Hammel werden dagegen nicht vier Stunden, sondern über ganze Tage in den Süden gekarrt. Da kann von Tierwohl keine Rede sein. Unsere Forderung: Schlachtung und Vermarktung müssen vor Ort passieren. Wenn das Fleisch hier nicht abgesetzt werden kann, muss es zumindest in der Nähe geschlachtet werden. Alles andere ist Tierquälerei. Der kann man nur mit Transportbeschränkungen begegnen. Entsprechende Regelungen sind überfällig.

Dass dem Urlauber in nordfriesischen Restaurants neuseeländisches Lammfleisch serviert wird, während die Gäste die Schafherden auf den Deichen bewundern, werde ich wohl nie verstehen. Dabei beschreibt der Bericht, dass der Selbstversorgungsgrad bei Fleisch in Deutschland gerade bei 42 % liegt. Das macht es noch unverständlicher, dass friesische und dithmarscher Schafe nach Frankreich gefahren werden müssen. Verantwortlich sei der Markt, wird mir entgegengehalten. Ja, das mag stimmen.

Der Markt muss kaum mit Transportkosten kalkulieren, weil der Transport einfach zu billig ist. Das ist wohl auch der Grund, warum die Aktivitäten der Erzeugergemeinschaft für Qualitätslämmer ruhen, wie der Minister auf Seite 11 berichtet. Qualität und

(Flemming Meyer)

Tierwohl sind wohl einfach zu teuer. Oder ist es der Beamtenstatus der Schafe, der Qualität und Tierwohl ins Hintertreffen geraten lässt? Schließlich machen staatliche Zuwendungen inzwischen den Löwenanteil des Betriebes aus. Der Gewinn aus Marktbedingungen, wie es malerisch im dem Bericht auf Seite 13 heißt, ist bei den Schafbetrieben verschwindet gering.

Immerhin wird in den letzten Jahren überhaupt etwas Gewinn verzeichnet. Die mangelnde Ertragskraft ist aber kein Schicksal. Die unerträgliche Ertragssituation für Wolle und Milch ist doch nicht Gott gegeben! Warum subventioniert der Steuerzahler jedes Tier mit durchschnittlich 231 €, aber zahlt als Verbraucher nur 6,99 € für Lammfleisch im Angebot beim Discounter? Das ist doch verkehrte Welt. Ich hoffe, dass sich neue Landwirtschaftsminister dieses Themas annimmt.

Viele Schafhalter hatten im Sommer Probleme mit der Dürre, weil die Tiere kaum noch frisches Grün fanden. Das hat sich inzwischen verbessert. Aber der Markt für Futter ist leergefegt, sodass die Versorgung der Schafe über den Winter gefährdet ist. Viele Landwirte wollen im Herbst keine Nachweidung durch die Schafe, sondern auf den Flächen lieber selbst Futter für die eigenen Tiere einfahren. Da bleibt für die Schafe dann nicht mehr viel. Ich frage daher den Minister, welche Ausgleichszahlungen für Dürreausfälle für die Schafzuchtbetriebe geplant sind.

Die Schafhalter haben schließlich die gleichen Rechte wie die anderen landwirtschaftlichen Betriebe. Schafhalter sind keine Liebhaber, sondern auch sie müssen knallhart kalkulieren. Ansonsten werden wir uns wohl bald Alternativen für den Küstenschutz überlegen müssen.

**Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:**

Herr Präsident! Mein Haus hat im Rahmen des Berichts viele interessante Informationen über die Schaf- und Ziegenhaltung in Schleswig-Holstein zusammengetragen. Lassen Sie mich hier einmal die zentralen Punkte darstellen:

In Schleswig-Holstein ist die Schafhaltung eine vergleichsweise bedeutsam.

Wir haben in Schleswig-Holstein die größte Schafdichte in Deutschland. Insgesamt haben wir den dritthöchsten Schafbestand aller Bundesländer.

Die Schafhaltung spielt eine zentrale Rolle im Küstenschutz, bei der Landschaftspflege und im Umwelt- und Naturschutz.

Die wirtschaftliche Situation der Schafhalter ist aber angespannt. Klar ist: Mit Schafen lassen sich keine Reichtümer gewinnen!

Vor diesem Hintergrund werden verschiedene agrarpolitische Initiativen zugunsten der Schafhalter diskutiert. Sie haben alle das Ziel, die bisherige Förderung aufzustocken. Vielen schwebt dabei eine auf Bundesebene neu einzuführende sog. „gekoppelte Weideprämie“ im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) vor.

Ich sehe es so: Wir müssen über die sinnvolle Unterstützung der Landwirtschaft und somit auch der Schafhalter ohnehin in den nächsten Monaten intensiv reden, und zwar im Rahmen der nächsten Förderperiode in der gemeinsamen Agrarpolitik GAP. Dort müssen wir - so oder so - zu einer besseren Berücksichtigung von „Ökosystemdienstleistungen“ der Landwirtschaft im Förderportfolio kommen. Dann ist auch der richtige Zeitpunkt, um über weitere Unterstützungen für die Schaf- und Ziegenhalter zu sprechen. Dabei muss man aber fairerweise erwähnen, dass die früher gewährte „Mutterschafprämie“ von der EU im Rahmen der GAP-Reform 2003 zwar abgeschafft wurde, allerdings haben die Schafhalter seitdem - wie alle Landwirte - einen Anspruch auf die „entkoppelte“ Flächenprämie von circa 300 €/ha. Dies entspricht bei einer durchschnittlichen Besatzdichte von zehn Schafen pro Hektar circa 30 € pro Schaf.

Neben den EU-Direktzahlungen haben die flächenbezogenen Förderprogramme im Rahmen der sogenannten zweiten Säule der EU-Agrarpolitik eine große Bedeutung. Sie werden vielfach vom Land Schleswig-Holstein kofinanziert und kommen in erheblichem Maße auch den Schaf- und Ziegenhaltern zu Gute, zum Beispiel Vertragsnaturschutz und Natura-2000-Prämie. Nach unserer Auffassung ist das bisherige Maßnahmenbündel insoweit ausreichend, dass wir Schnellschüsse vermeiden sollten.

Die genannten Förderprogramme sollen auch weiterhin im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel angeboten werden. Ein Anreiz, die Herde aufzustocken, und auch noch die Schafhaltung zu intensivieren, sollte vermieden werden. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.